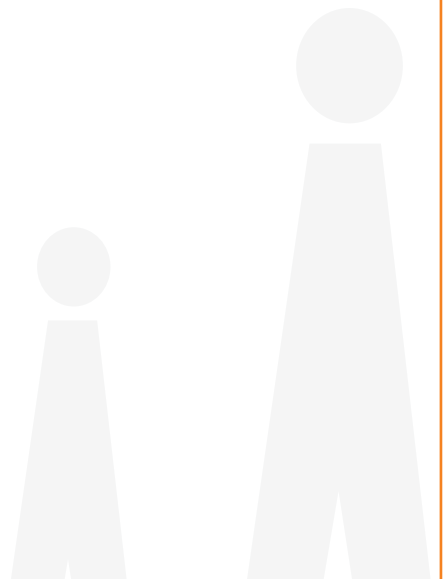




# Jahresbericht 2004/2005



FORSCHUNGS  
ZENTRUM  
GENERATIONEN  
VERTRÄGE



# **Jahresbericht 2004/2005**

Forschungszentrum Generationenverträge  
und Institut für Finanzwissenschaft I  
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

© 2005 Forschungszentrum Generationenverträge, Freiburg

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Umschlagsgestaltung: Cavallucci | Medien und Marketing, Freiburg

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Forschungszentrums Generationenverträge unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	1
2	Entwicklungen im Personalbereich .....	4
3	Finanzielle Ausstattung .....	7
4	Lehre .....	15
5	Forschung.....	19
6	Publikationen .....	66
7	Auslandsaufenthalte und Konferenzen.....	70
8	Medienpräsenz .....	71
9	Ausblick.....	76



# 1 Einleitung

Der demografische Alterungsprozess stellt die langfristige Tragfähigkeit der Generationenverträge fundamental in Frage. Nicht nur in Deutschland, in den meisten Industrienationen sind daher Reformen der zumeist umlagefinanzierten Renten-, Kranken- und Pflegeversicherungssysteme unausweichlich. Seit diese Erkenntnis in das öffentliche Bewusstsein vorgedrungen ist, dominiert die Reformdebatte den politischen Diskurs in den Parlamenten und die Diskussion in den Medien. Dabei wurden sowohl seitens der Wissenschaft als auch seitens der Politik bereits hinreichende Vorschläge zur nachhaltigen Reform des Systems der sozialen Sicherung vorgelegt. Umso mehr verwundert die Tatsache, dass die letztlich beschlossenen Gesetzesmaßnahmen oftmals nur auf das Kurieren von Symptomen abzielen, während die notwendigen, grundlegenden Reformen als politisch nicht durchsetzbar verworfen werden.

Das Forschungszentrum Generationenverträge begleitet diesen Reformprozess bereits von Beginn an und hat nicht zuletzt durch seine Diskussionsbeiträge mit dazu beigetragen, dass die Notwendigkeit grundlegender Reformen in den Blickpunkt der öffentlichen Debatte getreten ist. Übergreifendes Ziel des Forschungszentrums Generationenverträge ist dabei die umfassende Analyse von Reformkonzeptionen zur sozialen Sicherung in Deutschland. Neben der Analyse der durch Wissenschaft, Wirtschaft und Politik in die Diskussion eingebrachten Reformvorschläge,

umfasst diese Aufgabe auch die Erarbeitung und Einbringung eigener Reformvorschläge in die öffentliche Diskussion, sowie die beratende Funktion für die Entscheidungsträger in Politik und Gesellschaft.

Der erstmals vorliegende Jahresbericht des Forschungszentrums Generationenverträge für 2004 und 2005 soll über die in diesem Zeitraum geleistete Forschungs- und Publikationstätigkeit, sowie die Öffentlichkeitsarbeit des Forschungszentrums und seiner Mitarbeiter informieren. In den kommenden Jahren wird jeweils zum Sommer des abgelaufenen Berichtsjahres ein aktualisierter Jahresbericht veröffentlicht werden, so dass eine nahtlose Dokumentation der Tätigkeiten des Forschungszentrums Generationenverträge im Zeitablauf gewährleistet ist.

Gleichzeitig soll dieser Leistungs- und Rechenschaftsbericht Interessenten aus Wissenschaft, Politik und Praxis einen Überblick über die laufenden und abgeschlossenen Forschungsvorhaben bieten und diesen die Möglichkeit eröffnen, sich über aktuelle Forschungsergebnisse zu informieren, ihrerseits die laufenden Forschungsvorhaben zu unterstützen, sowie zukünftige Forschungsvorhaben zu initiieren. Darüber hinaus ist der Jahresbericht auch Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Forschungszentrums und soll der interessierten Öffentlichkeit einen Überblick über die Beiträge des Forschungszentrums Generationenverträge zur aktuellen Diskussion über Konzeptionen zur Reform der sozialen Sicherungssysteme, des Steuersystems und des föderalistischen Systems in Deutschland bieten.

Schließlich soll dieser Jahresbericht auch den Dank für die finanzielle und ideelle Unterstützung ausdrücken, welche die Tätigkeit des Forschungszentrums in der Vergangenheit seitens der Wirtschaft, öffentlicher Verbände und Institutionen, und im Besondern durch die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und das Land Baden-Württemberg erfahren hat.



## 2            **Entwicklungen im Personalbereich**

Wie bereits in den vergangenen Jahren ergaben sich aufgrund der natürlichen Fluktuation Veränderungen im Mitarbeiterstab des Forschungszentrums. Darüber hinaus erlaubte die sichergestellte finanzielle Planungssicherheit für die kommenden Jahre eine Erweiterung des bestehenden Mitarbeiterstabs durch die im Zuge der Bleibeverhandlungen von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen zusätzlich bereitgestellten Mitteln des Landes und der Universität.

Im Oktober 2004 wurde nach erfolgreichem Studienabschluss Herr Olaf Weddige als neuer wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Forschungszentrum gewonnen. Da Herr Weddige bereits während seines Studiums als wissenschaftliche Hilfskraft am Forschungszentrum tätig war, erlaubte dies eine nahtlose Integration in den bestehenden Mitarbeiterstab und die laufende Tätigkeit in Forschung und Lehre. Ebenfalls aus dem Pool der langjährigen wissenschaftlichen Hilfskräfte konnte Herr Dirk Mevis als neuer wissenschaftlicher Mitarbeiter gewonnen werden. Nach erfolgreichem Studienabschluss hat Herr Mevis seine neue Position am Forschungszentrum im Mai 2005 angetreten.

Im Sommer 2004 verließen die langjährigen wissenschaftlichen Hilfskräfte Frau Nargiza Hahn, Herr Bülent Tarkan und Herr Ferdinand Zahn nach erfolgreichem Studienabschluss das Forschungszentrum. Herr Tarkan hat in der Zwischenzeit eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und

Wirtschaftspolitik II der Technischen Universität Kaiserslautern angetreten. Ebenfalls der Wissenschaft treu geblieben ist Herr Zahn, der das Forschungszentrum in Richtung Karlsruhe verließ, wo er eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Finanzwirtschaft, Banken und Versicherung der Universität Karlsruhe angetreten hat.

Wir freuen uns, mit Raluca Buiac, Laura Ibelshäuser, Lara Slawik und Arne Leifels kompetente Nachfolger gefunden zu haben.

Im Frühjahr 2005 wurde das bestehende Team an wissenschaftlichen Hilfskräften mit den Einstellungen von Friedrich Fichtner, Klaus Kaier und Wolf von Rotberg zusätzlich verstärkt.

Einen Überblick über den aktuellen Mitarbeiterstab des Forschungszentrum Generationenverträge bietet die folgende Übersicht:

## Angehörige des Forschungszentrums

☎ 0761. 203 - Durchwahl

### Direktor

Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen      bernd.raffelhueschen@generationenvertraege.de      - 23 53

### Sekretariat

Ingeborg Häfner      ingeborg.haefner@generationenvertraege.de      - 23 54

### Assistenten

Emily Phuong Dang      emily.dang@generationenvertraege.de      - 92 36

Oliver Ehrentraut      oliver.ehrentraut@generationenvertraege.de      - 92 26

Stefan Fetzer      stefan.fetzer@generationenvertraege.de      - 92 28

Jasmin Häcker      jasmin.haecker@generationenvertraege.de      - 23 55

Christian Hagist      christian.hagist@generationenvertraege.de      - 92 41

Matthias Heidler      matthias.heidler@generationenvertraege.de      - 23 56

Pascal Krimmer      pascal.krimmer@generationenvertraege.de      - 23 57

Dirk Mevis      dirk.mevis@generationenvertraege.de      - 92 46

Stefan Moog      stefan.moog@generationenvertraege.de      - 92 38

Jörg Schoder      joerg.schoder@generationenvertraege.de      - 92 37

Olaf Weddige      olaf.weddige@generationenvertraege.de      - 92 29

### Wissenschaftliche Hilfskräfte

Raluca Buiac      raluca\_b@web.de      - 92 14

Friedrich Fichtner      f.fichtner@gmx.de      - 92 14

Laura Ibelshäuser      laura.ibelshaeuser@vwl.uni-freiburg.de      - 92 14

Klaus Kaier      klaus.kaier@vwl.uni-freiburg.de      - 92 14

Arne Leifels      arnsen@aol.com      - 92 14

Johannes Schoder      jo.schoder@gmx.de      - 92 14

Lara Slawik      lara.slawik@vwl.uni-freiburg.de      - 92 14

Wolf von Rotberg      wolf.rotberg@vwl.uni-freiburg.de      - 92 14

### 3            **Finanzielle Ausstattung**

Neben den Haushaltsmitteln des Landes und der Universität wurde die Forschungstätigkeit des Forschungszentrums Generationenverträge und des Instituts für Finanzwissenschaft I in der Vergangenheit zu großen Teilen durch externe Drittmittelgeber finanziert. Da der Zufluss an Drittmitteln aus der Wirtschaft und den Verbänden jedoch von den aktuellen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und der Haushaltslage abhängig ist, und somit im Zeitablauf schwankt, kann hierdurch keine ausreichende finanzielle Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum gewährleistet werden. Dies umso mehr, da die durch Drittmittelgeber finanzierten Projekte zumeist nur auf einen kurz- bis mittelfristigen Planungshorizont von ein bis zwei Jahren ausgelegt sind.

Darüber hinaus erweist sich insbesondere im Bereich der grundlagenorientierten Forschung die Akquise von Drittmitteln als schwierig, da die externen Drittmittelgeber aus der Wirtschaft und den Verbänden zumeist an den für die „Praxis“ relevanten Themen und verwertbaren Ergebnissen, und somit an anwendungs- und ergebnisorientierten Forschungsvorhaben interessiert sind. Obwohl dabei kleinere methodische Weiterentwicklungen oftmals als Nebenprodukte entstehen, beanspruchen größere Weiter- oder Neuentwicklungen die notwendige Zeit für die Einarbeitung in die entsprechenden methodischen Grundlagen und deren Implementierung, bevor diese das Stadium der Anwendungsreife

erreichen. Diese Investitionen in das methodische Fundament der anwendungsorientierten Forschungstätigkeit des Forschungszentrums Generationenverträge erfordern in der Entwicklungsphase die finanzielle Unterstützung durch öffentliche Mittel. Nicht zuletzt erfordert aber auch die Freiheit der Forschung selbst ein gewisses Maß an finanzieller Unabhängigkeit. Erst hierdurch ist es möglich, sich im Rahmen der Forschungstätigkeit mit Fragestellungen auseinanderzusetzen, die nicht von direkter praktischer Relevanz sind, aber dennoch zum Verständnis der ökonomischen Prozesse während des demografischen Übergangs beitragen.

Infolge des mit der Präsidentschaft des Instituts für Wirtschaftsforschung in Halle verbundenen Rufes an die Martin-Luther-Universität Halle, wurden dem Forschungszentrum Generationenverträge im Zuge der Bleibeverhandlungen zwischen Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und dem Land Baden-Württemberg zunächst befristet auf fünf Jahre zusätzliche Mittel zur Verfügung gestellt. Mit diesem verstärkten Engagement des Landes und der Universität ist nicht nur die finanzielle Planungssicherheit des Forschungszentrums Generationenverträge für die kommenden Jahre sichergestellt, sondern auch die finanzielle Unabhängigkeit der Forschungstätigkeit gewährleistet. Gerade in Anbetracht der zusätzlichen öffentlichen Mittel steht das Forschungszentrum Generationenverträge zukünftig in der Verantwortung, sich verstärkt darum zu bemühen, die laufende Forschung nach Möglichkeit durch Drittmittel zu finanzieren sowie die bereitgestellten öffentlichen Mittel wirtschaftlich für die

Umsetzung der in der Zielvereinbarung mit dem Land und der Universität definierten Ziele zu verwenden.

Die nachfolgenden Übersichten bieten einen Überblick über die finanzielle Ausstattung des Forschungszentrums Generationenverträge und des Instituts für Finanzwissenschaft I im laufenden sowie einen Ausblick auf das kommende Berichtsjahr:

<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2004</b>		<b>563.848,- €</b>
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>318.583,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>2)</sup>		
1 Planstelle C4		ca. 95.000,- €
1 Planstelle BAT Vlb/Vlla incl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT Ila incl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		13.033,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>53.089,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>2)</sup>		
1 Planstelle BAT Ila incl. Sozialabgaben <sup>1)</sup>		ca. 24.583,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		14.967,- €
1.2.2 Sachmittel		13.539,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>245.264,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>		<b>Drittmittelzufluss</b>
	2003	2004
	94.683,87 €	170.868,16 €
		245.264,- €

\* <sup>1)</sup> Seit August 2004

\* <sup>2)</sup> Angegebene Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2004

<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2005</b>		<b>693.851,- €</b>
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>478.637,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>2)</sup>		
1 Planstelle C4		ca. 95.000,- €
1 Planstelle BAT Vlb/Vlla incl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT Ila incl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		13.033,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>213.143,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>2)</sup>		
2,5 Planstellen BAT Ila incl. Sozialabgaben		ca. 147.500,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		29.967,- €
1.2.2 Sachmittel		35.676,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>215.214,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>		<b>Drittmittelzufluss<sup>1)</sup></b>
	2004	2005 <sup>1)</sup>
	170.868,16 €	82.787,61 €
		215.214,- €

\*<sup>1)</sup> Stand: August 2005

\*<sup>2)</sup> Angegebene Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2005



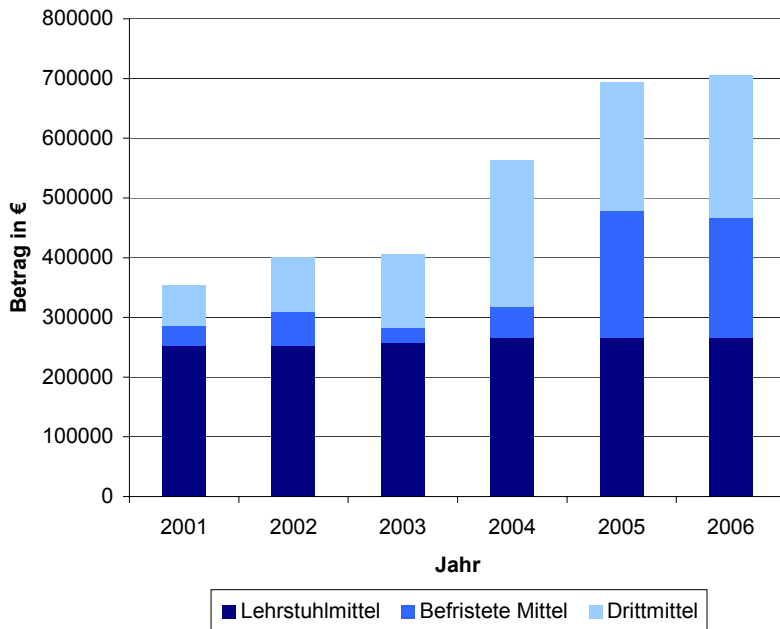
<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2006</b>		<b>705.881,- €</b>
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>467.500,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>2)</sup>		
1 Planstelle C4		ca. 95.000,- €
1 Planstelle BAT Vlb/Vlla incl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT Ila incl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		13.033,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>202.006,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>2)</sup>		
2.5 Planstelle BAT Ila incl. Sozialabgaben		ca. 147.500,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		29.967,- €
1.2.2 Sachmittel		24.539,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>238.381,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>		<b>Drittmittelzufluss <sup>1)</sup></b>
	2005 <sup>1)</sup>	2006
	82.787,61 €	
		238.381,- €

\* <sup>1)</sup> Stand: August 2005

\* <sup>2)</sup> Angegebene Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2005

In kondensierter Form bieten die nachfolgenden Abbildungen nochmals einen grafischen Überblick über die Entwicklung der finanziellen Gesamtausstattung im Zeitablauf, sowie die jeweiligen Anteile öffentlicher Mittel bzw. Drittmittel an der Finanzierung des Forschungszentrums:

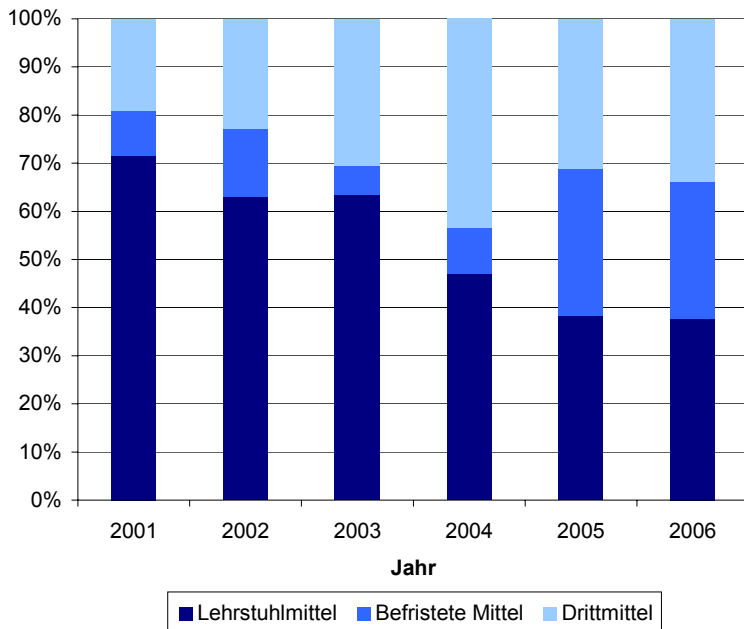
Abbildung 1: Finanzielle Gesamtausstattung des Forschungszentrums Generationenverträge und des Instituts für Finanzwissenschaft I



Wie anhand der Übersicht und den Abbildungen ersichtlich, hat sich die Drittmittelfinanzierung des Forschungszentrums Generationenverträge von etwa zwanzig Prozent im Jahre 2001 stetig auf etwas über vierzig Prozent im Jahr 2004 erhöht. Mit den zusätzlich

bereitgestellten Mitteln hat sich die Beteiligung des Landes und der Universität an der Finanzierung des Forschungszentrum ab dem Jahr 2005 wiederum erhöht und entspricht nun in etwa dem Verhältnis von Drittmitteln zu öffentlichen Mitteln des Jahres 2003. Damit finanziert sich das Forschungszentrum Generationenverträge momentan zu etwa einem Drittel aus Mitteln von Dritten und zu etwa zwei Dritteln aus öffentlichen Mitteln.

Abbildung 2: Anteile an der finanziellen Gesamtausstattung des Forschungszentrums Generationenverträge und des Instituts für Finanzwissenschaft I



## 4 Lehre

Neben der Forschung sind das Forschungszentrum Generationenverträge und das Institut für Finanzwissenschaft I durch die Anbindung an die Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg auch in die laufende Lehre eingebunden. Aufgrund der anwendungsorientierten Forschungstätigkeit, der Medienpräsenz, sowie der politischen und gesellschaftlichen Beratertätigkeit ist das Forschungszentrum Generationenverträge in der Lage, eine wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Ausbildung in der Finanzwissenschaft, dem Gebiet der sozialen Sicherung und der finanzwissenschaftlichen Steuerlehre als Teil des Diplomstudiengangs Volkswirtschaftslehre zu gewährleisten. Darüber hinaus wird das Lehrangebot des Forschungszentrums Generationenverträge auch von Studenten anderer Fakultäten bzw. Studiengänge genutzt, die das Fach Finanzwissenschaft als Nebenfach belegen. Nicht zuletzt findet die Stellung des Forschungszentrums Generationenverträge und des Instituts für Finanzwissenschaft I in der Lehre ihren Ausdruck, neben dem Angebot an Lehrveranstaltungen, auch in den zahlreichen Anfragen zur Anfertigung einer Diplomarbeit seitens der Studierenden, denen in der Vergangenheit stets entsprochen werden konnte.

Die nachfolgenden Abschnitte bieten einen Überblick über die im abgelaufenen Berichtsjahr angebotenen Lehrveranstaltungen, sowie

eine Übersicht über die in diesem Zeitraum betreuten und abgeschlossenen Diplomarbeiten.

## 4.1 Lehrveranstaltungen

### Sommersemester 2005

**Alterssicherung** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Jasmin Häcker, Matthias Heidler Stefan Moog)

**Finanzwissenschaft II** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Emily Phuong Dang, Oliver Ehrentraut, Dirk Mevis, Jörg Schoder)

**Soziale Sicherung** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Stefan Fetzer, Christian Hagist, Pascal Krimmer, Olaf Weddige)

**Doktorandenseminar**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen)

### Wintersemester 2004/05

**Finanzwissenschaft I** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Stefan Fetzer, Stefan Moog, Olaf Weddige)

**Finanzwissenschaftliche Steuerlehre** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Jasmin Häcker, Jörg Schoder)

**Finanzwissenschaftliches Blockseminar mit Schwerpunkt Sozialpolitik**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Oliver Ehrentraut, Pascal Krimmer)

**Dynamische Fiskalpolitik** (Workshop mit begleitenden Computerübungen)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Emily Phuong Dang, Matthias Heidler)

**Doktorandenseminar**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen)

## 4.2           Diplomarbeiten

2005

**Moritz Gruschke**

*Die Auslagerung von Pensionsrückstellungen – Durchführungswege und Rückwirkungen auf den Kapitalmarkt*

**Patrick Kockelke**

*Kooperativer vs. kompetitiver Föderalismus – Eine Analyse des staatlichen Finanzgefüges aus finanzwissenschaftlicher Perspektive*

**Jenny Kramer**

*Anders oder besser? Eine Analyse des schwedischen Gesundheitssicherungssystems*

**Cornelia Lachnit**

*Wettbewerblicher Föderalismus und regionale Migration - Ein Vergleich der empirischen Ergebnisse in Deutschland, der Schweiz und den USA*

**Daniel Maiwald**

*Sparverhalten privater Haushalte in Volkswirtschaften mit sozialen Sicherungssystemen*

**Dirk Mevis**

*Bürgerversicherung versus Kopfpauschale - Eine Analyse der makroökonomischen Effekte aktueller Reformvorschläge zur Finanzierung der GKV in Deutschland*

**Stefan Rees**

*Die Auswirkungen des Alterseinkünftegesetzes auf die drei Säulen der Altersvorsorge in Deutschland*

**Christoph Sajons**

*The Economics of Welfare Policy-Evaluating the US Welfare Reform and its Context*

**Regine Stoffel**

*Das 3-Säulen-System in der Pflicht: Bedeutung, Notwendigkeit und Reformbedarf zusätzlicher Altersvorsorge*

**Mariusz Wieckowski**

*Erklärungsansätze und Rentenreformen in Polen und Deutschland: Theorie und Empirie*

2004

**Christoph Braunschmidt**

*Gesundheitsreformen 1972 bis heute - eine ökonomische Bestandsaufnahme*

**Annette Grünberg**

*The Road to EMU: Pension Reform in Italy and Germany during the Maastricht Process*

**Nargiza Hahn**

*Demografie und soziale Grundsicherung in Russland: Eine Generationenbilanz*

**Nils Hesse**

*Politökonomische Erklärungen individueller Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates*

**Heiko Hoffmann**

*Aufkommens- und Verteilungswirkung aktueller Vorschläge zur Reform der Einkommensteuer: Eine vergleichende Analyse anhand eines Simulationsmodells auf Mikrodatenbasis*

**Ingrid Klawunn**

*Studiengebühren in Deutschland - ökonomische Legitimation und der australische Weg aus der staatlichen Vollfinanzierung*

**Phillipp Leibold**

*Nachgelagerte Besteuerung von Alterseinkünften - eine theoretische Analyse der allokativen und distributiven Auswirkungen in verschiedenen Steuersystemen*

**Christian Michelsen**

*Medizinisch-technischer Fortschritt und die Zukunft der (gesetzlichen) Krankenversicherung in Deutschland*

**Angela Schweizer**

*Subventionspolitik in Deutschland - Kritische Analyse und Reformansätze*

**Alexandra Weckenmann**

*Das Gesundheitssystem der USA - Eine kritische Bestandsaufnahme*

**Olaf Weddige**

*Staatsvermögen im Rahmen der Generationenbilanz am Beispiel Norwegens*

**Ferdinand Zahn**

*Ist eine Versicherungspflicht gegen Risiken von Naturkatastrophen ein wirksames Instrument der Risikoprävention?*

## 5            Forschung

Das Forschungszentrum Generationenverträge und das Institut für Finanzwissenschaft I haben im Verlauf der vergangenen neun Jahre umfangreiche Forschungsarbeiten zur Generationenbilanzierung geleistet und sich damit den Ruf einer der führenden Institutionen auf dem Gebiet der fiskalischen Nachhaltigkeitsanalyse erarbeitet. Konzentrierte sich die Forschung ursprünglich auf die Methode der *Generationenbilanzierung* und die Nachhaltigkeitsanalyse der *gesetzlichen Rentenversicherung*, so wurde die Forschungstätigkeit in den zurückliegenden Jahren stetig um zusätzliche Schwerpunkte erweitert. Die Ausweitung der Schwerpunkte orientierte sich dabei stets am übergreifenden Ziel des Forschungszentrums Generationenverträge, nämlich der umfassenden Analyse von Reformkonzeptionen zur sozialen Sicherung in Deutschland.

Die erfolgte Schwerpunktsetzung in der *Gesundheitspolitik* soll einerseits den Verflechtungen der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung untereinander, aber auch den jeweils speziellen Problemen und besonderen Charakteristika der einzelnen Zweige des Systems der sozialen Sicherung Rechnung tragen. Andererseits orientiert sich die verstärkte Forschung in der Gesundheitspolitik auch an der Notwendigkeit zu tiefgreifenden Reformmaßnahmen in der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung. Nicht zuletzt diese reformorientierte Weichenstellung in der Ausrichtung der Forschungstätigkeit erlaubt es dem Forschungszentrum



Generationenverträge, den andauernden Reformprozess in der Sozialpolitik stets mit fundierten Analysen der jeweils aktuell diskutierten Reformvorschläge zu begleiten.

Um den Kernbereich der Nachhaltigkeitsanalyse der sozialen Sicherungssysteme herum, sind einzelne Schwerpunkte zu verwandten Themenkomplexen angesiedelt. Diese sollen die Forschung im eigentlichen Kernbereich ergänzen. So konzentriert sich die Forschung in den Schwerpunkten *betriebliche und private Altersvorsorge*, sowie *Immobilien- und Kapitalmärkte* auf die Konsequenzen einer zunehmenden privaten Vorsorge zur Absicherung der individuellen Risiken. Hiermit soll der wachsenden Bedeutung der privaten Vorsorge infolge der bereits erfolgten und zukünftig zu erwartenden Einschnitte in den sozialen Sicherungssystemen Rechnung getragen werden. Im Schwerpunkt *Steuerpolitik* stehen neben der Diskussion um eine grundlegende Reform des Steuersystems auch steuerpolitische Fragestellungen in Zusammenhang mit dem demografischen Alterungsprozess und der Reform des Systems der sozialen Sicherung, wie beispielsweise die nachgelagerten Besteuerung der Renten, im Vordergrund.

Demgegenüber konzentriert sich die Forschung im Schwerpunkt *Föderalismus* auf die Weiterentwicklung der Generationenbilanzierung zur Nachhaltigkeitsanalyse auf föderaler Ebene, und im Besonderen auf die Untersuchung der Konsequenzen der demografischen Alterung für die Nachhaltigkeit der Länderhaushalte. Mittels dieser thematischen Ausrichtung in der Breite will das Forschungszentrum Generationenverträge bereits heute die

Problemfelder zukünftiger Reformdebatten besetzen, um sowohl frühzeitig auf Fehlentwicklungen in den genannten Bereichen hinzuweisen, als auch problemspezifische Lösungsmöglichkeiten aufzuzeigen.

Die Grundlagenforschung des Forschungszentrums Generationenverträge hat ihren Schwerpunkt im Bereich der *Simulationsanalyse*. Diese dient unmittelbar dazu, die Perspektive der Nachhaltigkeitsanalyse mittels Generationenbilanzierung zu erweitern und damit die Auswirkungen des demografischen Alterungsprozesses in einen makroökonomischen Kontext einzubetten. Die Simulationsanalyse soll zukünftig zu einem zweiten methodischen „Standbein“ des Forschungszentrums ausgebaut werden, und dadurch eine umfassendere Analyse insbesondere der gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen, individuellen Verhaltensanpassungen und Verteilungswirkungen während des demografischen Übergangs und der hierdurch induzierten Reformmaßnahmen ermöglichen. Der nachfolgende Überblick stellt die einzelnen Forschungsschwerpunkte und die jeweils im Blickpunkt stehenden Fragestellungen nochmals kurz vor:

### **Generationenbilanzierung**

Die Nachhaltigkeitsmessung mit Hilfe der Generationenbilanz bildet den ursprünglichen methodischen Schwerpunkt des Forschungszentrums Generationenverträge. Die Messung der fiskal- und sozialpolitischen Nachhaltigkeit mit Hilfe des Konzepts der Generationenbilanzierung dient dazu, die langfristigen

Konsequenzen und gegebenenfalls den fiskalischen Korrekturbedarf möglicher Fehlentwicklungen für den gesamten öffentlichen Sektor aufzuzeigen. Vereinfacht ausgedrückt ist eine Finanzpolitik dann nachhaltig, wenn sie von der Gegenwart bis in alle Zukunft - und damit für alle zukünftigen Generationen - unverändert fortgeführt werden kann. In diesem Fall können bei konstanter Steuer- und Beitragslast auch zukünftig alle Menschen gleichbleibende staatliche Leistungen empfangen.

Bei der Methode der Generationenbilanzierung werden hierzu die Finanzströme zwischen dem Staat und seinen Bürgern auf der Grundlage von Bevölkerungsprojektionen in die Zukunft fortgeschrieben. Dadurch lassen sich Indikatoren berechnen, die die Fiskal- und Sozialpolitik hinsichtlich ihrer Nachhaltigkeits- und Verteilungswirkungen bewerten. Im Unterschied zu der bereits im jährlichen Staatshaushalt ausgewiesenen so genannten expliziten Staatsschuld, bezieht diese Nachhaltigkeitsmessung auch die unverbrieften Lasten mit in die Berechnung ein. Solche impliziten Schulden entstehen im Wesentlichen in den Generationenverträgen der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung. Diese meist im Umlageverfahren finanzierten Systeme geraten immer dann unter Druck, wenn die Zahl der Beitragszahler sinkt, während die der Leistungsempfänger steigt. Nur die tatsächliche Staatsschuld, also die Summe aus expliziter und impliziter Verschuldung, kann das wirkliche Ausmaß der Belastungen darstellen.

Die Generationenbilanzierung macht darüber hinaus Berechnungen unterschiedlicher Szenarien möglich. So kann etwa die intergenerative Wirkung einer erhöhten Zuwanderung, unterschiedlicher Geburtenziffern oder variierender Lebenserwartungen untersucht werden. Außerdem lassen sich verschiedene Reformansätze in den Teilgebieten der sozialen Sicherung analysieren.

### **Simulationsanalyse**

Im Vergleich zur Nachhaltigkeitsanalyse mittels Generationenbilanzierung ist die Simulationsanalyse durch die grundlagenorientierte, gesamtwirtschaftliche Perspektive geprägt. Selbstverständlich ist, dass sich sowohl im Fall des Status quo als auch im Fall von Reformszenarien der sozialen Sicherung die gegenwärtigen gesamtwirtschaftlichen Eckdaten grundlegend ändern werden. So ist beispielsweise in einer geschlossenen Ökonomie davon auszugehen, dass die Bevölkerungsentwicklung die Kapitalausstattung pro Erwerbstätigen erhöht und damit zugleich die Rendite von Produktivkapital vermindert. Wenn Reformen der umlagefinanzierten Sozialversicherungssysteme auf eine verstärkte private Vorsorge via Kapitalbildung abzielen, so wird dieser Prozess verstärkt. Unter Umständen könnte der Effekt so stark sein, dass dadurch die Vorteilhaftigkeit der kapitalgedeckten Vorsorgesysteme konterkariert wird. Bedenkt man, dass gleichzeitig noch konjunkturelle Schwankungen und außenwirtschaftliche Einflüsse auftreten, so erhält man einen ersten Eindruck der komplexen

Verflechtungen, die es im gesamtwirtschaftlichen Kontext zu bedenken gilt.

Zur Untersuchung dieser Fragestellungen werden im Bereich der Simulationsanalyse computergestützte, numerische Simulationsmodelle entwickelt, die sich für umfassende Analysen der gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen und der Verteilungswirkungen des demografischen Wandels und der daraus resultierenden Reformmaßnahmen eignen. Dadurch ist es möglich, die gesamtwirtschaftlichen und wohlfahrtstheoretischen Implikationen alternativer Reformen zu bestimmen und diese mit den Ergebnissen der anwendungsorientierten Nachhaltigkeitsanalyse mittels Generationenbilanz abzugleichen. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil die in der statischen Generationenbilanz unterstellten Annahmen hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in dynamischer Hinsicht oft ein grob vereinfachendes Fundament für die wohlfahrtstheoretischen Ergebnisse liefern.

## **Rentenversicherung**

Der demografische Wandel in Deutschland hat besonders für die gesetzliche Rentenversicherung (GRV) erhebliche Folgen. Durch den starken Anstieg des Altersquotienten wird sich das Verhältnis von Beitragszahlern zu Rentenempfängern in den kommenden Jahrzehnten deutlich verschlechtern. Immer weniger Erwerbstätige werden künftig immer mehr Rentner, die zugleich immer älter

werden, mit ihren Beiträgen versorgen müssen. Das Forschungszentrum Generationenverträge untersucht die langfristige Finanzierbarkeit der Rentenversicherung mittels der Generationenbilanzierung im Status quo und unter verschiedenen Reformoptionen. Dabei kann nicht nur die Nachhaltigkeit des Systems in einer isolierten Rentenversicherungsbilanz überprüft werden, sondern es sind zudem intergenerative Belastungsvergleiche durchführbar. Darüber hinaus wird am Forschungszentrum Generationenverträge die Renditeentwicklung in der GRV ebenso erforscht wie das politische Risiko, dem die GRV unterliegt.

### **Betriebliche und private Altersvorsorge**

In Anbetracht der vergangenen und zukünftig zu erwartenden Einschnitte in der gesetzlichen Rentenversicherung wächst die Bedeutung der anderen Säulen des Alterssicherungssystems entsprechend an. Mit der Rentenreform 2001 wurde nicht nur die staatlich geförderte private Altersvorsorge eingeführt (Riester-Rente), sondern auch das so genannte Recht auf Entgeltumwandlung. Entgeltumwandlung ermöglicht es Arbeitnehmern, Teile ihres Bruttolohns steuer- und sozialabgabenfrei direkt in einen betrieblichen Altersvorsorgevertrag einzuzahlen. Das Forschungszentrum Generationenverträge beschäftigt sich mit den Vor- und Nachteilen des Kapitaldeckungs- und des Umlageverfahrens und bewertet die Chancen und Risiken vermehrter Kapitaldeckung. Dabei soll unter anderem geklärt werden, ob die derzeitige Ausgestaltung der zweiten und dritten Säule des deutschen Alterssicherungssystems

hinreichend ist, um breite Bevölkerungsschichten neben der solidarisch finanzierten Rente mit einer Zusatzversorgung auszustatten.

## **Gesundheitspolitik**

Die öffentlichen Gesundheitsausgaben in Deutschland wie auch in anderen OECD-Staaten steigen trotz zahlreicher Bemühungen der Politik stetig an. Bei einem Ausbleiben von Reformen wird sich dieser Trend nicht nur fortsetzen, sondern auch aufgrund des demografischen Wandels um ein Vielfaches beschleunigen. Das Forschungszentrum Generationenverträge quantifiziert die kostensteigernden Effekte des Bereichs Gesundheit – also z.B. die Alterung der Gesellschaft oder den medizinisch-technischen Fortschritt – und analysiert die Wirkungsweise von Reformoptionen aus Sicht der Nachhaltigkeit. Dabei werden auch die Probleme und eventuelle Lösungsansätze von Ländern wie etwa Frankreich oder den USA erforscht.

Der zu erwartende Anstieg der jährlichen Ausgaben der gesetzlichen Pflegeversicherung ergibt sich nicht nur aus der demografischen Entwicklung, die sich im Vergleich zur Renten- und Krankenversicherung in der Pflegeversicherung am stärksten auswirkt, sondern auch aus der Notwendigkeit einer Dynamisierung der realen Pflegeleistungen. Aufgrund ihres relativ kurzen Bestehens gibt es bei der Pflegeversicherung eine vergleichsweise große Bandbreite an möglichen Reformen. So stellen insbesondere Modelle einen

interessanten und gleichzeitig gangbaren Lösungsweg dar, welche die umlagefinanzierte Komponente nach und nach zugunsten einer Kapitaldeckung ausphasen. In diesem Zusammenhang entwickelt das Forschungszentrum Generationenverträge neue Konzepte und untersucht die Wirkungsweise aktueller Reformoptionen aus Nachhaltigkeitsgesichtspunkten.

## **Steuerpolitik**

Die Diskussion über das deutsche Steuersystem ist so alt wie dieses selbst. In regelmäßigen Abständen werden Reformvorschläge gemacht, die das Steuersystem einfacher und gerechter gestalten sollen, bisher aber meist das Gegenteil erreicht haben. Ergebnis ist ein undurchschaubares Regelwerk, das vor allem in Bezug auf Ersparnisbildung und Investitionen falsche Anreize setzt und somit nicht wachstumsfördernd ist. Ein zukunftsorientiertes Steuersystem muss aber genau diese Eigenschaft haben. Neben der Mitarbeit im Heidelberger Steuerkreis um Prof. Dr. Manfred Rose, der die Einfachsteuer für Deutschland vorgeschlagen und ausgearbeitet hat, ist Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen Mitglied der Kommission „Steuergesetzbuch“ der Stiftung Marktwirtschaft. Ziel dieser Kommission ist es, bis zum Winter 2005/2006 Gesetzentwürfe zur Einkommens- und Gewinnbesteuerung in Deutschland vorzulegen. Das deutsche Steuersystem soll dadurch einfacher, transparenter und damit wieder gerecht und sozial gestaltet werden. Dies ist eine zwingende Bedingung für Wachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen.



## **Immobilien- und Kapitalmärkte**

Immobilien galten aufgrund ihrer Wertbeständigkeit lange Zeit als ideales Produkt zur privaten Altersvorsorge. Im Zuge des demografischen Wandels wurden jedoch Zweifel laut. Die Möglichkeit zur internationalen Diversifizierung spricht in dieser Hinsicht eher für die Anlage in Kapitalmarktprodukten, jedoch wird auch Ihnen eine gewisse Anfälligkeit gegenüber demografischen Verwerfungen zugeschrieben. Das Forschungszentrum Generationenverträge entwickelt ein Simulationsmodell, um verschiedene Klassen von Vermögenswerten im Hinblick auf die Demografieanfälligkeit ihrer Renditen zu untersuchen und neue Erkenntnisse zur Frage Umlage- oder Kapitaldeckungsverfahren zu gewinnen. Basierend auf diesen Ergebnissen kann eine fundierte Politikberatung erfolgen, die Reformkonzepte, wie beispielsweise die 2003/2004 am Forschungszentrum entwickelte Freiburger Zwei-Flanken-Strategie zur Wohneigentumsförderung, erarbeitet.

## **Föderalismus**

Vor dem Hintergrund einer anhaltenden Debatte um Reformstau und Wachstumsschwäche in Deutschland ist vor allem die föderale Struktur der Bundesrepublik in die Diskussion geraten. Hauptansatzpunkte der Vorschläge zur Reform des deutschen Föderalismus beziehen sich auf die Kompetenzverteilung zwischen Bund und Ländern und deren Auswirkung auf die angestrebte Konsolidierung der Länderhaushalte. Im Mittelpunkt der Betrachtung

stehen hierbei insbesondere die Schwächen des Länderfinanzausgleichs, z.B. mangelnde Anreizstrukturen oder zunehmende Abhängigkeit einiger Länder vom Transfersystem. Die Bundesländer verlangen eine stärkere fiskalpolitische Eigenverantwortung, vor allem Steuerautonomie und mehr Unabhängigkeit vom Bund bei der Verwendung von Einnahmen. Das Forschungszentrum Generationenverträge untersucht und bewertet die fiskalpolitische Situation der einzelnen Bundesländer. Durch die Methode der Generationenbilanzierung wird, unter besonderer Berücksichtigung des Länderfinanzausgleichs und der Personalkosten, die Problematik der langfristigen Nachhaltigkeit der Länderhaushalte erörtert.

### **Soziale Grundsicherung**

Eines der größten Probleme der deutschen Volkswirtschaft ist die anhaltend hohe Arbeitslosigkeit. Geeignete Maßnahmen und Reformen zur Lösung dieses Problems sind bislang nicht gefunden worden. Eine wichtige Rolle in diesem Zusammenhang spielt das System der Grundsicherung. Da der potentielle Marktlohn von Geringqualifizierten oft nur knapp über dem staatlich gewährten Transfereinkommen liegt, sind Anreize zur Aufnahme einer Arbeit bestenfalls in geringem Maße gegeben. Niedrigqualifizierte drohen dadurch in der Untätigkeit zu verharren, was zu einer Entwertung ihres Humankapitals führt, wodurch sie noch schwerer in den Arbeitsmarkt zu integrieren sind. Das Forschungszentrum Generationenverträge untersucht die Zusammenhänge zwischen Arbeitsmarkt und sozialer Grundsicherung im Status quo und

unterbreitet einen eigenen konsistenten Reformvorschlag, der die Mängel der bisherigen Reformen beheben kann und eine effiziente Bekämpfung der Arbeitslosigkeit ermöglicht.

## **Zuwanderung**

Ökonomische Erklärungen für die Wanderungen von Individuen sind seit geraumer Zeit ein Gebiet der wissenschaftlichen Forschung. Wanderungsbewegungen in Europa und im wiedervereinigten Deutschland sind bereits Gegenstand der Habilitationsschrift von Prof. Bernd Raffelhüschen gewesen. In den letzten Jahren ist insbesondere die Fragestellung ins Zentrum gerückt, ob erhöhte Immigration die Nachhaltigkeit des Finanzsystems, insbesondere der umlagefinanzierten Sozialversicherungen, verbessern kann. Dieser Fragestellung wird auch in der Zukunft im Rahmen numerischer Nachhaltigkeitsanalysen nachgegangen werden.

Nach dieser Übersicht über die thematischen Schwerpunkte, bieten die nachfolgenden Abschnitte einen nach den thematisch geordneten Überblick über die Forschungsaktivitäten des Forschungszentrums Generationenverträge in den Jahren 2004 und 2005. Diese lassen sich in vier Kategorien einteilen: Dissertationen, konkrete Forschungsvorhaben, Gutachten und sonstige Projekte.

Dissertationen sind letztlich der Ausdruck der gesamten Forschungstätigkeit eines einzelnen Mitarbeiters im Laufe seiner Zugehörigkeit zum Forschungszentrum Generationenverträge und

stellen in der Regel das Ergebnis mehrerer Forschungsvorhaben dar. In diesem Sinne können die zumeist kurz- bis mittelfristig angelegten konkreten Forschungsvorhaben als Etappen auf dem Weg zum Abschluss eines Dissertationsvorhabens betrachtet werden. Neben der originären Forschungstätigkeit hat sich das Forschungszentrum Generationenverträge das Ziel gesetzt, den andauernden Reformprozess im Bereich der sozialen Sicherung politberatend mit jeweils aktuellen Analysen der durch Politik, Wirtschaft und Verbände in die Reformdebatte eingebrachten Reformvorschläge zu begleiten. Zu diesem Zweck fertigt das Forschungszentrum Generationenverträge im Rahmen seiner Gutachtertätigkeit zumeist kurzfristig angelegte Studien für die genannte Zielgruppe an, in denen die vom jeweiligen Auftraggeber favorisierten Reformansätze bzw. erarbeiteten Reformkonzepte im Hinblick auf ihre Auswirkungen für die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme untersucht werden. Darüber hinaus wird die unabhängige, wissenschaftliche Expertise des Forschungszentrums Generationenverträge von externen Auftraggebern auch bei kleineren Projekten in Anspruch genommen. Diese kleineren Projekte werden unter der Kategorie sonstige Projekte gebündelt.

Neben einer kurzen Erläuterung der Fragestellung, Ziele und Ergebnisse, gibt der nachfolgende Überblick auch Auskunft über den oder die bearbeitenden Mitarbeiter, sowie über die Finanzierung bzw. den Auftraggeber eines Projekts.

## 5.1           Dissertationen

2004

**Daniel Besendorfer**

*Sustainable Federalism – Theory and Application*

Durch die institutionelle Ausgestaltung der föderalen Struktur Deutschlands ist ein System von fiskalisch durch den Finanzausgleich verflochtenen Ländern entstanden, das durch den verfassungsrechtlichen Grundsatz der Herstellung gleicher Lebensverhältnisse in einen lähmenden und endlos dauernden Verteilungskampf getrieben wurde. Insbesondere können nach allgemeiner Auffassung eine Reihe von Ländern keine nachhaltige Finanzierungsstruktur gewährleisten.

Vor diesem Hintergrund befasst sich die Studie *Sustainable Federalism – Theory and Application* mit der Anwendbarkeit intergenerationaler Verteilungsindikatoren auf föderale Staatenstrukturen. Im Mittelpunkt der Studie steht dabei die Untersuchung der fiskalischen Nachhaltigkeit der deutschen Bundesländer und der U.S. Bundesstaaten.

In einem ersten Schritt befasst sich die Studie mit der Relevanz fiskalischer Nachhaltigkeitsindikatoren zur Beurteilung von Bundesstaaten. Im Kernargument begründet sich diese im Wesentlichen in der statistisch-informativen Unterstützung einer effizienten

Ressourcenallokation in den einzelnen Zentral- und Gliederstaaten. Daran anknüpfend untersucht die Studie die fiskalische Nachhaltigkeit der deutschen Bundesländer mittels der Methode der Generationenbilanzierung. Die Nachhaltigkeitsanalyse macht deutlich, dass alle Bundesländer mehr oder weniger große Nachhaltigkeitslücken aufweisen. Im Hinblick auf den Länderfinanzausgleich zeigt sich, dass heutige Geberländer unter Einbezug des Finanzausgleichs höhere Nachhaltigkeitslücken aufbauen werden, als heutige Nehmerländer. Dieses Ergebnis lässt sich folgerichtig als Indiz für die ungenügende Berücksichtigung intertemporaler Aspekte bei der Ausgestaltung des Transfersystems deuten.

Für die USA bietet sich ein deutlich heterogeneres Bild. Die Spanne reicht hier von Staaten mit einem deutlichen intertemporalen Überschuss bis zu Staaten mit einer extremen Nachhaltigkeitslücke. Im Rahmen eines Vergleichs der Ergebnisse der Nachhaltigkeitsanalyse für die U.S. Bundesstaaten mit den von Ratingagenturen herausgegebenen Staatenratings kommt die Studie zu dem Ergebnis, dass überraschenderweise keine Korrelation festzustellen ist. Dieses Ergebnis lässt sich wiederum auf die mangelnde Berücksichtigung intertemporaler Aspekte zurückführen, zumal kurzfristige Budgetindikatoren eine deutliche Korrelation mit den Ratings aufweisen. Dies ist insofern von Bedeutung, da die auf langfristige Staatsschuldtitel zu entrichtenden Zinsen mit den Ratings korrelieren. Folglich kommt es offenbar nicht zu einem Preismechanismus, der das tatsächliche Ausfallrisiko adäquat widerspiegelt.

## 5.2 Konkrete Forschungsvorhaben

### 5.2.1 Generationenbilanzierung

Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2004

**Ulrich Benz und Stefan Fetzer**

*Was sind gute Nachhaltigkeitsindikatoren? OECD-Methode und Generationenbilanzierung im empirischen Vergleich.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Im Rahmen des Forschungsprojekts wurde die bestehende Software für die Generationenbilanzierung um einige bisher nicht verwendete Indikatoren zur Messung fiskalischer Nachhaltigkeit erweitert. Hierzu zählen zum einen Indikatoren, welche innerhalb des Nachhaltigkeitskonzepts der so genannten OECD-Methode entwickelt wurden, zum anderen wurden aber auch neue Indikatoren entwickelt, die Erkenntnisse hinsichtlich der Konsequenzen der nichtnachhaltigen Finanzierung staatlicher Haushalte erbringen. Weiterhin wurde die Vorgehensweise der OECD-Methode simuliert und mit den Ergebnissen, die sich auf Grundlage der Generationenbilanzierung ergeben, verglichen. Durch die gleichzeitige Verwendung aller Nachhaltigkeitsindikatoren konnten die zwei am meisten angewendeten Messinstrumente zur

Quantifizierung fiskalischer Nachhaltigkeit ineinander überführt werden. Das Forschungsprojekt hat damit dazu beigetragen, den seit Jahren andauernden Streit, welches der beiden Konzepte besser sei, zu schlichten.

## 5.2.2 Simulationsanalyse

Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2004

### **Stefan Moog**

*Die makroökonomischen Konsequenzen und Wohlfahrtswirkungen einer vorgezogenen Steuerreform.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Angestoßen durch die politische Debatte um das Vorziehen der zweiten bzw. dritten Stufe der Steuerreform 2000 wurden im Rahmen dieses Forschungsvorhabens die gesamtwirtschaftlichen Konsequenzen eines solchen Schrittes mittels eines numerischen, allgemeinen Gleichgewichtsmodells untersucht. Neben einer Analyse der makroökonomischen Auswirkungen und der Wohlfahrtswirkungen einer vorgezogenen Steuerreform in der langen Frist, wurde insbesondere auch die Frage der politischen Implementierbarkeit einer solchen Maßnahme untersucht. Darüber hinaus wurden im Rahmen dieses Forschungsvorhabens die methodischen Grundlagen zur Implementierung numerischer,



allgemeiner Gleichgewichtsmodelle erarbeitet, sowie der Modellprototyp für die Simulationsanalyse entwickelt.

Die Ergebnisse der Studie zeigen, dass die langfristigen Wirkungen einer vorgezogenen Steuerreform maßgeblich von der Art und Weise der Gegenfinanzierung determiniert werden. Im Besonderen zeigen die Ergebnisse, dass die Finanzierung eines Vorziehens der Steuerreform mittels zusätzlicher Schulden langfristig den Wohlfahrtsgewinn schmälert, der mit dem Absenken der Einkommenssteuersätze verbunden ist. Je nach zeitlichem Ausmaß der Schuldenfinanzierung, kann dieser Effekt so stark ausfallen, dass langfristig ein Wohlfahrtsverlust resultiert. Im Hinblick auf die politische Implementierbarkeit zeigen die Ergebnisse hingegen, dass ein solcher Schritt kurzfristig durchaus rational sein kann, da die Kosten der Steuerreform, d.h. die Kosten der Gegenfinanzierung, durch die Schuldenfinanzierung in die Zukunft verschoben werden. Folglich werden gegenwärtig lebende Generationen respektive Wähler eine Schuldenfinanzierung einer Steuerreform tendenziell begrüßen.

## Laufende Forschungsvorhaben

### **Dirk Mevis und Stefan Moog**

*Unternehmenssteuern und Arbeitslosigkeit.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

In Anbetracht der anhaltenden Wachstumsschwäche und der anhaltend hohen Arbeitslosigkeit in Deutschland trafen sich die Spitzen von Regierung und Opposition im März 2005 zum so genannten „Job-Gipfel“. Als eine zentrale Maßnahme zur Verringerung der Arbeitslosigkeit wurde dabei eine Absenkung des Körperschaftssteuersatzes auf einbehaltene Unternehmensgewinne von 25% auf 19% beschlossen. Aufgrund der erwarteten, positiven Auswirkungen auf die unternehmerische Tätigkeit wurde diese Maßnahme allgemein als ein Mittel zur Belebung der Konjunktur und zur Schaffung von Arbeitsplätzen begrüßt. Im Gegensatz zu dieser positiven Einschätzung finden Daveri und Tabellini (2000) in einer empirischen Studie zu den Auswirkungen verschiedener Steuerarten auf die Arbeitslosigkeit in Europa nur geringe Auswirkungen von Kapitalsteuern, während Steuern auf den Faktor Arbeit sowohl auf Arbeitslosigkeit, als auch auf Investitionen und Wachstum einen großen Einfluss haben. Auf Basis ihrer Ergebnisse plädieren die Autoren deshalb für eine aufkommensneutrale Reform des Steuersystems, die die Steuern auf Kapital und Konsum erhöht, und im Gegenzug die Steuern auf den Faktor Arbeit senkt.

Vor dem Hintergrund dieser konträren Einschätzungen zu den Arbeitsmarkteffekten von Kapitalsteuern sollen im Rahmen des Forschungsvorhabens *Unternehmenssteuern und Arbeitslosigkeit* die Auswirkungen der geplanten Absenkung des Körperschaftssteuersatzes auf die Arbeitslosigkeit untersucht werden. Den Ausgangspunkt der Analyse bildet ein neoklassisches Wachstumsmodell mit Unternehmensbesteuerung. Die Beschreibung des Arbeitsmarktes erfolgt in einem ersten Schritt mittels eines suchtheoretischen Ansatzes. Hierzu soll ein sogenanntes Matching-Modell in den neoklassischen Modellrahmen integriert werden.

Die Ergebnisse von Daveri und Tabellini (2000) aufgreifend, sollen in einem zweiten Schritt verschiedene Steuerexperimente durchgeführt werden. Dabei sollen insbesondere die Auswirkungen einer Absenkung der Steuern auf Arbeit im Vergleich zur Absenkung der Körperschaftssteuer näher analysiert werden. Weiterhin soll die Sensitivität der Ergebnisse im Hinblick auf das zugrundeliegende Arbeitsmarktmodell näher beleuchtet werden, in dem statt eines Matching-Modells auf ein Modell der gewerkschaftlichen Lohnsetzung zurückgegriffen wird.

## **Stefan Moog**

*Entwicklung eines Simulationsmodells zur Analyse der makroökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Im Rahmen des Forschungsprojekts wird in Kooperation mit Prof. Dr. Josef Honerkamp und seinen Mitarbeitern vom Freiburger Zentrum für Datenanalyse und Modellbildung (FDM) ein Simulationsmodell vom Typ der numerischen, allgemeinen Gleichgewichtsmodelle zur Analyse der makroökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels entwickelt, sowie die zur numerischen Simulation erforderliche Software programmiert. Durch die Einbeziehung des Erbschaftsverhaltens, der Ruhestandsentscheidung und der Nachfrage nach Gesundheitsleistungen in das individuelle Entscheidungsproblem können die durch Reformmaßnahmen induzierten Verhaltensänderungen und deren Rückwirkungen auf die gesamtwirtschaftlichen Größen umfassend analysiert und quantifiziert werden. Durch die stilisierte Einbeziehung der Generationenbilanz in das Simulationsmodell soll der Abgleich mit den Ergebnissen der anwendungsorientierten Nachhaltigkeitsanalyse ermöglicht werden. Dies ist deshalb von Bedeutung, weil die in der statischen Generationenbilanz unterstellten Annahmen hinsichtlich der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in dynamischer Hinsicht oft ein grob vereinfachendes Fundament für die wohlfahrtstheoretischen Ergebnisse liefern. Durch die Einbeziehung verschiedener Einkommensklassen erlaubt das Simulationsmodell im Vergleich zur Generationenbilanzierung eine umfassendere Analyse

der Verteilungswirkungen von Reformmaßnahmen. Dies stellt eine wichtige Erweiterung der Perspektive dar, die neben dem wissenschaftlichen Erkenntnisgewinn zu einer Versachlichung der gesellschaftspolitischen Diskussion zur Reform der sozialen Sicherungssysteme beitragen kann.

### **Stefan Moog**

*Wohlfahrtseffekte und makroökonomische Auswirkungen aktueller Vorschläge zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

In der jüngeren Vergangenheit wurde in der öffentlichen Debatte intensiv über die durch die „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssystem“ (Rürup-Kommission) eingebrachten Vorschläge zur Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, die *Bürgerversicherung* und das *Gesundheitsprämienmodell*, diskutiert. Während beide Reformmodelle die Überwindung der rein lohnbezogenen Erhebung der Beiträge zur GKV verfolgen, und damit den Faktor Arbeit entlasten wollen, unterscheiden sie sich doch beträchtlich im Hinblick auf ihre Umverteilungswirkungen. Im Gesundheitsprämienmodell soll die im gegenwärtigen System bestehende Umverteilungskomponente aus der GKV ausgelagert werden, und durch eine steuerfinanzierte Prämiensubvention ersetzt werden. Hingegen beinhaltet das Bürgerversicherungsmodell eine Verbreiterung der bestehenden Umverteilungskomponente in der GKV, da zum einen alle

Bevölkerungsgruppen miteinbezogen werden sollen, und zum anderen auch das Kapitaleinkommen der Versicherten verbeitragt wird. Ziel des Forschungsprojekts ist es, die makroökonomischen Auswirkungen und Wohlfahrtseffekte dieser Vorschläge zur Reform der Finanzierung der GKV in Deutschland zu untersuchen. Darüber hinaus sollen auch Vorschläge zu einer Kapitaldeckung der GKV in die Analyse miteinbezogen werden. In einem zweiten Schritt sollen dann die verteilungspolitischen Konsequenzen und die Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt bzw. die Arbeitslosigkeit näher betrachtet werden.

### **5.2.3 Rentenversicherung**

Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2005

**Pascal Krimmer und Olaf Weddige**

*Prognose der zukünftigen Entwicklung der Alterseinkommen bis zum Jahre 2020.*

Finanzierung durch Mittel der Augustinum gGmbH.

Diese Studie soll die absehbare zukünftige Entwicklung der Alterseinkommen bis zum Jahre 2020 ermitteln. Dabei werden die anhand der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) ermittelten Einkommensprofile von 40- bis 90-jährigen unter verschiedenen Wachstumsannahmen in die Zukunft projiziert.

Mit Hilfe des vom *Forschungszentrum Generationenverträge* verwendeten Mikrosimulationsmodells werden auch die Auswirkungen von verschiedenen Reformen auf die Einkommensarten berücksichtigt, insbesondere von Reformen wie dem Nachhaltigkeitsfaktor oder der nachgelagerten Besteuerung, die heute schon implementiert sind, sich aber erst in Zukunft auf die Einkommen auswirken werden. Musterfälle wie Familien mit zwei Kindern, Ehepaare ohne Kinder, Rentner oder Pensionäre illustrieren die Verläufe der Einkommen, können komplexere Reformsachverhalte darstellen und ergänzen die Ergebnisse der Mikrosimulation.

Laufende Forschungsvorhaben

**Matthias Heidler**

*Nachhaltigkeit der Altersversorgung im Drei-Säulen-System in Deutschland.*

Finanzierung durch Mittel des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft.

Ziel des Forschungsprojektes ist es, angesichts der Herausforderungen, die der demografische Wandel für die Volkswirtschaften Europas und die übrige Welt darstellt, den Themenkomplex umlagefinanzierte vs. kapitalgedeckte Altersvorsorge zu untersuchen. Insbesondere im Zuge einer Verschiebung hin zu einem stärkeren Anteil an fundierten Komponenten in den umlagebasierten Systemen rücken Risikoaspekte der unterschiedlichen Systeme in den Fokus der Forschung. Diese Risikokomponenten der Alterseinkommen können

im weitesten Sinne in drei Kategorien klassifiziert werden: demografisches Risiko, Produktivitätsrisiko und politisches Risiko. Das Forschungsprojekt konzentriert sich, wie im weiteren dargestellt, auf die letztgenannte Risikokategorie.

In einem ersten Teilprojekt wurde berechnet, wie sich die Generosität der Gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) in den letzten drei Jahrzehnten verändert hat und wie diese Entwicklung durch den demografischen Wandel erklärt werden kann. Dabei wurde das politische Risiko quantifiziert, indem die, durch politische Eingriffe in den jeweiligen gesetzlichen Status quo bewirkten, Konsequenzen für das erwartete Rentenvermögen eines Individuums von der Vergangenheit bis in die Gegenwart berechnet wurden. Außerdem konnte gezeigt werden, dass zukünftige Veränderungen des Altersquotienten die berechnete Entwicklung der Generosität bestimmen.

In einem sich anschließenden zweiten Teilprojekt wird politisches Risiko im engeren Sinne anhand der Entwicklung der internen Rendite der GRV aufgezeigt und durch einen Vergleich mit einer „alternativen Rendite“ bestimmt. Dafür werden zunächst durchschnittliche Nettozahlungen der Individuen der betrachteten Jahre 1957 bis 2003 aus den Aggregaten der GRV des entsprechenden Jahres mit Hilfe der Methodik der Generationenbilanzierung berechnet und für jedes Betrachtungsjahr fortgeschrieben. Dies geschieht unter der Annahme, dass die jeweilige Gesetzeslage des Betrachtungsjahres bis zum Lebensende



bestünde. Um das politische Risiko im engeren Sinne zu bewerten, wird die tatsächliche Politik mit einem alternativen Szenario verglichen, in dem die Leistungen den Beitragseinnahmen automatisch (auf Basis der Nettozahlungen des Ausgangsjahres 1957) angepasst werden. Auch hier werden die jeweiligen Anpassungen in jedem Betrachtungsjahr in die Zukunft projiziert, so dass die Individuen volatilen Renditeerwartungen unterliegen und zwar nach Budgetanpassung des Betrachtungsjahres. Abschließend kann für beide Szenarien die interne Rendite bestimmt werden, bei der alle zukünftigen Budgetdefizite durch Beitragssatzanpassungen ausgeglichen werden. Diese Anpassung geschieht auf Basis der fortgeschriebenen aktuellen Gesetzeslage und im Alternativszenario auf Basis der bis dahin erfolgten Rentenanpassung. Die Unterschiede in den Volatilitäten der erwarteten Rendite und der internen Rendite in den betrachteten Politikszenariospiegeln dann den jeweiligen Anteil des politischen Risikos wider. Je nach Rendite-Risiko-Präferenzen stellen die tatsächlichen Eingriffe in die Gesetzeslage - wegen des entstandenen politischen Risikos im engeren Sinne - die Individuen schlechter als eine automatische Anpassung der Renten.

**Jasmin Häcker und Matthias Heidler**

*Intergenerative Fairness und Demografischer Wandel.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Ausgangspunkt dieser Forschungsarbeit ist die Inkompatibilität intertemporaler Wohlfahrtsmaximierung mit Politikempfehlungen, die auf eine Angleichung der Generationenkonten abstellen. Im Rahmen eines zwei überlappenden Generationenmodells kann mittels der Implementierung einer Fairness-Komponente gezeigt werden, dass junge Individuen das umlagefinanzierte Rentenversicherungssystem an zukünftige demografische Veränderungen anpassen. Insbesondere wird aufgezeigt, dass die jeweils junge Generation ihre eigene Rente kürzt und damit das Umlageverfahren in einer mit Geburtenrückgang gekennzeichneten Periode ausphast. Mittels einer Simulation werden dazu jene Kosten berechnet, die den Individuen durch die Implementierung der Fairness-Komponente in ihren Nutzen widerfahren. Aus Sicht der Individuen lassen sich diese Kosten nun durch eine Angleichung ihrer und der Generationenkonten ihrer Kinder erreichen. Damit kommt man zu dem Ergebnis, dass wenn Individuen gegenüber ihren Nachkommen „fair“ sind, Politikempfehlungen, die sich auf Generationenkonten stützen, mit der intertemporalen Wohlfahrtsmaximierung vereinbar sind.

## 5.2.4 Betriebliche und private Altersvorsorge

Laufende Forschungsvorhaben

### **Oliver Ehrentraut**

*Neuere Entwicklungen in der betrieblichen Altersvorsorge.*

Finanzierung durch Mittel der ERGO / Victoria Versicherungsgruppe.

Die Herausforderungen, die der demografische Wandel an die Alterssicherungssysteme in Deutschland stellt, werden am Forschungszentrum Generationenverträge im Rahmen des Projekts *Neuere Entwicklungen in der betrieblichen Altersvorsorge* erforscht. Das Projekt umfasst die Beurteilung der Altersversorgung aus dem 3-Säulen-Modell im Status quo und prüft die zukünftige Gewichtung der 3-Säulen. Aufgrund der Demografianfälligkeit des Umlageverfahrens erscheint eine vermehrte Kapitaldeckung über betriebliche und private Altersvorsorge angemessen. Dabei ist zu klären, wie breite Bevölkerungsschichten für zusätzliche Eigenvorsorge motiviert werden können und in welcher Höhe derartige Abschlüsse notwendig sind.

## 5.2.5 Gesundheitspolitik

Laufende Forschungsvorhaben

### **Christian Hagist**

*Nachhaltigkeit der sozialen Gesundheitsvorsorge im demografischen Wandel - ein internationaler Vergleich*

Finanzierung durch Mittel der Techniker Krankenkasse.

Angesichts der Herausforderungen, die der demografische Wandel an die Volkswirtschaften der OECD-Staaten stellt, beabsichtigen die Technikerkrankenkasse und die Universität Freiburg innerhalb eines Forschungsvorhabens von Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen die Anfertigung einer transatlantischen Vergleichsstudie von sozialen Gesundheitssicherungssystemen. Innerhalb dieser Studie werden besonders auf die unterschiedlichen Verläufe der Alterung der Gesellschaften und die Hebelwirkung des medizinisch-technischen Fortschritts in den einzelnen Ländern eingegangen. So unterscheiden sich die Alterungsprozesse zwischen Ländern wie beispielsweise den USA auf der einen Seite, welche noch eine recht hohe Geburtenrate verzeichnen können, und Japan mit einem klassischen doppelten Alterungsprozess, der von einer niedrigen Geburtenrate und einer steigenden Lebenserwartung gekennzeichnet ist, auf der anderen Seite. Im Vordergrund der Vergleichsstudie steht vor allem die Beurteilung des Status quo und von Reformoptionen mit Hilfe von Generationenkonten. Um einen möglichst genauen Vergleich zu ermöglichen, werden exogene Effekte wie die Wahl des Basisjahres

erforscht und aus der Analyse herausgerechnet. Die Studie soll einen möglichen Effekt der institutionellen Ausgestaltung eines staatlichen Gesundheitssicherungssystems dabei genauso quantifizieren wie die anderen genannten Effekte (demografischer Wandel und medizinisch-technischer Fortschritt). So verzeichnen rein steuerfinanzierte Systeme wie etwa in Schweden oder in Großbritannien in den letzten Jahren ein geringeres Kostenwachstum als bspw. Deutschland. Verbunden damit sind aber oft Effekte wie Wartelisten für Operationen oder ähnliches. Die Studie möchte einen Überblick hierüber geben und aufzeigen wie das deutsche soziale Gesundheitssicherungssystem im internationalen Vergleich gerade auch im Bezug der Nachhaltigkeit steht.

### **Jasmin Häcker**

#### *Pflegeversicherung im demografischen Wandel*

Finanzierung durch Mittel des Verband der privaten Krankenversicherung.

Betrachtet man die gegenwärtige Sachlage sowie die zukünftigen Herausforderungen mit denen die Pflegeversicherung konfrontiert ist und sein wird, so steht der dringende – und mittlerweile mehrmals in Angriff genommene – Handlungsbedarf außer Frage. Die Herausforderungen sind im Wesentlichen durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet, nämlich durch die Demografie und durch die – bislang unterbliebene – Ausgabendynamisierung der Pflegeleistungen. In Anbetracht dieser Tatbestände wurden zwar unterschiedliche Reformbemühungen in die Wege geleitet, jedoch

sind ihre Maßnahmen meist unzureichend, da sie nur ungenügend den demografischen Wandel berücksichtigen. Eine mögliche Alternative, wie vom Verband der privaten Krankenversicherungen e.V. vorgeschlagen, geht in Richtung einer Kooperationsbeziehungen zwischen staatlichem und privatem Sektor, bzw. in Richtung einer (Teil-)Kapitalisierung. Im Rahmen dieser Studie soll daher untersucht werden, wie sich eine mögliche Kooperationsbeziehung gestaltet und inwiefern durch die (Teil-) Kapitalisierung eine nachhaltige Situation geschaffen werden kann. Hierfür werden zwei Varianten des Vorschlags des Verbandes der privaten Krankenversicherungen e.V. analysiert. Dabei betrachtet die erste Variante das Einfrieren der Leistungsansprüche in der gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV) und gleichzeitig die vollständige Absicherung der Dynamisierung in der privaten Pflegeversicherung (PPV). Die zweite Variante sieht demgegenüber vor, die Dynamisierung zwar innerhalb der GPV abzuwickeln, aber sämtliche sich daraus ergebende Defizite von der PPV ausgleichen zu lassen. Die Studie soll aufzeigen, inwiefern mittels dieser Vorschläge die Pflegeversicherung zukunfts- und damit demografiefest gemacht werden kann.

**Stefan Fetzer und Christian Hagist**

*Reformoptionen des gesetzlichen Gesundheitssystems in Deutschland.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

In der politischen Diskussion stehen seit etwa zwei Jahren verschiedene Konzepte zur zukünftigen Finanzierung der

gesetzlichen Gesundheitsversorgung zur Debatte. Die bekanntesten Reformoptionen sind dabei die Bürgerversicherung und die Gesundheitsprämie. Jedoch bestehen auch Mischmodelle und Abwandlungen vom jeweiligen Grundkonzept. Das Forschungszentrum Generationenverträge hat mit zahlreichen Veröffentlichungen die gesundheitspolitische Debatte um den Aspekt intergenerativer Verteilungs- und Nachhaltigkeitswirkungen bereichert.

Für die Modellierung der Bürgerversicherung wurde im Rahmen des Forschungsprojekts erstens eine Erweiterung des Grundprogramms der Generationenbilanzierung erstellt. Diese Erweiterung besteht zum einen darin, die ökonomischen und demografischen Unterschieden zwischen bisheriger GKV- und PKV-Versicherten möglichst exakt zu erfassen. Zum anderen ist der Spezifität einzelner Bürgerversicherungsvorschläge in der Erweiterung der Generationenbilanz insofern Rechnung getragen, als dass z.B. die Erweiterung der Beitragsbemessung und Erhöhung der Beitragsbemessungsgrenze getrennt voneinander erfasst und analysiert werden können.

Zweitens wurde innerhalb dieses Forschungsprojekts ein Simulationsmodell entwickelt, um die mit Gesundheitsprämienmodellen verbundenen sozialen Ausgleichszahlungen (Prämien-subventionen) adäquat zu erfassen. Dieses basiert auf Haushaltsdaten der Einkommens- und Verbraucherstichprobe und ist so kalibriert, dass sich die gesamtwirtschaftlichen Eckdaten ergeben. Mit Hilfe

dieses Simulationsmodells ist es möglich bei Vorgabe der (altersspezifischen) Gesundheitsprämie, der Überforderungsgrenze (also wie viel Prozent des Bruttoeinkommens die Prämie nicht übersteigen soll) und der Demografie die zeitliche Entwicklung des gesamtwirtschaftlichen Prämiensubventionsbedarfs und dessen altersspezifische Verteilung zu berechnen. Dadurch können die statischen, wie auch die intergenerativen Verteilungswirkungen einer Gesundheitsprämie quantifiziert werden.

### **Stefan Fetzer und Christian Hagist**

*Gesundheitssicherung im internationalen Vergleich.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Neben dem Forschungsvorhaben „Nachhaltigkeit der sozialen Gesundheitsvorsorge im demografischen Wandel - ein internationaler Vergleich“, in dem vor allem OECD-Staaten im Fokus stehen, untersucht das Forschungszentrum Generationenverträge auch die Gesundheitssicherungssysteme bzw. gesundheitsökonomischen Zusammenhänge anderer Länder und Systeme. Dabei wurde bspw. eine Generationenbilanz des russischen Gesundheitssicherungssystem vorgelegt. Russland stellt einen Extremfall der osteuropäischen Transformationsstaaten dar, in welchen aufgrund der Historie recht entwickelte Sozialsysteme gekoppelt mit einer alternden Bevölkerung auf ein relativ schwaches gesamtwirtschaftliches Fundament treffen. Des Weiteren gibt es eine Forschungskoooperation mit der Universität Bergen über das



norwegische Gesundheitssystem. Hier wird auch an der Besonderheit des Staatsvermögens in Form von Ölreserven und die Konsequenzen für die langfristige Finanzierung der ausgeprägten sozialen Sicherungssysteme gearbeitet. Überdies hinaus wird in Zusammenarbeit mit Prof. Kotlikoff von der Boston University an einer Studie über den medizinisch-technischen Fortschritt und seine Quantifizierung in zehn OECD-Ländern gearbeitet.

## 5.2.6 Föderalismus

Laufende Forschungsvorhaben

### **Emily Phuong Dang**

*Zur Nachhaltigkeit der Länderhaushalte in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Personalverpflichtungen und Länderfinanzausgleich.*

Finanzierung durch Mittel der Deutsche Forschungsgemeinschaft.

Die aktuelle Debatte um den deutschen Föderalismus konzentriert sich insbesondere auf die kürzlich beschlossene Reform des Länderfinanzausgleichs. Vor dem Hintergrund einer alternden Bevölkerung und der massiven Einstellungswellen in den siebziger Jahren wird seit einiger Zeit ebenfalls intensiv über eine Reform der Versorgungs- und Beihilfesysteme des öffentlichen Dienstes diskutiert. Im Rahmen des Forschungsprojekts sollen diese Themenkomplexe erstmalig in einer Untersuchung über die fiskalische Nachhaltigkeit der öffentlichen Haushalte der deutschen

Bundesländer miteinander verbunden werden. Die Nachhaltigkeitsanalyse erfolgt mittels der Methodik der Generationenbilanzierung. Zu diesem Zweck ist zunächst ein Bevölkerungsprognosemodell auf Länderebene zu entwickeln, auf dessen Basis demografieabhängige Projektionen aller Ländereinnahmen und -ausgaben erstellt werden. Die sich daraus ergebende langfristige fiskalische Gesamtentwicklung soll für jedes Bundesland unter besonderer Berücksichtigung der Wechselwirkung mit dem System des Finanzausgleichs abgeschätzt werden.

## 5.3 Gutachten

### 5.3.1 Betriebliche und private Altersvorsorge

Laufende Gutachten

#### **Oliver Ehrentraut**

*Abschätzung der Möglichkeiten und Wirkungen der Entgeltumwandlung im Status quo sowie ab 2009.*

Im Auftrag des Ministeriums für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie des Landes Nordrhein-Westfalen.

Angesichts der demografischen Entwicklung und der daraus resultierenden angespannten Finanzlage in den Sozialen Sicherungssystemen im Allgemeinen und der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) im Besonderen, wurden in den vergangenen Jahren weitreichende Reformen durchgeführt, um die GRV nachhaltiger zu finanzieren und auch für zukünftige Generationen tragfähig zu halten. Zu diesen Reformen gehört neben der Rentenreform 2001 auch das im Mai 2004 verabschiedete RV-Nachhaltigkeitsgesetz. Der Erfolg der Neuordnung der GRV impliziert aber in jedem Fall eine Lastverschiebung zwischen den drei Säulen des deutschen Alterssicherungssystems. So werden zukünftige Alterseinkommen nur noch zu einem deutlich geringeren Anteil aus der umlagefinanzierten GRV bezogen, sondern in stärkerem Ausmaß aus kapitalgedeckter betrieblicher (bAV) und privater Vorsorge (pAV)

stammen. Der Weg dazu ist parallel durch die Schaffung weitreichender Fördermöglichkeiten (z.B. Entgeltumwandlung, „Riester-Rente“) geebnet worden.

Das Gutachten soll Aufschluss darüber geben, ob diese Förderwege in Zukunft ausreichen werden, um die entstehenden Einbußen in den Alterseinkommen aus der GRV aufzufangen. Insbesondere soll abgeschätzt werden, ob die Tatsache, dass Entgeltumwandlungen ab dem Jahr 2009 der Sozialversicherungspflicht unterliegen negative Auswirkungen auf die Verbreitung der bAV haben werden. Des Weiteren soll im Rahmen der Berechnungen geklärt werden, ob trotz der finanziellen Schieflage der Sozialen Sicherungssysteme eine Beibehaltung der Sozialversicherungsfreiheit der Entgeltumwandlung über das Jahr 2008 hinaus denkbar ist.

### **5.3.2 Gesundheitspolitik**

Abgeschlossene Gutachten

2004

**Stefan Fetzer**

*Nachhaltigkeitswirkungen des FDP-Gesundheitskonzepts.*

Im Auftrag der FDP.

Aufgrund der künftigen demografischen Veränderung und dem im Gesundheitswesen wirkenden medizinisch-technischen Fortschritt

nimmt der Reformdruck für eine Umgestaltung der gesetzlichen Krankenversicherung in Zukunft weiter zu. Bekannte Reformkonzepte sind hierbei das Gesundheitsprämienmodell der Union und die Bürgerversicherung der SPD. Beide Konzepte vermögen es aber nicht, dem Ziel einer langfristigen Finanzierbarkeit des öffentlichen Gesundheitssystems gerecht zu werden. Ein sehr weitgehendes Reformkonzept zum Umbau der gesetzlichen Krankenversicherung ist das FDP-Gesundheitskonzept. Dieses sieht vor, anstelle der bisherigen gesetzlichen Krankenversicherung einen privaten Krankenversicherungsmarkt (mit Kontrahierungszwang) zu etablieren. Dem Staat bliebe dann die Wettbewerbsaufsicht und die Definition eines Grundleistungskataloges. Durch den Wettbewerb zwischen den Versicherungen soll zum einen mehr Effizienz in das Gesundheitssystem getragen werden. Zum anderen sollen die mit dem Alter ansteigenden Kosten durch kapitalgedeckte Prämien über den Lebenszyklus „geglättet“ werden. Um untere Einkommenschichten nicht mit zu hohen Gesundheitsprämien zu überfordern, ist in diesem Konzept auch eine Prämiensubvention für Bedürftige enthalten. Das Gutachten quantifiziert den für die Prämiensubvention notwendigen gesamtwirtschaftlichen Steuermehrbedarf für die nächsten zehn Dekaden bei alternativen Formen von Kapitalrücklagenbildung und verschiedenen Überforderungsgrenzen. Außerdem werden die Nachhaltigkeitswirkungen, die mit der Einführung dieses Konzeptes verbunden sind, aufgezeigt.

## **Stefan Fetzer und Christian Hagist**

*Der Gesundheitsbeitrag mit Einkommens- und Äquivalenzprämie - Ein Konzept des Hessischen Sozialministeriums (HSM).*

Im Auftrag der Hessischen Staatskanzlei.

Momentan wird in der Politik und insbesondere in der CDU die Einführung eines Gesundheitsprämiensystems diskutiert. Als Problem hat sich dabei die Höhe des Steuer Mehrbedarfs aufgrund der Prämiensubvention für Bedürftige herauskristallisiert. Für einen ausgearbeiteten Vorschlag der Staatskanzlei Hessen wird in verschiedenen Szenarien analysiert, durch welche Parameter und institutionelle Ausgestaltungen der gesamtwirtschaftliche Steuer Mehrbedarf eines Gesundheitsprämiensystems gesenkt werden kann. Dabei wird insbesondere die auf die Belastungswirkung einzelner sozioökonomischer Gruppen aufgezeigt. Des Weiteren werden die Nachhaltigkeitswirkungen der verschiedenen Szenarien analysiert und mit denen des momentanen Systems wie auch des alternativen Gesundheitsprämienvorschlags von Rürup und Wille verglichen. Als Politikempfehlung resultiert aus den Nachhaltigkeitsrechnungen, dass eine rein einnahmenseitige Reform keine wirkliche Nachhaltigkeit in das gesetzliche Gesundheitssystem tragen kann. Deshalb ist das Gutachten um die Nachhaltigkeitswirkungen relativ sozial unumstrittener Leistungskürzungen (z.B. Zahnarztleistungen, Hör- und Sehhilfen o.ä.) ergänzt. Aber auch durch diese gelingt nur eine bedingte Entlastung in der langen Frist.

**Jasmin Häcker**

*Reformkonzepte der gesetzlichen Pflegeversicherung auf dem Prüfstand.*

Im Auftrag des Deutschen Instituts für Gesundheitsökonomie.

Ziel dieser Studie ist es, unterschiedliche Reformkonzepte zur gesetzlichen Pflegeversicherung auf ihre Nachhaltigkeit hin zu untersuchen. Insbesondere soll in diesem Zusammenhang auf zwei Vorschläge eingegangen werden, die trotz erheblicher Leistungsausweitung eine langfristige Stabilisierung des Beitragsatzes ausweisen. Während der eine Vorschlag die Ausweitung der umlagefinanzierten Pflegeversicherung auf die gesamte Bevölkerung vorsieht, geht das andere Konzept in genau die entgegengesetzte Richtung, nämlich verstärkt in die Kapitaldeckung. Im Rahmen dieser Studie wird ferner die Thematik der Leistungsausweitung, die sich insbesondere auf den Kreis Demenzkranker bezieht, näher beleuchtet. Bisher wenig berücksichtigt wurde in diesem Zusammenhang nämlich die durch die stärkere Einbeziehung Demenzkranker induzierte Ausgabenentwicklung. Die Abschätzung der Ausgabenentwicklung ist daher ein weiterer Teil der Studie.

### 5.3.3 Föderalismus

Abgeschlossene Gutachten

2004

#### **Emily Phuong Dang**

*Nachhaltigkeitsstudie für das Land Baden-Württemberg -- Eine Generationenbilanzierung auf Länderebene.*

Im Auftrag des Finanzwissenschaftlichen Instituts des Bundes der Steuerzahler.

Ähnlich wie beim Bundeshaushalt hängen maßgebliche Teile der Länderbudgets von der spezifischen Alterung der entsprechenden Bevölkerung und der Länderbediensteten ab. Ziel des Gutachtens ist die Bestandsaufnahme der Fiskalpolitik des Landes und eine Einordnung des Haushaltes im Hinblick auf dessen Nachhaltigkeit. Der Fokus liegt dabei auf den Versorgungsausgaben, die in den kommenden 20 Jahren durch massive Pensionierungsbewegungen stark ansteigen werden, und den Zahlungen im Länderfinanzausgleich, deren Sinnhaftigkeit immer mehr in Frage gestellt wird. Die Studie kommt zu dem Ergebnis, dass die Fiskalpolitik des Landes Baden-Württemberg langfristig nicht tragbar ist und damit den Generationen unterschiedliche Belastungen durch Steuererhöhungen oder Transfersenkungen aufbürdet. Alternative Denkmodelle und Szenarien zu den Versorgungsausgaben und dem Länderfinanzausgleich zeigen auf, in welcher Größenordnung die



beiden Faktoren für die entstandene Nachhaltigkeitslücke verantwortlich sind.

### 5.3.4 Immobilien- und Kapitalmärkte

Abgeschlossene Gutachten

2004

**Jörg Schoder**

*Immobilien im Spannungsfeld zwischen Alters- und Generationenvorsorge.*

Im Auftrag der Schwäbisch Hall Stiftung „bauen-wohnen-leben“.

Den Ausgangspunkt des Gutachtens bildet die Tatsache, dass die überkommene Legitimation der Wohneigentumsförderung durch die demografische Entwicklung in Frage gestellt wird. Gleichzeitig eröffnet die Bevölkerungsentwicklung eine neue Legitimationsgrundlage, die sich aus den unter Druck geratenen sozialen Sicherungssysteme und der damit verbundenen Notwendigkeit zur privaten Vorsorge ergibt. Im Gutachten wurde zum einen die doppelte Funktion des Wohneigentums als Alters- und Generationenvorsorge erörtert: Selbstgenutztes Wohneigentum stellt (im wesentlichen durch die Wohnkostensparnis) eine bedeutende Form der privaten Altersvorsorge dar und hat gleichzeitig eine (potentielle) Entlastungswirkung für kommende Generationen, die sich aus der Möglichkeit der Vererbung ergibt. Diese doppelte

Funktion des Wohneigentums bildet im Weiteren die Grundlage eines systematischen und zukunftsorientierten Vorschlags zur Reformierung der staatlichen Wohneigentumsbildung: die Freiburger Zwei-Flanken-Strategie. Diese sieht vor, den Bürgern die Möglichkeit einzuräumen, sich zwischen der Inanspruchnahme zweier unterschiedlicher *Förderflanken* zu entscheiden: Alters- oder Generationenvorsorge, wobei letztere nur für Familien mit Kindern offen steht, weil nur hier das Vererbungsmotiv *glaubhaft* ist. Das Reformkonzept wurde im Mai 2005 im Rahmen der Projektgruppe „Wohneigentum und Altersvorsorge“ des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (BMVBW) vorgestellt.

## 5.4 Sonstige Projekte

### 5.4.1 Betriebliche und private Altersvorsorge

Laufende sonstige Projekte

#### **Oliver Ehrentraut**

*Entwicklung und Umsetzung eines Prognosemodells für das Rentenreforminduzierte Geschäft im Bereich der privaten und betrieblichen Altersvorsorge*

Im Auftrag der ERGO / Victoria Versicherungsgruppe.

Im Rahmen dieses Projekts soll für die Jahre 2004 bis 2008 ein Modell entwickelt werden, um anhand wissenschaftlich fundierter Daten und Annahmen das rentenreforminduzierte Geschäft im Bereich der privaten und betrieblichen Altersversorgung abzuschätzen. Im Besonderen erlaubt das Modell Prognosen für Abschluss- und Bestandszahlen in den einzelnen Teilsegmenten des Altersvorsorgemarktes, sowohl in Form von Vertragsstückzahlen als auch – volumina, ermöglichen.

Hierzu werden alle relevanten Daten aus diversen Quellen (internen Datenbeständen, GDV-Daten und Bevölkerungsdaten) gesammelt und ausgewertet, sowie fortlaufend in eine Datenbank eingearbeitet. Basierend auf diesen Datenbeständen soll das Modell vierteljährliche Updates der gewünschten Outputs liefern und so eine ständige Korrektur der jeweiligen Zielvorgaben erlauben. Eine flexible

Anpassung an sich ändernde Rahmenbedingungen und Marktgegebenheiten (z.B. Regierungswechsel, Rentenreformen, etc.) soll gewährleistet werden.

## 5.4.2 Gesundheitspolitik

Abgeschlossene sonstige Projekte

2005

### **Christian Hagist**

*Fachbeiträge für Broschüren der Allianz Privaten Krankenversicherung AG.*

Im Auftrag der Allianz Private Krankenversicherung AG.

Für eine Informationsbroschüre im Auftrag der Allianz Private Krankenversicherung AG werden einmal die Auswirkungen einer Reform der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) in eine Bürgerversicherung der Allgemeinheit in einem Beitrag erläutert. In einem weiteren Papier werden dann die Konsequenzen des demografischen Wandel auf die Umlagefinanzierung der GKV aufgezeigt und bewertet. Anschließend werden Reformoptionen wie etwa eine vermehrte Kapitaldeckung oder mehr Eigenverantwortung der Bürger erläutert und analysiert.

### **Christian Hagist und Jasmin Häcker**

*Kurzexpertise über einen Reformvorschlag des Hessischen Sozialministeriums (HSM) zur Pflegeversicherung.*

Im Auftrag des Hessischen Sozialministerium.

In dieser Kurzexpertise werden konkrete Szenarien für eine Gesundheitsprämie in der Gesetzlichen Pflegeversicherung berechnet und ihre budgetären Wirkungen aufgezeigt. Dabei wird besonderen Wert auf die Prämiensubvention der Haushalte und deren steuerliche Gegenfinanzierung gelegt. Des Weiteren werden die Gleichstellung bei der steuerlichen Subvention von gesetzlich und privat versicherten Kindern betrachtet und berechnet.

Laufende sonstige Projekte

### **Christian Hagist**

*Evaluierung des Bonusprogramms der BKK Fahr.*

Im Auftrag der BKK Fahr.

Im Jahre 2003 legte die BKK Fahr ein Modellversuch für ein Bonusprogramm für ihre Versicherten vor. Dies hat für die BKK Fahr das Ziel, Versicherte gegenüber der Konkurrenz der anderen gesetzlichen Kassen bzw. der privaten Versicherungen zu halten bzw. neu hinzuzugewinnen. Des Weiteren möchte man durch eine solche Steuerung Kosten einsparen und damit einen attraktiven Beitragssatz anbieten. Das Forschungszentrum Generationenverträge begleitet diesen Modellversuch wissenschaftlich und versucht sowohl

Steuerungswirkungen eines solchen Bonus wie auch die Haltewirkung für die Gesetzliche Krankenversicherung im Längsschnitt abzubilden, zu analysieren und zu erläutern. Dazu wird zum einen ein jährlicher Bericht über das Verhalten der Teilnehmer des Bonusmodell angefertigt. Zum anderen wurde auch eine Diplomarbeit in diesem Bereich vergeben, welche sich um die wissenschaftliche Fundierung der Analyse der Daten im Längsschnitt kümmert.

## 6 Publikationen

### 6.1 Zeitschriften

#### 6.1.1 Referiert

2005

**Fetzer, Stefan und Bernd Raffelhüschen**, Zur Wiederbelebung des Generationenvertrags in der gesetzlichen Krankenversicherung: Die Freiburger Agenda, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 6, 255-274.

2004

**Fetzer, Stefan und Christian Hagist**, GMG, Kopfpauschalen und Bürgerversicherungen: Der aktuelle Reformstand und seine intergenerativen Verteilungswirkungen, *Schmollers Jahrbuch*, Heft 3, 387-420.

**Hagist, Christian und Bernd Raffelhüschen**, Friedens- versus Ausscheidegrenze in der Krankenversicherung: Ein kriegerischer Beitrag für mehr Nachhaltigkeit, *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft*, Heft 2, 185 - 206.

**Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Möglichkeiten einer verfassungskonformen Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung, *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, Heft 2, 172-180.

**Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Denn sie wussten, was sie taten: Zur Reform der Sozialen Pflegeversicherung, *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung* 73, 158-174.

#### 6.1.2 Andere

2005

**Ehrentraut, Oliver und Bernd Raffelhüschen**, Die Altersvorsorge in Deutschland - Reformbedarf vor dem Hintergrund des demografischen Wandels, *Haufe Praxishandbuch Betriebliche Altersversorgung*, Heft 1, Gruppe 3, 163-176.

**Ehrentraut, Oliver und Bernd Raffelhüschen**, Nachhaltigkeit in der gesetzlichen Rentenversicherung, *Zukunft jetzt - Zeitschrift für Zukunftssicherung*, Informationen zur 1. Sächsischen Vorsorgemesse vom 19.-24. Januar 2004.

**Raffelhüschen, Bernd und Jörg Schoder**, Wohneigentumsförderung im demografischen Wandel - Die Freiburger Zwei-Flanken-Strategie, *Die Wohnungswirtschaft*, Heft 2, 50-52.

2004

**Fetzer, Stefan Christian Hagist und Bernd Raffelhüschen**, Was bringen Bürgerversicherung und Gesundheitsprämie wirklich?, *ifo Schnelldienst* 57, Heft 15, S. 3-7, 2004.

**Raffelhüschen, Bernd und Jörg Schoder**, Die Freiburger Zwei-Flanken-Strategie zur Wohneigentumsförderung, *ifo Schnelldienst* 57, Heft 4, 3-6.

## 6.2 Diskussionsbeiträge

2005

**Besendorfer, Daniel, Emily Phuong Dang und Bernd Raffelhüschen**, Die Pensionslasten der Bundesländer im Vergleich: Status quo und zukünftige Entwicklung, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 129.

**Fetzer, Stefan**, Determinanten der zukünftigen Finanzierbarkeit der GKV: Doppelter Alterungsprozess, Medikalisierungs- vs. Kompressionsthese und medizinisch-technischer Fortschritt, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 130

**Fetzer, Stefan, Jasmin Häcker und Christian Hagist**, (Teil-)Privatisierung mit sozialer Flankierung - Ein geeignetes Mittel zur langfristigen Sicherung der Gesundheits- und Pflegevorsorge?, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 125.

**Fetzer, Stefan, Christian Hagist und Nargiza Hahn**, Health Insurance and Demography - The Russian Case, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 126.



- Fetzer, Stefan, Christian Hagist, Max Höfer und Bernd Raffelhüschen**, Nachhaltige Gesundheitsreformen?, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 124.
- Hagist, Christian, I. Holdorf und P. Pütz**, Deductibles in social health insurance systems: Findings from Germany, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 128.
- Häcker, Jasmin und Matthias Heldler**, Intergenerational Fairness During Demographic Transition, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 121.
- Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Wider besseren Wissens: Zur Finanzierbarkeit Demenzkranker in der Gesetzlichen Pflegeversicherung, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 127.
- Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Note mangelhaft: Die Bürgerpflegeversicherung, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 131.
- Krimmer, Pascal, Bernd Raffelhüschen und Stephan Seiler**, Grundsicherung der Zukunft „Die Freiburger Blaupause II“, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 132.

2004

- Benz, Ulrich und Stefan Fetzer**, Indicators for Measuring Fiscal Sustainability - A Comparative Application of the OECD-Method and Generational Accounting, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 118.
- Benz, Ulrich und Stefan Fetzer**, Was sind gute Nachhaltigkeitsindikatoren? OECD-Methode und Generationenbilanzierung im empirischen Vergleich, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 117.
- Häcker, Jasmin, Max Höfer und Bernd Raffelhüschen**, Wie kann die Gesetzliche Pflegeversicherung nachhaltig reformiert werden?, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 119.
- Hoffmann, Helko und Pascal Krimmer**, Aufkommens- und Verteilungswirkung aktueller Vorschläge zur Reform der Einkommensteuer: Eine vergleichende Analyse anhand eines Simulationsmodells auf Mikrodatenbasis, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 122.

**Raffelhüschen, Bernd und Jörg Schoder**, Wohneigentumsförderung unter neuen Vorzeichen: Skizze einer zukunftsorientierten Reform, *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 113.

## 6.3 Gutachten

2004

**Besendorfer, Daniel, Emily Phuong Dang und Bernd Raffelhüschen**, Zur Nachhaltigkeit des Landeshaushaltes von Baden-Württemberg, *Gutachten im Auftrag des Finanzwissenschaftlichen Institutes des Bundes der Steuerzahler e.V.*

## 6.4 Sonstige

2005

**Raffelhüschen, Bernd und Jörg Schoder**, Möglichkeiten und Grenzen der Integration von genossenschaftlichem Wohnen in die Freiburger Zwei-Flanken-Strategie, *Arbeitspapiere des Instituts für Genossenschaftswesen der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster* Nr. 50.

2004

**Honerkamp, Josef, Stefan Moog und Bernd Raffelhüschen**, Earlier or Later: A General Equilibrium Analysis of Bringing Forward an Already Announced Tax Reform, *CESifo Working Paper* Nr. 1307 (Wiederabdruck in: *Diskussionsbeiträge des Instituts für Finanzwissenschaft der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg* Nr. 123).

## 7 Auslandsaufenthalte und Konferenzen

### 7.1 Auslandsaufenthalte

#### **Christian Hagist**

Gast an der Boston University, von 01.11.2004 bis 30.04.2005

#### **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen**

Wahrnehmung der Forschungsprofessur an der Universität Bergen, August 2004 und März 2005.

### 7.2 Konferenzen

#### **Matthias Helder**

Fiscal and Regulatory Competition, 60th Congress of the International Institute of Public Finance, 23. bis 26. August 2004, Università Bocconi, Milan.

*Vorgetragenes Papier: Demographics and Volatile Social Security Wealth: Political Risks of Benefit Rule Changes in Germany.*

Graduiertenkolloquium des Forschungsnetzwerkes Alterssicherung, 17. bis 18. Februar 2005, Würzburg.

*Vorgetragenes Papier: Volatilität der internen Rendite: Politisches Risiko der gesetzlichen Rentenversicherung.*

#### **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen**

Bei einer Reihe von Vorträgen referierte der Institutsleiter in den Jahren 2004 und 2005 über die Nachhaltigkeit der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie über die wirtschaftspolitische Gesamtlage. Aufgrund der Vielzahl an Vorträgen wird von einer spezifischen Auflistung abgesehen.

# 8 Medienpräsenz

## 8.1 Fernsehen

### **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen**

**heute-Journal**, ZDF (24.8.2005, 6.6.2005, 22.10.2004, 6.8.2004)

**Standort Deutschland**, ZDF (2.8.2005)

**Sabine Christiansen**, ARD (31.7.2005)

**Tagesthemen**, ARD (26.7.2005)

**Report**, ARD (18.7.2005)

**Frontal 21**, ZDF (12.7.2005, 28.6.2005, 7.6.2005, 19.4.2005, 2.11.2004, 17.2.2004, 27.1.2004)

**Kontraste**, ARD (7.7.2005)

**Landesschau**, SWR (30.6.2005, 20.6.2005, 24.5.2004)

**Umschau**, MDR (27.6.2005, 30.5.2005)

**Ländersache**, SWR (20.6.2005, 6.5.2004, 11.3.2004)

**Berlin Direkt**, ZDF (19.6.2005, 31.10.2004)

**n-tv Spezial**, n-tv (6.6.2005)

**WDR Aktuell**, WDR (2.6.2005)

**Panorama**, NDR (2.6.2005)

**MEX**, HR (23.3.2005)

**n-tv Service: Wirtschaft & Politik**, n-tv (22.3.2005)

**SWR 2 Forum**, SWR (10.3.2005)

**Talk vor Ort**, HR (10.3.2005, 30.9.2004, 4.3.2004)

**WISO**, ZDF (28.2.2005, 9.2.2004)

**Morgenmagazin**, ARD/ZDF (12.11.2004)

**Wirtschaftsforum**, N24 (8.11.2004)

**Länderspiegel**, ZDF (30.10.2004)

**Mittagsmagazin**, ARD (30.8.2004, 16.6.2004)

**Plusminus**, ARD (27.7.2004)

**Hart aber fair**, WDR (3.3.2004)

**Fakt**, ARD (16.2.2004)

**Tagesschau**, ARD (18.1.2004)

## **Emily Phuong Dang**

**Baden-Württemberg aktuell**, SWR (9.05.2005)

## **Oliver Ehentraut**

**Markt**, NDR (23.05.2005)

## **Christian Hagist**

**Ländersache**, SWR (16.06.2005)

## 8.2 Zeitungen und Zeitschriften

### Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

**Handelsblatt** (29.8.2005, 8./9.10.4.2005)

**Blickpunkt Marktwirtschaft** (2/2005)

**Thüringer Allgemeine** (27.6.2005)

**Rheinische Post** (27.6.2005, 6.4.2005, 4.8.2004, 20.5.2004)

**Rhein-Neckar-Zeitung** (21.6.2005, 3./4.7.2004)

**Weinheimer Nachrichten** (20.6.2005)

**Schwäbische Zeitung** (16.6.2005)

**Versicherungs Journal** (10.6.2005)

**Badische Zeitung** (8.6.2005, 3.6.2005, 13.11.2004, 25.9.2004, 26.8.2004, 7.7.2004, 19.1.2004, 8.1.2004)

**Börsen-Zeitung** (3.6.2005)

**Frankfurter Allgemeine Zeitung** (3.6.2005, 5.4.2005, 30.8.2004, 23.8.2004, 6.8.2004, 7.7.2004, 6.1.2004)

**Stuttgarter Nachrichten** (2.6.2004, 2.2.2005, 13.11.2004)

**Frankfurter Rundschau** (31.5.2005)

**Osnabrücker Sonntagszeitung** (15.5.2005, 16.5.2004)

**Capital** (9/2005, 16/2004)

**Weser Kurier** (21.4.2005)

**MEAG** (1/2005)

**Wiesbadener Kurier** (16.4.2005, 17.4.2004)

**Kieler Nachrichten** (8.4.2005)

**Fuldaer Zeitung** (8.4.2005, 3.9.2004, 14.8.2004)

**Der Selbständige** (2/2005)

**Bild am Sonntag** (10.4.2005, 7.11.2004, 22.8.2004, 14.1.2004)

**Mannheimer Morgen** (30.3.2005, 13.11.2004)

**Schaumburger Landeszeitung** (16.3.2005)

**Schaumburger Nachrichten** (16.3.2005)  
**Cash** (4/2005)  
**Augsburger Allgemeine** (3.3.2005, 31.3.2004)  
**Hannoversche Allgemeine Zeitung** (2.3.2005)  
**EURO** (03/05)  
**Die Welt** (4.2.2005, 9.8.2004, 5.8.2004, 7.7.2004, 7.6.2004)  
**Wirtschaftswoche** (Nr. 7/10.2.2005)  
**Pinneberger Tageblatt** (26.1.2005)  
**Süddeutsche Zeitung** (22.1.2005, 19.1.2004)  
**Reutlinger Nachrichten** (20.1.2005)  
**Schwäbisches Tagblatt** (19.1.2005)  
**Reutlinger Generalanzeiger** (19.1.2005, 16.6.2004)  
**Lübecker Nachrichten** (13.1.2005, 11.3.2004)  
**Der Vermögensberater** (1/2005)  
**Euro am Sonntag** (21.11.2004, 4.7.2004)  
**Jungekarriere** (12/04)  
**Westdeutsche Allgemeine** (16.11.2004)  
**Märkische Allgemeine** (16.11.2004)  
**Der Sonntag** (14.11.2004)  
**Südwest Presse** (13.11.2004)  
**Badische Neueste Nachrichten** (13.11.2004)  
**Stuttgarter Zeitung** (13.11.2004, 6.2.2004, 8.1.2004)  
**Fränkische Nachrichten** (4.11.2004)  
**Focus** (43/2004, 27/2004)  
**Oberbadisches Volksblatt** (25.9.2004)  
**Hessische Allgemeine** (22.9.2004, 10.3.2004)  
**Kölnische Rundschau** (30.8.2004, 12.3.2004)  
**Basler Zeitung** (28./29.8.2004)  
**Nordwestzeitung** (27.8.2004)

**Oberhessische Presse** (24.8.2004)

**Die Tagespost** (19.8.2004)

**Westfälische Nachrichten** (10.8.2004)

**Aachener Zeitung** (4.8.2004, 28.7.2004)

**Heilbronner Stimme** (24.7.2004)

**Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung** (11.7.2004)

**Norddeutsche Neueste Nachrichten** (1.6.2004)

**Lahrer Zeitung** (22.4.2004)

**Freiburger Uni-Magazin** (2/2004)

**Rhein Main Presse** (17.4.2004)

**Abendzeitung München** (11.3.2004)

**Mitteldeutsche Zeitung** (14.1.2004)

## **Emily Phuong Dang**

**Bild Zeitung** (10.1.2004)

## **Stefan Fetzer**

**Welt am Sonntag** (14.11.2004)

## **Christian Hagist**

**Welt am Sonntag** (14.11.2004)



## 9           **Ausblick**

Infolge des Beschlusses zur Auflösung des deutschen Bundestags hat die Reformdebatte in den vergangenen Monaten zusätzlich an Fahrt gewonnen. Gerade in Anbetracht des kurzen Zeitraums bis zum Wahltermin waren die Parteien gezwungen, sich für den Wahlkampf zu positionieren und die Wähler von ihren jeweiligen Reformkonzepten zu überzeugen. Neben der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit kristallisierten sich hierbei die Reform der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung sowie die Reform des Steuersystems als zentrale Themen der kommenden Legislaturperiode heraus. Auch wurde, allen vergangenen Ankündigungen zum Trotz, über die kommenden Reformschritte in der gesetzlichen Rentenversicherung diskutiert. Damit einher ging die Diskussion über die zukünftige Weichenstellung im Bereich der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Schließlich ist damit zu rechnen, dass in naher Zukunft ein neuer Anlauf zur Reform des Föderalismus unternommen wird.

Das Forschungszentrum Generationenverträge kann dabei keine Entscheidung für die eine oder die andere Reformoption fällen. Diese Entscheidung obliegt in einer Demokratie allein den Bürgern und Wählern. Das Forschungszentrum Generationenverträge steht jedoch in der gesellschaftspolitischen Verantwortung im Rahmen seiner Forschungstätigkeit die Auswirkungen der verschiedenen Reformoptionen nicht nur zu analysieren, sondern die Ergebnisse dieser Analyse einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen, um

somit die Bürger über die Vor- und Nachteile der einzelnen Reformmodelle zu informieren. Welche der in den Wahlprogrammen formulierten Reformmaßnahmen letztlich auch umgesetzt werden, für den Bereich der anwendungsorientierten Nachhaltigkeitsanalyse des Forschungszentrums Generationenverträge skizzieren die Wahlprogramme der Parteien insofern auch das Arbeitsprogramm für die kommenden Monate. Dabei gilt es, neben der laufenden Aktualisierung der bereits in der Vergangenheit vorgelegten Nachhaltigkeitsanalysen zu den geplanten Reformmaßnahmen im Bereich der sozialen Sicherungssysteme, die Forschung verstärkt auch auf die anderen fiskalpolitischen Problemfelder auszudehnen.

Im Bereich der Simulationsanalyse sollen die laufenden Entwicklungsarbeiten bis Ende 2005 soweit abgeschlossen werden, dass eine erste anwendungsreife Implementierung des Simulationsmodells vorgestellt werden kann. Mittels dieses zweiten methodischen „Standbeins“ wird das Forschungszentrum Generationenverträge zukünftig in die Lage versetzt, über die Perspektive der Nachhaltigkeitsanalyse mittels Generationenbilanzierung hinausgehend die gesamtwirtschaftlichen Rückwirkungen, individuellen Verhaltensanpassungen und Verteilungswirkungen alternativer Reformmaßnahmen umfassend zu analysieren.

Neben den Entwicklungen in der Forschung wird das kommende Jahr insbesondere durch die in der nahen Zukunft erfolgende Einrichtung des *Master of Estate Planning* geprägt werden. Durch die Einrichtung dieses Masterstudiengangs will das Forschungszentrum

Generationenverträge, in Zusammenarbeit mit dem *Lehrstuhl für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre* und dem *Lehrstuhl für Finanzwirtschaft und Banken* der Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, ein über das bestehende Lehrangebot hinausgehendes Weiterbildungsangebot schaffen, mittels dem der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis forciert werden soll. Mit der Ausrichtung des Studiengangs auf die Vermögensnachfolge im Bereich mittelständischer Unternehmen soll eine Nische besetzt werden, die in Anbetracht der bereits heute bestehenden Probleme zukünftig an praktischer Bedeutung gewinnen wird. Daher richtet sich dieses Weiterbildungsangebot insbesondere an Mitarbeiter und Angestellte von Firmen aus den Branchen Banken, Versicherungswirtschaft und Finanzdienstleistungen. Natürlich wird der Masterstudiengang auch Studierenden offen stehen, die nach Abschluss eines ersten berufsqualifizierenden Studiums eine Karriere in einem der genannten Bereiche anstreben. Gemäß der Planung in der lehrstuhlübergreifenden Arbeitsgruppe soll der Masterstudiengang seinen Betrieb im Laufe des Jahres 2007 aufnehmen.





FORSCHUNGS  
ZENTRUM  
GENERATIONEN  
VERTRÄGE



Forschungszentrum Generationenverträge

Bertoldstraße 17 (Eingang Brunnenstraße)

79098 Freiburg

Fon 0761. 203 23 54

Fax 0761. 203 22 90

[www.generationenvertraege.de](http://www.generationenvertraege.de)

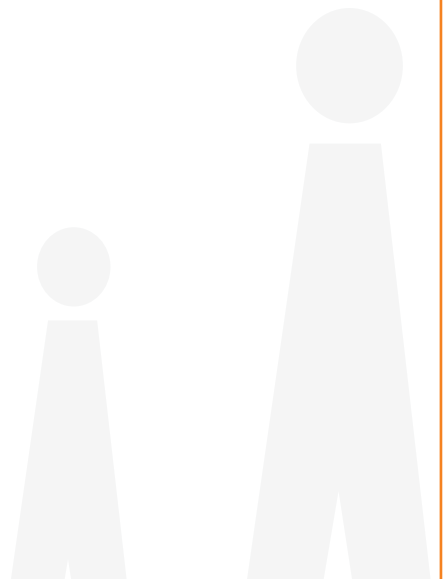
[info@generationenvertraege.de](mailto:info@generationenvertraege.de)



# Jahresbericht 2005/2006



FORSCHUNGS  
ZENTRUM  
GENERATIONEN  
VERTRÄGE



# **Jahresbericht 2005/2006**

Forschungszentrum Generationenverträge  
und Institut für Finanzwissenschaft I  
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

© 2006 Forschungszentrum Generationenverträge, Freiburg

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Umschlagsgestaltung: [www.cc-werbeagentur.de](http://www.cc-werbeagentur.de)

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Forschungszentrums Generationenverträge unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.



# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	1
2	Entwicklungen im Personalbereich .....	4
3	Finanzielle Ausstattung .....	6
4	Lehre .....	13
5	Forschung.....	16
6	Publikationen .....	54
7	Auslandsaufenthalte und Konferenzen.....	58
8	Fachreferate und Politikberatung .....	59
9	Medienpräsenz .....	60
10	Ausblick.....	63



# 1 Einleitung

Kurz vor der Bundestagswahl im September 2005 erschien der erste Jahresbericht des Forschungszentrums Generationenverträge. Zum damaligen Zeitpunkt lieferten sich die beiden großen Parteien ein Kopf-an-Kopf-Rennen, dessen Ausgang ungewiss war. Gewissheit herrschte allerdings im Hinblick auf die zentralen Aufgabenstellungen der neuen Bundesregierung.

Neben dem allgegenwärtigen Problem der hohen Arbeitslosigkeit kristallisierten sich im damaligen Wahlkampf die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung sowie des Steuersystems als zentrale Themen der Legislaturperiode heraus. Auch wurde allen vergangenen Ankündigungen zum Trotz über die kommenden Reformschritte in der gesetzlichen Rentenversicherung diskutiert. Damit einher ging die Diskussion über die zukünftige Weichenstellung im Bereich der betrieblichen und privaten Altersvorsorge. Schließlich war damit zu rechnen, dass ein neuer Anlauf zur Reform des Föderalismus unternommen wird.

So uneinig wie sich die Parteien im Hinblick auf die Konzepte zur Lösung dieser Problemfelder präsentierten, so uneinig zeigten sich auch die Wähler im Hinblick auf die Frage, wem sie eine Lösung am ehesten zutrauten. Wenig verwunderlich mündete die Bundestagswahl 2005 schließlich in einer großen Regierungskoalition. Trotz der Lehren der Vergangenheit verband sich mit dieser neuen Bundesregierung unter Führung der Bundeskanzlerin Angela Merkel die

Hoffnung auf eine große Koalition der Vernunft, welche vorliegende Lösungskonzepte aufgreift und zügig in die Tat umsetzt.

Stattdessen tritt auch die Regierung Merkel auf den zentralen Problemfeldern unseres Landes auf der Stelle. Exemplarisch sei hier auf die kürzlich beschlossene Gesundheitsreform verwiesen. Hierbei wurde eine einmalige Chance vertan. Und dies, obwohl angesichts des schwarz-rot-goldenen Freudentaumels über die Darbietungen der deutschen Fußballnationalmannschaft kaum mit einem empörten Aufschrei des Wahlvolkes zu rechnen gewesen wäre. Doch im Gegenteil. Wie in der Vergangenheit wurde, frei nach Sepp Herberger, ein Kompromiss nach dem Motto „Nach der Reform ist vor der Reform“ gestaltet. Während noch zum Ende des Jahres 2005 ein Sturm der Entrüstung seitens des Bundesgesundheitsministeriums in Anbetracht der von einzelnen Kassen angekündigten Beitragsatz-erhöhungen losgebrochen war, wurden diese nun als Teil des Reformpakets beschlossen. Und auch im Hinblick auf den viel diskutierten Gesundheitsfonds ist nicht zu erkennen, wie dieser zur Problemlösung im Gesundheitswesen beitragen soll.

Der nun vorliegende zweite Jahresbericht des Forschungszentrums Generationenverträge für das Berichtsjahr 2005/ 2006 soll wie im vorangegangenen Jahr in erster Linie über die in diesem Zeitraum geleistete Forschungs-, Lehr- und Publikationstätigkeit des Forschungszentrums und seiner Mitarbeiter informieren.

Gleichzeitig soll dieser Leistungs- und Rechenschaftsbericht Interessenten aus Wissenschaft, Politik und Praxis einen Überblick über die laufenden und abgeschlossenen Forschungsvorhaben

bieten und diesen die Möglichkeit eröffnen, sich über aktuelle Forschungsergebnisse zu informieren, ihrerseits die laufenden Forschungsvorhaben zu unterstützen, sowie zukünftige Forschungsvorhaben zu initiieren. Darüber hinaus ist der Jahresbericht auch Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Forschungszentrums und soll der interessierten Allgemeinheit einen Überblick über die Beiträge des Forschungszentrums Generationenverträge zur aktuellen Diskussion über Konzeptionen zur Reform der sozialen Sicherungssysteme, des Steuersystems und des föderalistischen Systems in Deutschland bieten.

Schließlich soll dieser Jahresbericht auch den Dank für die finanzielle und ideelle Unterstützung ausdrücken, welche die Tätigkeit des Forschungszentrums in der Vergangenheit seitens der Wirtschaft, öffentlicher Verbände und Institutionen, und im Besonderen durch die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und das Land Baden-Württemberg erfahren hat.

## 2 Entwicklungen im Personalbereich

Wie bereits in den vergangenen Jahren ergaben sich aufgrund der natürlichen Fluktuation Veränderungen im Mitarbeiterstab des Forschungszentrums.

Zu Beginn des Sommersemesters 2006 hat unser langjähriger Mitarbeiter Dirk Mevis das Forschungszentrum verlassen. Herr Mevis zog es zurück in seine Heimat nach Luxemburg, wo er eine Stelle an der dortigen Zentralbank angetreten hat.

Aus dem Kreise der wissenschaftlichen Hilfskräfte haben Lara Slawik und Johannes Schoder das Forschungszentrum im Berichtszeitraum verlassen. Nach erfolgreichem Abschluss ihres Grundstudiums hat Frau Slawik sich dazu entschieden, ihr Studium der Volkswirtschaftslehre zum Wintersemester 2005/2006 an der Humboldt Universität Berlin fortzusetzen. Herr Schoder befindet sich nach erfolgreichem Abschluss seines Studiums momentan in der Entscheidungsphase für seinen weiteren Werdegang.

Wir freuen uns, mit Andreas Eberhard, Tobias Hackmann und Christoph Müller kompetente Nachfolger gefunden zu haben.

Einen Überblick über den aktuellen Mitarbeiterstab des Forschungszentrum Generationenverträge bietet die folgende Übersicht:

## Mitarbeiter des Forschungszentrums

	☎ 0761. 203 - Durchwahl	
<b>Direktor</b>		
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen	bernd.raffelhueschen@generationenvertraege.de	- 23 53
<b>Sekretariat</b>		
Ingeborg Häfner	ingeborg.haefner@generationenvertraege.de	- 23 54
<b>Assistenten</b>		
Emily Phuong Dang	emily.dang@generationenvertraege.de	- 92 36
Dr. Oliver Ehrentraut	oliver.ehrentraut@generationenvertraege.de	- 92 26
Dr. Stefan Fetzer	stefan.fetzer@generationenvertraege.de	- 92 28
Jasmin Häcker	jasmin.haecker@generationenvertraege.de	- 23 55
Christian Hagist	christian.hagist@generationenvertraege.de	- 92 41
Matthias Heidler	matthias.heidler@generationenvertraege.de	- 23 56
Pascal Krimmer	pascal.krimmer@generationenvertraege.de	- 23 57
Stefan Moog	stefan.moog@generationenvertraege.de	- 92 38
Jörg Schoder	joerg.schoder@generationenvertraege.de	- 92 37
Olaf Weddige	olaf.weddige@generationenvertraege.de	- 92 29
<b>Wissenschaftliche Hilfskräfte</b>		
Raluca Buiac	raluca_b@web.de	- 92 14
Andreas Eberhard	andraseberhard@hotmail.com	- 92 14
Friedrich Fichtner	f.fichtner@gmx.de	- 92 14
Tobias Hackmann	tobiashackmann@gmx.de	- 92 14
Laura Ibelshäuser	laura.ibelshaeuser@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14
Klaus Kaier	klaus.kaier@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14
Arne Leifels	arnsen@aol.com	- 92 14
Christoph Müller	dos-peilos@gmx.de	- 92 14
Wolf von Rotberg	wolf.rotberg@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14

### 3 Finanzielle Ausstattung

Im Durchschnitt der vergangenen Jahre wurden das Forschungszentrum Generationenverträge und das Institut für Finanzwissenschaft I zu etwa zwei Dritteln aus Haushaltsmitteln des Landes und der Universität getragen und zu etwa einem Drittel durch externe Geldgeber.

Da der Zufluss an Drittmitteln aus der Wirtschaft und den Verbänden jedoch von den aktuellen wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen abhängig ist und somit im Zeitablauf schwankt, kann hierdurch keine ausreichende finanzielle Planungssicherheit über einen längeren Zeitraum gewährleistet werden. Dies umso mehr, da die durch Drittmittelgeber finanzierten Projekte zumeist nur auf einen kurz- bis mittelfristigen Planungshorizont von ein bis zwei Jahren ausgelegt sind.

Darüber hinaus sind Drittmittelgeber in der Regel an den für die „Praxis“ relevanten Themen, und somit an anwendungs- und ergebnisorientierten Forschungsvorhaben interessiert. Investitionen in das methodische Fundament der anwendungsorientierten Forschungstätigkeit erfordern somit in der Entwicklungsphase die finanzielle Unterstützung aus anderen Quellen. Nicht zuletzt erfordert aber auch die Freiheit der Forschung selbst ein gewisses Maß an finanzieller Unabhängigkeit. Erst hierdurch ist es möglich, sich im Rahmen der Forschungstätigkeit mit Fragestellungen auseinander zu setzen, die nicht von direkter praktischer Relevanz sind aber dennoch



zum Verständnis der ökonomischen Prozesse während des demografischen Übergangs beitragen.

In der Vergangenheit haben das Land Baden-Württemberg und die Universität Freiburg einen wesentlichen Beitrag zur Sicherung der finanziellen Unabhängigkeit des Forschungszentrums Generationenverträge geleistet. Darüber hinaus ist die finanzielle Planungssicherheit des Forschungszentrums insbesondere durch die seit dem Jahr 2004 zusätzlich bereitgestellten Mittel der Universität und des Landes auch in den kommenden Jahren gesichert. Inwiefern und in welchem Umfang dieses, zunächst bis zum Jahr 2009 befristete, verstärkte finanzielle Engagement des Landes und der Universität in Anbetracht der öffentlichen Haushaltslage auch zukünftig fortgesetzt werden kann, ist zum heutigen Zeitpunkt allerdings nicht abzusehen.

Um für das Szenario eines geringeren finanziellen Engagements der öffentlichen Hand gerüstet zu sein, hat das Forschungszentrum Generationenverträge im Jahr 2005 einen Förderverein ins Leben gerufen. Der *Verein des Forschungszentrums Generationenverträge e.V.* ist eine gemeinnützige Organisation, dessen Finanzierung über jährliche Mitgliedsbeiträge erfolgt. Diese werden dazu verwendet, um gezielt Projekte des Forschungszentrums Generationenverträge zu stützen und zu fördern. Die nachfolgenden Übersichten bieten einen Überblick über die finanzielle Ausstattung des Forschungszentrums Generationenverträge und des Instituts für Finanzwissenschaft I im laufenden sowie einen Ausblick auf das kommende Berichtsjahr:

<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2005</b>		646.498,- €
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>478.337,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>1)</sup>		
1 Planstelle C4		ca. 95.000,- €
1 Planstelle BAT VIb/VIIa inkl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT IIa inkl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte inkl. Sozialabgaben		13.033,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>212.843,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>1)</sup>		
2,5 Planstellen BAT IIa inkl. Sozialabgaben		ca. 147.200,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte inkl. Sozialabgaben		29.967,- €
1.2.2 Sachmittel		35.676,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>168.161,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>		<b>Drittmittelzufluss</b>
2004	2005	
170.868,- €	176.634,- €	168.161,- €

\* <sup>1)</sup> Die angegebenen Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2005.

<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2006</b>		<b>750.952,- €</b>
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>467.200,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>1)</sup>		
1 Planstelle C4		ca. 95.000,- €
1 Planstelle BAT Vlb/Vlla inkl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT Ila inkl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte inkl. Sozialabgaben		13.033,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>201.706,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>1)</sup>		
2,5 Planstellen BAT Ila inkl. Sozialabgaben		ca. 147.200,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte inkl. Sozialabgaben		29.967,- €
1.2.2 Sachmittel		24.539,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>283.752,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>	<b>Drittmittelzufluss<sup>2)</sup></b>	
	2005	2006 <sup>2)</sup>
	176.634,- €	176.668,- €
		283.752,- €

\*<sup>1)</sup> Die angegebenen Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2006.

\*<sup>2)</sup> Stand: Juli 2006.

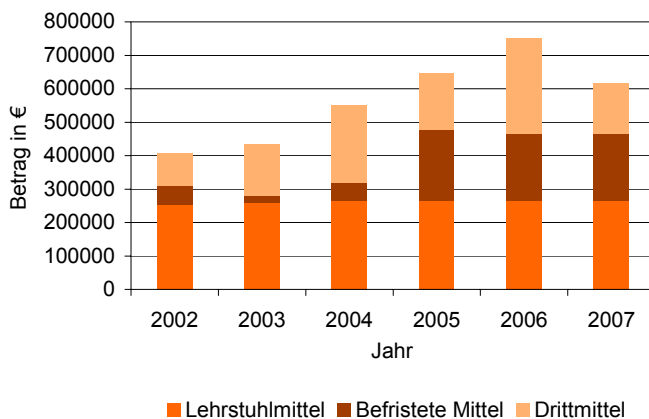
<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2007</b>		617.169,- €
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>467.200,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>1)</sup>		
1 Planstelle C4		ca. 95.000,- €
1 Planstelle BAT Vlb/Vlla incl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT Ila incl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		13.033,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>201.706,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>1)</sup>		
2,5 Planstelle BAT Ila incl. Sozialabgaben		ca. 147.500,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		29.967,- €
1.2.2 Sachmittel		24.539,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>149.969,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>	<b>Drittmittelzufluss <sup>2)</sup></b>	
	2006 <sup>2)</sup>	2007 <sup>1)</sup>
	176.668,- €	187.879,- €
		149.969,- €

\* <sup>1)</sup> Die angegebenen Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2006.

\* <sup>2)</sup> Stand: Juli 2006.

In kondensierter Form bieten die nachfolgenden Abbildungen nochmals einen grafischen Überblick über die Entwicklung der finanziellen Gesamtausstattung im Zeitablauf, sowie die jeweiligen Anteile öffentlicher Mittel bzw. Drittmittel an der Finanzierung des Forschungszentrums und des Instituts für Finanzwissenschaft I:

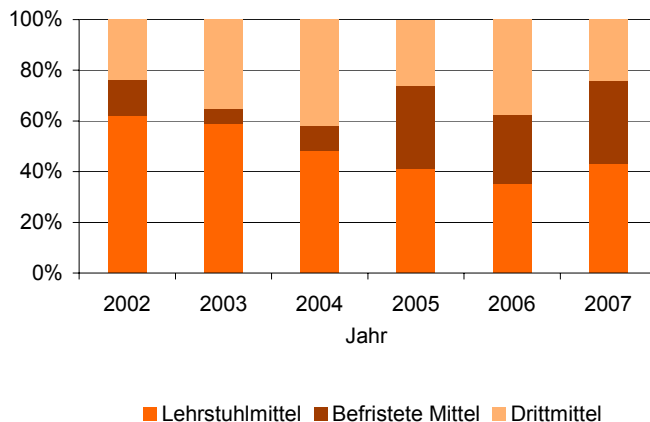
Abbildung 1: Finanzielle Gesamtausstattung



Wie anhand der Übersicht und den Abbildungen ersichtlich, hat sich die Drittmittelausstattung von etwa zwanzig Prozent im Jahre 2002 stetig auf etwas über vierzig Prozent im Jahre 2004 erhöht. Durch die zusätzlich bereitgestellten Mittel hat sich die Beteiligung des Landes und der Universität an der Finanzierung des Forschungszentrum ab dem Jahr 2005 wiederum erhöht. Neben der stärkeren Beteiligung des Landes und der Universität an der Finanzierung des Forschungszentrums erklärt sich der reduzierte Drittmittelanteil des Jahres 2005 im Vergleich zu den Vorjahren aus dem verspäteten und erst zu Beginn des Jahres 2006 erfolgten Zahlungseingang eines Dritt-

mittelgebers. Der hierdurch gestiegene Zufluss an Drittmitteln im Jahr 2006 spiegelt sich auch in einem deutlich höheren Drittmitteleanteil von annähernd 40 Prozent wider. Zieht man den Durchschnitt der Jahre 2005 und 2006 heran, so hat sich das Forschungszentrum Generationenverträge im Berichtszeitraum zu etwa einem Drittel aus Mitteln von Dritten und zu etwa zwei Dritteln aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Abbildung 2: Anteile an der finanziellen Gesamtausstattung



Schließlich ist der vergleichsweise geringe Zufluss an Drittmitteln im Jahr 2007 darauf zurückzuführen, dass dieser nur die mittelfristigen Projekte abdeckt, bei denen bereits heute entsprechende Zahlungseingänge vereinbart sind. Da die kurzfristigen Projekte in der Summe einen Umfang von etwa zwei Fünfteln zum Drittmittelezufluss der vergangenen Jahre beisteuerten, ist allerdings davon auszugehen, dass der Drittmitteleanteil der vergangenen Jahre auch im kommenden Jahr erreicht wird.

## 4 Lehre

Neben der Forschung sind das Forschungszentrum Generationenverträge und das Institut für Finanzwissenschaft I durch die Anbindung an die Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg auch in die laufende Lehre eingebunden. Aufgrund der anwendungsorientierten Forschungstätigkeit, der Medienpräsenz sowie der politischen und gesellschaftlichen Beratertätigkeit ist das Forschungszentrum Generationenverträge in der Lage, eine wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Ausbildung in der Finanzwissenschaft, dem Gebiet der sozialen Sicherung und der finanzwissenschaftlichen Steuerlehre als Teil des Diplomstudiengangs Volkswirtschaftslehre zu gewährleisten. Darüber hinaus wird das Lehrangebot des Forschungszentrums Generationenverträge auch von Studenten anderer Fakultäten bzw. Studiengänge genutzt, die das Fach Finanzwissenschaft als Nebenfach belegen. Nicht zuletzt findet die Stellung des Forschungszentrums Generationenverträge und des Instituts für Finanzwissenschaft I in der Lehre ihren Ausdruck, neben dem Angebot an Lehrveranstaltungen, auch in den zahlreichen Anfragen zur Anfertigung einer Diplomarbeit seitens der Studierenden, denen in der Vergangenheit stets entsprochen werden konnte.

Die nachfolgenden Abschnitte bieten einen Überblick über die im abgelaufenen Berichtsjahr angebotenen Lehrveranstaltungen, sowie

eine Übersicht über die in diesem Zeitraum betreuten und abgeschlossenen Diplomarbeiten.

## 4.1 Lehrveranstaltungen

### Sommersemester 2006

**Alterssicherung** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Matthias Heidler, Stefan Moog, Olaf Weddige)

**Finanzwissenschaft II** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Emily Phuong Dang, Jörg Schoder)

**Soziale Sicherung** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Dr. Oliver Ehrentraut, Dr. Stefan Fetzer, Pascal Krimmer)

**Finanzwissenschaftliches Blockseminar mit Schwerpunkt Sozialpolitik**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Jasmin Häcker, Christian Hagist)

**Doktorandenseminar**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen)

### Wintersemester 2005/06

**Finanzwissenschaft I** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Christian Hagist, Olaf Weddige)

**Finanzwissenschaftliche Steuerlehre** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Jasmin Häcker, Dirk Mevis, Jörg Schoder)

**Finanzwissenschaftliches Blockseminar mit Schwerpunkt Sozialpolitik**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Dr. Oliver Ehrentraut, Dr. Stefan Fetzer, Pascal Krimmer)

**Dynamische Fiskalpolitik** (Workshop mit begleitenden Computerübungen)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Emily Phuong Dang, Matthias Heidler)

**Doktorandenseminar**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen)



## 4.2 Diplomarbeiten

2006

**Lucia Biedermann**

*Die kirchliche und öffentliche Zusatzversorgung auf dem Prüfstand.*

**Raluca Buiac**

*Steigende Lebenserwartung und interne Rendite der GRV - Eine Analyse mit Hilfe der Generationenbilanzierung.*

**Nils Herbold**

*Umlagefinanzierte Alterssicherung und Fertilität: Ein Überblick.*

**Tim-Markus Kaiser**

*(Gesundheits-)Sparkonten - Ein Weg aus der Krise der GKV?*

**Rolf Steingrube**

*Betriebliche Altersversorgung: Was kann Deutschland von seinen Nachbarn lernen?*

**Danela Tokic**

*Unternehmensbesteuerung: Eine Analyse der Zahl- und Traglast.*

2005

**Jan-Frederik Groth**

*Ineffizienzen und die Auswirkungen der demografischen Entwicklung - Die gesetzliche Pflegeversicherung auf dem Prüfstand.*

**Andrea Hammer**

*Eigenbeteiligung in der gesetzlichen Krankenversicherung - Eine Evaluierung des Gesundheitsbonusmodells der BKK Fahr.*

**Christian Langrock**

*Ursachen und Auswirkungen der niedrigen Fertilität in der Bundesrepublik Deutschland - eine ökonomische Analyse.*

**Hans Riedel**

*Eine finanzwissenschaftliche Analyse aktueller Vorschläge zur Steuerfinanzierung der sozialen Sicherungssysteme.*

**Johannes Schoder**

*Ausgabenwachstum in der Gesetzlichen Krankenversicherung und medizinisch-technischer Fortschritt - Eine empirische Analyse.*

**Veronika Volk**

*Die Gesundheitssicherung Österreichs - Eine Analyse aus Sicht der Generationenbilanzierung.*

## 5 Forschung

Die Ausrichtung der Forschungstätigkeit orientiert sich stets am übergreifenden Ziel des Forschungszentrums Generationenverträge, nämlich der umfassenden Analyse von Reformkonzeptionen zur sozialen Sicherung in Deutschland.

Die folgende Auflistung bietet einen Überblick über die durch Publikationen unterlegten Forschungsschwerpunkte des Forschungszentrums Generationenverträge:

- Generationenbilanzierung
- Simulationsanalyse
- Rentenversicherung
- Betriebliche und private Altersvorsorge
- Gesundheitspolitik
- Steuerpolitik
- Immobilien- und Kapitalmärkte
- Föderalismus
- Soziale Grundsicherung
- Zuwanderung

Werden die methodischen Fundamente in den Bereichen der Generationenbilanzierung und der Simulationsanalyse fortlaufend aktualisiert und weiterentwickelt, so konzentriert sich die Forschungs-

tätigkeit in den thematischen Schwerpunkten momentan auf die Gesundheitspolitik und die betriebliche und private Altersvorsorge.

Die bereits seit geraumer Zeit erfolgte Konzentration der Forschung im Bereich der Gesundheitspolitik spiegelt die dringende Notwendigkeit einer grundsätzlichen Reform der gesetzlichen Kranken- und Pflegeversicherung wider. So steigen die öffentlichen Gesundheitsausgaben in Deutschland wie auch in anderen OECD-Staaten trotz zahlreicher Bemühungen der Politik stetig an. Aktuelle Forschungsergebnisse haben dabei deutlich gemacht, dass dieses Ausgabenwachstum nur in begrenztem Maße auf die Alterung der Gesellschaft zurückzuführen ist. Die zentrale Determinante dieser Entwicklung ist vielmehr der medizinisch-technische Fortschritt, der auch unabhängig vom demografischen Wandel zukünftig einen weiter steigenden Anteil der Gesundheitsausgaben erwarten lässt. Das Forschungszentrum Generationenverträge quantifiziert diese kostensteigernden Effekte des Bereichs Gesundheit und analysiert die Wirkungsweise von Reformoptionen aus Sicht der Nachhaltigkeit.

Neben der Gesundheitspolitik ist im vergangenen Berichtsjahr insbesondere der Bereich der betrieblichen und privaten Altersvorsorge stark in den Vordergrund der Forschungstätigkeit gerückt. Die gestiegene Bedeutung dieses Schwerpunktes ist nicht zuletzt darauf zurückzuführen, dass mit den erfolgten Weichenstellungen im Bereich der gesetzlichen Rentenversicherung die Notwendigkeit einer stärkeren individuellen Vorsorge für das Alter angestiegen ist. Entsprechend ist als Spiegelbild dieser Entwicklung das Forschungsfeld der gesetzlichen Rentenversicherung in den vergangenen Jahren

in den Hintergrund getreten. Das Forschungszentrum Generationenverträge untersucht dabei sowohl die Konsequenzen der demografischen Entwicklung für die Nachhaltigkeit bestehender Vorsorgevereinbarungen auf betrieblicher Ebene als auch die Auswirkungen einer verstärkten privaten und betrieblichen Altersvorsorge aus der volkswirtschaftlichen Perspektive.

Im Einzelnen bieten die nachfolgenden Abschnitte einen thematisch geordneten Überblick über die Forschungsaktivitäten des Forschungszentrums Generationenverträge in den Jahren 2005 und 2006. Diese lassen sich in vier Kategorien einteilen:

- Dissertationen
- konkrete Forschungsvorhaben
- Gutachten
- sonstige Projekte.

Dissertationen sind der Ausdruck der gesamten Forschungstätigkeit eines einzelnen Mitarbeiters im Laufe seiner Zugehörigkeit zum Forschungszentrum Generationenverträge und stellen in der Regel das Ergebnis mehrerer Forschungsvorhaben dar. In diesem Sinne können die zumeist kurz- bis mittelfristig angelegten konkreten Forschungsvorhaben als Etappen auf dem Weg zum Abschluss eines Dissertationsvorhabens betrachtet werden. Neben der originären Forschungstätigkeit hat sich das Forschungszentrum Generationenverträge das Ziel gesetzt, den andauernden Reformprozess im Bereich der sozialen Sicherung politikberatend mit jeweils aktuellen Analysen der durch Politik, Wirtschaft und Verbände in die Reformdebatte

eingebrachten Reformvorschläge zu begleiten. Zu diesem Zweck fertigt das Forschungszentrum Generationenverträge im Rahmen seiner Gutachtertätigkeit zumeist kurzfristig angelegte Studien für die genannte Zielgruppe an, in denen die vom jeweiligen Auftraggeber favorisierten Reformansätze bzw. erarbeiteten Reformkonzepte im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der sozialen Sicherungssysteme untersucht werden. Darüber hinaus wird die unabhängige, wissenschaftliche Expertise des Forschungszentrums Generationenverträge von externen Auftraggebern auch bei kleineren Projekten in Anspruch genommen. Diese kleineren Projekte werden unter der Kategorie sonstige Projekte gebündelt.

Neben einer kurzen Erläuterung der Fragestellung, Ziele und Ergebnisse, gibt der nachfolgende Überblick auch Auskunft über den oder die bearbeitenden Mitarbeiter sowie über die Finanzierung bzw. den Auftraggeber eines Projekts.

## 5.1 Dissertationen

2006

### **Oliver Ehrentraut**

*Alterung und Altersvorsorge – Das deutsche Drei-Säulen-System der Alterssicherung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels.*

Die Gewährleistung eines angemessenen Lebensstandards im Alter gehört zu den Grundpfeilern der sozialen Sicherung. Als wesentlichstes Ziel kann dabei die Einkommensumverteilung von der Erwerbs- in die Ruhestandsphase angesehen werden. Angesichts der demografischen Entwicklung ist die Realisierung dieses Ziels nicht ganz unproblematisch, da in alternden Gesellschaften die Versorgung der Rentnergenerationen eine ständig wachsende Herausforderung darstellt. Die Alterssicherung in Deutschland gründet sich auf dem so genannten Drei-Säulen-System, bestehend aus den gesetzlichen Renten und Pensionen des Staates, der betrieblichen und der privaten Altersvorsorge. Die Dissertation durchleuchtet dieses System der Alterssicherung vor dem Hintergrund des Alterungsprozesses in der deutschen Bevölkerung. Der Schwerpunkt der Untersuchung innerhalb der drei Säulen liegt dabei auf der künftigen Altersversorgung der sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten. Damit konzentriert sich die Arbeit auf die gesetzliche Rentenversicherung (GRV), die betriebliche Altersvorsorge mittels Entgeltumwandlung und die geförderte private Riesterrente.

Während die GRV umlagefinanziert ist, sind die anderen beiden Säulen im Wesentlichen kapitalgedeckt. Die Grundvoraussetzung für ein langfristig stabiles Umlageverfahren ist eine günstige Altersstruktur der Bevölkerung. Nun gibt es zwei grundsätzliche Arten von Veränderungen in der Bevölkerung, die das Umlageverfahren aus dem Gleichgewicht bringen können. Erstens fehlende Nachkommen und zweitens eine Verlängerung der Verweildauer in der Ruhestandsphase. In der deutschen Bevölkerung trifft seit mehreren Jahrzehnten beides zu. Die Geburtenraten sind seit den 1970er Jahren niedrig. Die Lebenserwartung der Menschen steigt. Zusammengenommen führt dies zu einem doppelten Alterungsprozess. In Deutschland leben daher künftig immer weniger junge und immer mehr alte Menschen, die zudem beständig älter werden. Für die Alterssicherung hat dies unmittelbare Konsequenzen. Eine für die Funktionsfähigkeit des Umlageverfahrens günstige Altersstruktur ist nicht mehr gegeben und wird selbst bei einer sofortigen Erhöhung der Geburtenraten in absehbarer Zeit nur schwer wieder erreichbar sein. In der Zwischenzeit ist der Alterungsprozess kaum aufzuhalten. Folglich ergibt sich für die gesetzliche Rentenversicherung ein Zustand, in der die Finanzierbarkeit der Renten in ihrer derzeitigen Form schlicht nicht mehr aufrecht erhalten werden kann. Zur Lösung der finanziellen Probleme aufgrund der fortschreitenden Alterung der Gesellschaft kann entweder an der Beitragsschraube gedreht werden oder am Leistungsniveau. Dabei ergibt sich stets ein Zielkonflikt zwischen einer zumutbaren Belastung der Beitragszahler vor dem Hintergrund der ohnehin schon hohen Abgabenbelastung der Löhne und Gehälter

und noch sozialpolitisch verantwortbaren Einschnitten in das Rentenniveau.

In den vergangenen Jahrzehnten sind mehrere weitreichende Reformen der gesetzlichen Rentenversicherung durchgeführt worden, die gleich beide Wege genutzt haben. Beginnend mit der Wiedereinführung der Bruttolohnanpassung der Renten im Jahr 2001 werden die wesentlichen Reformgesetze seit der Jahrtausendwende im Rahmen dieser Arbeit aus zwei Blickwinkeln untersucht. Zum einen unter dem Aspekt der Nachhaltigkeit in der Finanzierung, zum anderen im Hinblick auf die künftige Entwicklung des Versorgungsniveaus der GRV. Zu diesen Reformen gehört neben der Rentenreform 2001 auch das im Mai 2004 verabschiedete Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz. Die damit erfolgte Neuordnung der GRV impliziert eine Lastverschiebung zwischen den drei Säulen des deutschen Alterssicherungssystems. So werden zukünftige Alterseinkommen nur noch zu einem deutlich geringeren Anteil aus der umlagefinanzierten Rentenversicherung kommen, dafür in stärkerem Ausmaß aus kapitalgedeckter betrieblicher (bAV) und privater Vorsorge (pAV) stammen müssen. Der Weg dazu ist parallel durch die Schaffung weitreichender Fördermöglichkeiten (z.B. Entgeltumwandlung und Riesterrente) geebnet worden. Die vorliegende Arbeit untersucht nun, ob das deutsche Alterssicherungssystem in seiner aktuellen Ausgestaltung angesichts der demografischen Entwicklung zukunfts- und leistungsfähig genug ist, um die Absicherung künftiger Rentnergenerationen zu gewährleisten.



## **Stefan Fetzer**

### *Zur nachhaltigen Finanzierung des gesetzlichen Gesundheitssystems.*

In den letzten 30 Jahren war das deutsche Gesundheitssystem von einer regelrechten Reformflut gekennzeichnet. Doch trotz dieser zahlreichen Gesetzesänderungen konnten die angestrebten Ziele *Kosten-senkung, Beitragssatzstabilität, Steigerung der Effizienz* und *Implementierung von Wettbewerb* – wenn überhaupt – nur sehr eingeschränkt verwirklicht werden. Langfristig ist die Finanzierung des gesetzlichen Gesundheitssystem zusätzlich noch durch den bevorstehenden doppelten Alterungsprozess und den anhaltenden medizinisch-technischen Fortschritt massiv gefährdet.

Unter Anwendung der Methode der Generationenbilanzierung wird in dieser Dissertation die langfristige finanzielle Schieflage der gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) im Status quo quantifiziert. Darüber hinaus werden auch die Nachhaltigkeitskonsequenzen sowie die intergenerativen Verteilungswirkungen aktueller Gesundheitsreformmodelle (GKV-Modernisierungsgesetz, Freiburger Agenda, Kopfpauschale und Bürgerversicherung sowie die vollständige Privatisierung) analysiert.

In einem ersten Schritt wird in dieser Arbeit die fiskalische Nachhaltigkeit des Haushalts des gesamten deutschen Staates untersucht. Dazu wird zuerst die Methodik der Generationenbilanzierung zur Messung der fiskalischen Nachhaltigkeit eingeführt und darauf aufbauend gezeigt, dass der gesamte deutsche Staatshaushalt nicht nachhaltig ist. So zeigt bspw. der Indikator *Nachhaltigkeitslücke*, dass nur rund ein Drittel der

tatsächlichen Staatschuld momentan verbrieft ist – zwei Drittel sind hingegen unverbrieft. Der Indikator *Entwicklung der Schuldenquote* macht deutlich, dass eine solche Nichtnachhaltigkeit den fiskalischen Handlungsspielraum in den nächsten 30 Jahren erheblich einschränkt. Die Untersuchung des gesamten Staatshaushalts dient für die weiteren Kapitel als Basis, um die GKV in den Gesamthaushalt einzubetten.

Nach dem Blick auf den Gesamthaushalt wird in einem zweiten Schritt die Nachhaltigkeit der GKV isoliert von anderen staatlichen Budgets quantifiziert. Neben der bloßen Messung der Nachhaltigkeit der GKV als parafiskalisches System werden noch Besonderheiten des Gesundheitssystems erläutert. Diese umfassen die Auswirkung einer verlängerten Lebenserwartung auf die Leistungsanspruchnahme sowie den medizinisch-technischen Fortschritt. Die gewonnenen Erkenntnisse hinsichtlich der Nachhaltigkeitskonsequenzen dieser Besonderheiten werden anschließend in die Nachhaltigkeitsmessung des gesamten fiskalischen Sektors einbezogen.

Schließlich beschäftigt sich die Studie in einem vierten Schritt mit der Frage, inwiefern die aktuell diskutierten Gesundheitsreformen Nachhaltigkeit und damit die langfristige Finanzierbarkeit der gesetzlichen Gesundheitsversorgung herstellen können. Hier erweist sich die letzte durchgeführte Gesundheitsreform, das *GMG*, hinsichtlich der Nachhaltigkeitswirkung eher als „Tropfen auf den heißen Stein“ denn als die anfänglich gefeierte Jahrhundertreform. Eine ausgabenseitige Alternative, die so genannte *Freiburger Agenda*, zeigt hingegen, dass

durch wirklich marktorientierte Bemühungen – d.h. eine Kombination aus der Ausgliederung einfach versicherbarer Leistungen (Zahnmedizin), hohen Selbstbehalten und der Einführung von mehr Wettbewerb im stationären Sektor – Nachhaltigkeit im Gesundheitssystem hergestellt werden kann. Die Untersuchungen zu den intergenerativen Verteilungswirkungen machen zudem deutlich, dass eine solche Reform verursachergerecht belastend wirkt, da hier die Jahrgänge, die zu wenig Kinder und damit zu wenig zukünftige Beitragszahler in die Welt gesetzt haben, überproportional belastet werden.

Die einnahmeseitigen Reformkonzepte Bürgerversicherung und Kopfpauschale führen hingegen zu keiner strukturellen Nachhaltigkeitsverbesserung. Demgegenüber verhilft eine komplette Abschaffung der GKV bei sozialer Flankierung der privatwirtschaftlichen Prämien dem fiskalischen System durchaus zu mehr Nachhaltigkeit, was wiederum – wie beim Reformkonzept Freiburger Agenda – durch eine verursachergerechte Belastung erreicht wird.

## 5.2 Konkrete Forschungsvorhaben

### 5.2.1 Generationenbilanzierung

Laufende Forschungsvorhaben

**Ulrich Benz und Christian Hagist**

*Auswirkungen des Konjunkturzykluses auf die Ergebnisse der Generationenbilanzierung.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

In diesem Projekt soll die Sensitivitätsanalyse der Generationenbilanzierung neben den üblichen Zins- und Wachstumsszenarien um die Frage nach der konjunkturellen Komponente bzw. der Basisjahrabhängigkeit erweitert werden. Neben dem Ansatz von Fetzer (2006), welcher verschiedene Basisjahre miteinander vergleicht, kann dazu eine Konjunkturbereinigung des Basisjahrbudgets durchgeführt werden. Um dies durchzuführen, sind umfangreiche Rechenschritte mit Zeitreihen notwendig, zudem müssen Elastizitäten geschätzt werden. In einem ersten Papier sollen die nötigen Schritte klar dargestellt werden sowie die Frage grundlegend beantwortet werden, ob eine solche Budgetbereinigung aus empirischer Sicht notwendig bleibt.

### **Christian Hagist**

*Generationenbilanzierung unter stochastischen Bevölkerungsprojektionen.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Ein oft genannter Kritikpunkt an der Generationenbilanzierung ist, dass sie sich auf deterministische Daten stützt und dabei Aussagen über die ungewisse Zukunft trifft, was eigentlich für eine stochastische Grundlage spricht. Diesen Kritikpunkt aufgreifend soll im Rahmen des Forschungsvorhabens ein stochastisches Bevölkerungsprognosemodell in die bestehende Software zur Berechnung der deutschen Generationenbilanz eingebettet werden. Auf dieser Basis soll dann sowohl die Robustheit der bestehenden Nachhaltigkeitsindikatoren im Hinblick auf stochastische Einflüsse analysiert werden, als auch die Palette der bestehenden Indikatoren ergänzt werden.

### **5.2.2 Simulationsanalyse**

Laufende Forschungsvorhaben

#### **Stefan Moog**

*Entwicklung eines Simulationsmodells zur Analyse der makroökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Im Rahmen des Forschungsprojekts wird in Kooperation mit Prof. Dr. Josef Honerkamp und seinen Mitarbeitern vom Freiburger Zentrum für Datenanalyse und Modellbildung (FDM) ein Simulationsmodell vom Typ der numerischen, allgemeinen Gleichgewichtsmodelle zur

Analyse der makroökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels entwickelt sowie die zur numerischen Simulation erforderliche Software implementiert. Mittels dieses Modells können die durch Reformmaßnahmen induzierten Verhaltensänderungen und deren Rückwirkungen auf die gesamtwirtschaftlichen Größen umfassend analysiert und quantifiziert werden. Die stilisierte Einbeziehung der Generationenbilanz in das Simulationsmodell ermöglicht dabei den Abgleich mit den Ergebnissen der anwendungsorientierten Nachhaltigkeitsanalyse. Schließlich erlaubt die Einbeziehung verschiedener Einkommensklassen auch eine umfassendere Analyse der intragenerativen Verteilungswirkungen von Reformmaßnahmen.

Im ersten Projektschritt wurde zunächst ein Modellprototyp entwickelt und in den Programmiersprachen C und MatLab implementiert. Das Augenmerk lag hierbei auf einer möglichst exakten Abbildung der staatlichen Steuer-, Transfer- und Sozialversicherungssysteme, welche eine umfassende Analyse der Rückwirkungen dieser Systeme auf die Verhaltensentscheidungen der Haushalte und Unternehmen erlaubt. Im zweiten Projektschritt wurde der Modellprototyp um die Einbeziehung mehrerer Einkommensklassen erweitert, so dass auch die Verteilungswirkungen von Reformmaßnahmen analysiert werden können. Diese ersten beiden Projektschritte wurden zum Ende des Jahres 2005 abgeschlossen. Im dritten Projektschritt soll der vorliegende Modellprototyp um die Einbeziehung des demografischen Übergangs erweitert werden. Erst hierdurch wird es möglich sein, die im Status quo, als auch durch

entsprechende Reformmaßnahmen induzierten volkswirtschaftlichen Auswirkungen des demografischen Wandels zu analysieren. Im vierten Projektschritt soll dann die Einbettung der Generationenbilanz in den Modellprototyp erfolgen.

### **Stefan Moog**

*Wohlfahrtseffekte und makroökonomische Auswirkungen aktueller Vorschläge zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

In der jüngeren Vergangenheit wurde in der öffentlichen Debatte intensiv über die durch die „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ (Rürup-Kommission) eingebrachten Vorschläge zur Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, die *Bürgerversicherung* und das *System pauschaler Gesundheitsprämien*, diskutiert. Während beide Reformmodelle die Überwindung der rein lohnbezogenen Erhebung der Beiträge zur GKV verfolgen und damit den Faktor Arbeit entlasten wollen, unterscheiden sie sich doch beträchtlich im Hinblick auf ihre Umverteilungswirkungen. Im System pauschaler Gesundheitsprämien wird die im gegenwärtigen System bestehende Umverteilungskomponente aus der GKV ausgelagert, und durch eine steuerfinanzierte Prämiensubvention ersetzt. Hingegen beinhaltet das Bürgerversicherungsmodell eine Verbreiterung der bestehenden Umverteilungskomponente in der GKV, da zum einen alle Bevölkerungsgruppen miteinbezogen werden sollen, und zum

anderen auch das Kapitaleinkommen der Versicherten verbeitragt wird. Ziel des Forschungsvorhabens ist es, die volkswirtschaftlichen Auswirkungen und die Wohlfahrtseffekte dieser Vorschläge zur Reform der Finanzierung der GKV in Deutschland im Rahmen eines numerischen, allgemeinen Gleichgewichtsmodells zu untersuchen. Darüber hinaus sollen auch Vorschläge zu einer Kapitaldeckung der GKV in die Analyse einbezogen werden. Durch die explizite Einbeziehung der Lebenszyklusrisiken hinsichtlich Erwerbsbiographie und Krankheit sollen dabei insbesondere die Versicherungs- und Verteilungsaspekte alternativer Reformvorschläge untersucht werden. Schließlich soll die Einbeziehung einer endogenen Krankenversicherungsentscheidung auch eine Analyse der Auswirkungen einer Reformmaßnahme auf die Versichertenstruktur ermöglichen.

### **5.2.3 Rentenversicherung**

Laufende Forschungsvorhaben

**Jasmin Häcker und Matthias Heidler**

*Intergenerative Fairness und demografischer Wandel.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Ausgangspunkt dieser Forschungsarbeit ist die Inkompatibilität intertemporaler Wohlfahrtsmaximierung mit Politikempfehlungen, die auf eine Angleichung der Generationenkonten abstellen. Im Rahmen eines Modells mit zwei überlappenden Generationen kann mittels der Implementierung einer Fairness-Komponente gezeigt



werden, dass junge Individuen das umlagefinanzierte Rentenversicherungssystem an zukünftige demografische Veränderungen anpassen. Insbesondere wird aufgezeigt, dass die jeweils junge Generation ihre eigene Rente kürzt und damit das Umlageverfahren infolge eines Geburtenrückgangs ausphast. Mittels einer Simulation werden dazu jene Kosten berechnet, die den Individuen durch die Implementierung der Fairness-Komponente in ihrem Nutzen widerfahren. Aus Sicht der Individuen lassen sich diese Kosten nun durch eine Angleichung ihrer und der Generationenkonten ihrer Kinder erreichen. Damit kommt man zu dem Ergebnis, dass Politikempfehlungen, die sich auf Generationenkonten stützen, mit der intertemporalen Wohlfahrtsmaximierung vereinbar sind, wenn die Individuen gegenüber ihren Nachkommen „fair“ sind.

**Raluca Buia und Matthias Heidler**

*Steigende Lebenserwartung und interne Rendite der GRV – Eine Analyse mit Hilfe der Generationenbilanzierung.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Dieses Projekt analysiert die Auswirkungen einer steigenden Lebenserwartung auf die Beitragssätze, das Renteniveau und die interne Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung. Im Gegensatz zu den meisten bisherigen Renditeberechnungen berücksichtigt diese Studie Steigerungen der Lebenserwartung, die deutlich über die Annahmen der 10. koordinierte Bevölkerungsentwicklung hinaus gehen. Abschließend werden die Effekte einer Koppelung des gesetzlichen

Renteneintrittsalters an die fernere Lebenserwartung auf die Beitragsentwicklung und insbesondere die interne Rendite aufgezeigt.

## Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2005

### **Matthias Heidler**

*How risky is the German Pension System? The Volatility of the Internal Rates of Return.*

Finanzierung durch Mittel des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft.

Diese Studie quantifiziert die Volatilität der internen Rendite der gesetzlichen Rentenversicherung. Dieses Risiko wird exemplarisch über den Lebenszyklus eines 1957 geborenen Durchschnittsindividuums analysiert und mit ausschließlich demografiebedingten Budgetanpassungen verglichen. Die Ergebnisse zeigen, dass das demografiebedingte Risiko deutlich geringer als die tatsächliche Volatilität ist. Darüber hinaus weist die Studie die zu erwartenden Renditen verschiedener Kohorten aus. Für die jüngsten männlichen Jahrgänge liegt die ex post Rendite bei null Prozent, wohingegen sie für Frauen deutlich positiv ist.

## 5.2.4 Gesundheitspolitik

Laufende Forschungsvorhaben

**Ulrich Benz, Christian Hagist und Stefan Moog**

*Gesundheitssicherung, demografischer Wandel und medizinisch-technischer Fortschritt*

Finanzierung durch Mittel der MLP AG

Dieses Projekt knüpft nahtlos an die vorangegangenen an und widmet sich vor allen den Wechselwirkungen zwischen den für den Ausgabenanstieg in der Zukunft verantwortlichen Faktoren stellen. Hierbei wird auf den Vorarbeiten von Fetzer (2005) und Hagist und Kotlikoff (2005) aufgebaut. Insbesondere der medizinisch-technische Fortschritt steht hierbei im Vordergrund. Zudem werden im Rahmen dieses Forschungsvorhabens aktuelle Reformoptionen für die gesetzliche Krankenversicherung durchleuchtet und auf ihre Wirkung hinsichtlich der Nachhaltigkeit oder bspw. der Verteilungswirkung untersucht. Ziel ist es zudem, das von Fetzer und Raffelhüschen (2005) erarbeitete Reformkonzept der Freiburger Agenda weiterzuentwickeln.

**Stefan Fetzner und Christian Hagist**

*Gesundheitssicherung im internationalen Vergleich*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Neben dem Forschungsvorhaben „Nachhaltigkeit der sozialen Gesundheitsvorsorge im demografischen Wandel - ein internationaler Vergleich“, in dem vor allem OECD-Staaten im Fokus standen (siehe unten), untersucht das Forschungszentrum Generationenverträge auch die Gesundheitssysteme bzw. gesundheitsökonomischen Zusammenhänge anderer Länder und Systeme. Dabei wurde bspw. eine Generationenbilanz des russischen Gesundheitssystem vorgelegt. Russland stellt einen Extremfall der osteuropäischen Transformationsstaaten dar, in welchen aufgrund der Historie recht entwickelte Sozialsysteme gekoppelt mit einer alternden Bevölkerung auf ein relativ schwaches gesamtwirtschaftliches Fundament treffen. Des Weiteren gibt es eine Forschungsk Kooperation mit der Universität Bergen über das norwegische Gesundheitssystem. Hier wird auch an der Besonderheit des Staatsvermögens in Form von Ölreserven und die Konsequenzen für die langfristige Finanzierung der ausgeprägten sozialen Sicherungssysteme gearbeitet. Überdies hinaus wurde in Zusammenarbeit mit Prof. Kotlikoff von der Boston University eine Studie über den medizinisch-technischen Fortschritt und seine Quantifizierung in zehn OECD-Ländern angefertigt.

**Jasmin Häcker**

*Versicherungsmathematische Aspekte der Pflegeversicherung*

Finanzierung durch Mittel der IDEAL Lebensversicherung a.G.

Versicherungsmathematische Aspekte der Pflegeversicherung spielen insofern eine große Rolle bei der Absicherung der Pflegebedürftigkeit, als dass angesichts der momentan vorliegenden und zukünftig zu erwartenden fiskalischen Situation der gesetzlichen Pflegeversicherung sich entweder eine Teilkapitalisierungslösung einstellt, oder aber die GPV bleibt in ihrer jetzigen Finanzierungsform erhalten, muss dann in ihrem Leistungskatalog allerdings stark zurückgefahren werden, so dass eine private freiwillige Zusatzabsicherung unumgänglich wird. Unabhängig davon, welcher Fall eintreten wird, der kapitalgedeckten Absicherungsform wird zunehmende Bedeutung beizumessen sein. Um diese Finanzierungsform auf ein sicheres Fundament zu stellen, ist die Berücksichtigung der bislang wenig erforschten, speziellen „pflegeversicherungsmathematischen“ Aspekte bei der Prämienkalkulation entscheidend. So ist unter anderem die Bestimmung der kostentreibenden Faktoren bei der Pflegeabsicherung sowie deren finanzielle Auswirkungen ein Forschungsschwerpunkt im Rahmen dieses Drittmittelprojekts.

## Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2006

### **Jasmin Häcker**

*Realwerterhaltende Dynamisierung von Pflegeleistungen.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Seit ihrer Einführung ist die Leistungsvergütung der Pflegeversicherung in ihrer Höhe unverändert geblieben. Orientiert an der allgemeinen Preisentwicklung bedeutet dies eine reale Abwertung des Versicherungswertes. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens wurde anhand von Daten aus der Hilfe zur Pflege – jene Sozialhilfekategorie, die vor Einführung der Gesetzlichen Pflegeversicherung den Pflegefall abdeckte – ein Dynamisierungsparameter ermittelt, der dem Erhalt der Kaufkraft der Pflegeversicherungsleistungen dient. Zudem wurden die Auswirkungen der mittels diesen Faktors abgeleiteten kaufkrafterhaltenden Pflegeversicherungsleistungen auf die künftige Entwicklung des Beitragssatzes aufgezeigt.

### **Jasmin Häcker**

*Der Heimsog-Effekt – Auswirkungen auf die Finanzierungssituation der gesetzlichen Pflegeversicherung.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Die der gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV) endogen zugrundeliegende Variable eines veränderten Inanspruchnahmeverhaltens der Pflegeleistungen ist bislang nur wenig untersucht worden. Jegliche

Veränderungen im Inanspruchnahmeverhalten bei der Wahl der Art der Pflege von einer günstigeren hin zu einer teureren Versorgungsform gehen aber mit Auswirkungen auf die zukünftige Ausgabenentwicklung der GPV einher. Dabei ist ein verändertes Inanspruchnahmeverhalten bereits das Resultat der demografischen Entwicklung, möglicherweise verschärft durch sich verändernde Haushalts- und Familienstrukturen sowie eine zunehmende Erwerbsbeteiligung der Frauen. In welchem Ausmaß Veränderungen in den Pflegearrangements mit Ausgabensteigerungen einhergehen, wurde im Rahmen dieses Forschungsvorhabens untersucht.

2005

### **Jasmin Häcker**

*Pflegeversicherung im demografischen Wandel.*

Finanzierung durch Mittel des Verbandes der privaten Krankenversicherung.

Betrachtet man die gegenwärtige Sachlage sowie die zukünftigen Herausforderungen, mit denen die Pflegeversicherung konfrontiert ist und sein wird, so steht der dringende Handlungsbedarf außer Frage. Die Herausforderungen sind im Wesentlichen durch zwei Entwicklungen gekennzeichnet, nämlich durch die Demografie und durch die – bislang unterbliebene – Ausgabendynamisierung der Pflegeleistungen. In Anbetracht dieser Tatbestände wurden zwar unterschiedliche Reformbemühungen in die Wege geleitet, jedoch sind ihre Maßnahmen meist unzureichend, da sie nur ungenügend den demografischen Wandel berücksichtigen. Eine mögliche Alter-

native, wie vom Verband der privaten Krankenversicherungen e.V. vorgeschlagen, geht in Richtung einer Kooperationsbeziehung zwischen staatlichem und privatem Sektor, bzw. in Richtung einer (Teil-)Kapitalisierung. Im Rahmen dieser Studie soll daher untersucht werden, wie sich eine mögliche Kooperationsbeziehung gestaltet und inwiefern durch die (Teil-)Kapitalisierung eine nachhaltige Situation geschaffen werden kann. Hierfür wurden zwei Varianten des Vorschlags des Verbandes der privaten Krankenversicherungen e.V. analysiert. Dabei betrachtet die erste Variante das Einfrieren der Leistungsansprüche in der gesetzlichen Pflegeversicherung (GPV) und gleichzeitig die vollständige Absicherung der Dynamisierung in der privaten Pflegeversicherung (PPV). Die zweite Variante sieht demgegenüber vor, die Dynamisierung zwar innerhalb der GPV abzuwickeln, aber sämtliche sich daraus ergebende Defizite von der PPV ausgleichen zu lassen. Die Studie zeigt auf, dass mittels dieser Vorschläge die Pflegeversicherung zukunfts- und damit demografiefest gemacht werden kann.

### **Jasmin Häcker**

*Die interne Rendite der gesetzlichen Pflegeversicherung.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Die Einführung eines jeden auf dem Umlageverfahren basierenden Systems verursacht – bei unterstellter Alterung der Bevölkerung – eine intergenerative Umverteilung zu Gunsten der *ersten Generationen* und zu Lasten jüngerer und nachwachsender



Generationen. Am Beispiel der Einführung der gesetzlichen Pflegeversicherung wurde im Rahmen dieser Forschungsarbeit unter Verwendung des Konzeptes der internen Rendite aufgezeigt, inwiefern die ersten Generationen einen *Einführungsvorteil* aus der Inkraftsetzung der gesetzlichen Pflegeversicherung als Umlageverfahren gezogen haben. Zudem wurde mit Hilfe eines Vergleichs der internen Renditen ermittelt, erstens, in welchem Ausmaß den einzelnen Generationen die Tilgung der impliziten Schuld aufgebürdet wird und zweitens, welche Kohorten an der Rückzahlung des *Einführungsgeschenks* beteiligt sind.

### **Christian Hagist**

*Nachhaltigkeit der sozialen Gesundheitsvorsorge im demografischen Wandel - ein internationaler Vergleich.*

Finanzierung durch Mittel der Techniker Krankenkasse.

Angesichts der Herausforderungen, die der demografische Wandel an die Volkswirtschaften der OECD-Staaten stellt, wird im Rahmen dieses Forschungsvorhabens eine transatlantische Vergleichsstudie von sozialen Gesundheitssystemen angefertigt. Innerhalb dieser Studie wird besonders auf die unterschiedlichen Verläufe der Alterung der Gesellschaften und die Hebelwirkung des medizinisch-technischen Fortschritts in den einzelnen Ländern eingegangen. So unterscheiden sich die Alterungsprozesse zwischen Ländern wie bspw. die USA auf der einen Seite, welche noch eine recht hohe Geburtenrate verzeichnen, und Japan mit einem klassischen

doppelten Alterungsprozess, der von einer niedrigen Geburtenrate und einer steigenden Lebenserwartung gekennzeichnet ist, auf der anderen Seite. Im Vordergrund der Vergleichsstudie steht vor allem die Beurteilung des Status quo und von Reformoptionen mit Hilfe von Generationenkonten. Die Studie soll einen möglichen Effekt der institutionellen Ausgestaltung eines staatlichen Gesundheitssicherungssystems dabei genauso quantifizieren wie die anderen genannten Effekte (demografischer Wandel und medizinisch-technischer Fortschritt). So verzeichnen rein steuerfinanzierte Systeme wie etwa in Schweden oder in Großbritannien in den letzten Jahren ein geringeres Kostenwachstum als bspw. Deutschland. Verbunden damit sind aber oft Effekte wie Wartelisten für Operationen oder ähnliches. Die Studie möchte einen Überblick hierüber geben und aufzeigen, wie das deutsche soziale Gesundheitssystem im internationalen Vergleich gerade auch im Bezug der Nachhaltigkeit steht.

## 5.2.5 Föderalismus

Laufende Forschungsvorhaben

### **Emily Phuong Dang**

*Zur Nachhaltigkeit der Länderhaushalte in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Personalverpflichtungen und Länderfinanzausgleich.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Das innerhalb des Schwerpunktprogramms der Deutschen Forschungsgemeinschaft („Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie“) geförderte Forschungsprojekt wird seit Ablauf der Förderungszeit im Oktober 2005 aus den Eigenmitteln des Forschungszentrums Generationenverträge finanziert. Die aus dem Projekt erarbeiteten Grundlagen wurden im Berichtsjahr in vielen Bereichen weiterentwickelt. So wurde bspw. das Basisprogramm zur Erstellung der Nachhaltigkeitsanalysen um verschiedene Nachhaltigkeitsindikatoren erweitert, welche die Anwendbarkeit in der Praxis und in der politischen Beratung erhöhen. Für das kommende Berichtsjahr sollen die Nachhaltigkeitsuntersuchungen auf die Gemeindeebene ausgeweitet werden. Dies ist deshalb von Interesse, da die Kommunen sich zunehmend verschulden, und die Frage geklärt werden soll, welche der beiden Verwaltungsebenen eine bestimmte fiskalische Situation zu verantworten hat. Zudem kann gleichzeitig eine Antwort darauf gegeben werden, ob die zunehmende Verschuldung der Länder- und

Gemeindeebenen demografisch induziert ist oder lediglich aus einer laxen Haushaltspolitik hervorgeht.

## Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2006

### **Emily Phuong Dang**

*Die Schulden und Versorgungsverpflichtungen der Länder: Was ist und was kommt.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Eine korrekte Einschätzung der tatsächlichen Staatsschuld erfordert, dass neben dem in der Statistik ausgewiesenen expliziten Schuldenstand auch die implizite Staatsschuld berücksichtigt wird. Im Falle der gesetzlichen Rentenversicherung bedeutet dies bspw., dass akkumulierte Schulden aus der divergierenden Einnahmen- und Ausgabenentwicklung sich bei fehlender Anpassung der Budgetseiten direkt in steigender Staatsverschuldung niederschlagen. Entsprechend gilt auf Länderebene, dass die offizielle Schuldenstatistik nur einen Teil der tatsächlichen fiskalischen Belastung der Länder abbildet. Analog zu den impliziten Leistungsversprechen der Rentenversicherung müssten auch die aus der Beamtenversorgung resultierenden unverbrieften Verpflichtungen der Schuldenstatistik zugerechnet werden. Diese zugesagten Leistungen beschneiden die Handlungsfähigkeit der Länder zunehmend, da sie einerseits stark ansteigen und andererseits die Finanzierungsmittel – die

Steuereinnahmen – mit dem abnehmenden Erwerbstätigenanteil sinken werden.

Ziel der Untersuchung war, die Belastung der Länder aus bestehenden Schulden und Versorgungsverpflichtungen zu quantifizieren und aufzuzeigen, welche Anteile der künftigen Steuereinnahmen dadurch beansprucht werden. Die Studie zeigt, dass die expliziten und impliziten Verpflichtungen der Länder insgesamt etwa ein Sechstel der zukünftigen Steuereinnahmen beanspruchen, wobei nur etwa ein Fünftel hieraus den expliziten Schulden zuzuschreiben ist. Darüber konnte gezeigt werden, dass die Rangfolge der Länder im Hinblick auf ihren expliziten Schuldenstand sich deutlich von der Rangfolge unterscheidet, die sich bei Berücksichtigung künftiger Steuereinnahmen und unter Einbeziehung der unverbrieften Verpflichtungen ergibt.

## 5.3 Gutachten

### 5.3.1 Rentenversicherung

Abgeschlossene Gutachten

2006

**Matthias Heidler und Arne Leifels**

*Adverse Selektion und Renteneintrittsalter - Ein Überblick.*

Im Auftrag des Norwegischen Finanzministeriums.

Diese Studie liefert einen Überblick über den aktuellen Forschungsstand zum Themenkomplex adverse Selektion und Renteneintrittsalter in gesetzlichen Rentenversicherungssystemen. Die Ergebnisse geben Aufschluss darüber, ob empirische Evidenz für adverse Selektion bezüglich des Renteneintrittsalter aufgezeigt werden kann oder ob andere Gründe für die Entscheidung über das Ruhestandsalter überwiegen.

### 5.3.2 Betriebliche und private Altersvorsorge

Laufende Gutachten

**Oliver Ehrentraut und Olaf Weddige**

*„Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Auflösung von Pensionsrückstellungen“*

Im Auftrag der HDI Pensionsmanagement AG.

Das Projekt umfasst die wissenschaftliche Untersuchung einer unternehmensübergreifenden volkswirtschaftlichen Auswirkung der Auflösung von Pensionsrückstellungen aus den Bilanzen deutscher Unternehmen. Die betriebswirtschaftlichen Konsequenzen der Ausgliederung von Deckungsmitteln sind auf Unternehmensebene weitgehend erforscht bzw. im Einzelfall individuell zu untersuchen. Hingegen sind die gesamtwirtschaftlichen Folgen annähernd unbekannt. Aus volkswirtschaftlicher Sicht muss dabei eine Vielzahl von Effekten in die Betrachtung miteinbezogen werden, die in den einzelnen Projektschritten bearbeitet werden sollen:

- a. Auswirkungen der zukünftigen demografischen Entwicklung auf den Gesamtmarkt „Altersvorsorge“.
- b. Berechnung einer „Unternehmensgenerationenbilanz“.
- c. Analyse der Möglichkeiten und Auswirkungen der Auflösung von Pensionsrückstellungen und der Übertragung derselben auf externe Versorgungsträger.

- d. Bewertung der Auswirkungen einer vermehrten Kapitaldeckung auf gesamtwirtschaftliches Wachstum und Zinsentwicklung.

**Matthias Heidler**

*Die kirchliche und öffentliche Zusatzversorgung auf dem Prüfstand.*

Im Auftrag der Pax-Versicherungsdienst GmbH.

Gegenstand des Forschungsprojektes ist die Quantifizierung von Versorgungslücken im öffentlichen und kirchlichen Dienst für unterschiedliche Altersjahrgänge und Versichertenbiographien. Der daraus abgeleitete Vorsorgebedarf wird anschließend für unterschiedliche Sicherungsziele ermittelt. Parallel dazu wird die Passgenauigkeit des Leistungsangebots der freiwilligen Zusatzversorgung des öffentlichen und kirchlichen Dienstes analysiert. Im Besonderen führt die Studie eine vergleichende Analyse des Produktangebots der freiwilligen Zusatzversorgung im öffentlichen Dienst und im kirchlichen Dienst am Beispiel der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder sowie der kirchlichen Zusatzversorgungskasse Darmstadt und Köln durch. Der Vorsorgebedarf im Rahmen der freiwilligen Zusatzversorgung soll dabei unter besonderer Berücksichtigung der steuerlichen Belastung bewertet werden.



## Abgeschlossene Gutachten

2006

### **Oliver Ehrentraut**

*Auswirkungen der Entgeltumwandlung auf die gesetzliche Rentenversicherung im Status quo sowie ab 2009.*

Im Auftrag des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen.

Das Gutachten konzentriert sich auf den Bereich der bAV, insbesondere der Entgeltumwandlung. Der Arbeitnehmer verzichtet dabei auf einen Teil seines Bruttoentgeltanspruchs, den sein Arbeitgeber zum Aufbau einer betrieblichen Altersvorsorge verwendet. Das Gutachten klärt in diesem Zusammenhang die Auswirkungen der seit 2002 bestehenden Sozialabgabenfreiheit für umgewandelte Arbeitsentgelte aus Sicht der gesetzlichen Rentenversicherung und aus Sicht der Versicherten. Dies umfasst sowohl die künftige Entwicklung des aktuellen Rentenwerts also auch die der daraus resultierenden Rentenleistungen. Eng mit diesen ausgabeseitigen Elementen verbunden ist die Frage, wie die Rentenversicherung in der Zukunft zu finanzieren ist, also wie sich der Beitragssatz entwickeln wird. Darüber hinaus wird untersucht, ob die Tatsache, dass Entgeltumwandlungen ab dem Jahr 2009 der Sozialversicherungspflicht unterliegen, negative Auswirkungen auf die Verbreitung der bAV haben wird. Des Weiteren zeigen die Berechnungen, unter welchen Bedingungen trotz der finanziellen Schieflage der sozialen

Sicherungssysteme eine Beibehaltung der Sozialversicherungsfreiheit der Entgeltumwandlung über das Jahr 2008 hinaus denkbar ist.

**Oliver Ehrentraut und Matthias Heidler**

*„arbeiten, leben, vorsorgen“: Studie zur betrieblichen Altersversorgung – Erwartungen und Planungen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern.*

Im Auftrag der Victoria Lebensversicherung AG.

Die Studie durchleuchtet die aktuelle Situation und Möglichkeiten der betrieblichen Altersvorsorge aus Sicht von Arbeitgebern und Arbeitnehmern. Zu diesem Zweck wurden ausgewählte Thesen anhand einer Arbeitnehmer- und einer Arbeitgeberbefragung überprüft. Die Ergebnisse bilden nicht nur den Status quo der betrieblichen Altersvorsorge in Deutschland ab, sondern bieten darüber hinaus wichtige Anhaltspunkte für die weitere Entwicklung.

**Oliver Ehrentraut und Jörg Schoder**

*Demografischer Wandel und betriebliche Altersvorsorge – Die Zusatzversorgung der Fraport AG bei der ZVK Wiesbaden.*

Im Auftrag der Fraport AG.

Eine Sonderform der betrieblichen Altersvorsorge stellt die Zusatzversorgung der Angestellten und Arbeiter im öffentlichen Dienst (ZöD) dar. Diese ist aber auch nach der 2001 erfolgten Umstellung vom Gesamtversorgungssystem zum Punktemodell überwiegend in Form des Umlageverfahrens organisiert. Allerdings muss dies hier nicht zwangsläufig zu Finanzierungsproblemen (wie bei der GRV)

führen, weil sich die Subpopulation der Mitglieder der ZöD nicht notwendig parallel zur Gesamtbevölkerung entwickeln muss. Denn für die Entwicklung des Kollektivs der ZöD-Mitglieder spielt die Einstellungspraxis der öffentlichen Hand/Unternehmen ebenso eine Rolle, wie die (Lebens-)Arbeitszeit im öffentlichen Dienst. Beide werden durch die gesamtwirtschaftliche Entwicklung beeinflusst, die wiederum abhängig von der Demografie ist. Diese Interdependenzen und die zu erwartende Entwicklung der genannten Einflussfaktoren werden im Rahmen dieses Gutachtens untersucht, um abschätzen zu können, ob im Bereich der ZöD – aus Sicht einzelner Mitglieder wie der Fraport AG, Handlungsbedarf besteht.

### **5.3.3 Gesundheitspolitik**

Abgeschlossene Gutachten

2006

**Jasmin Häcker und Christian Hagist**

*Mehr Eigenverantwortung und Kapitaldeckung in der Kranken- und Pflegeversicherung.*

Im Auftrag der Initiative Finanzstandort Deutschland.

Die gesetzliche Krankenversicherung und die soziale Pflegeversicherung stehen vor tiefgreifenden Zukunftsproblemen. Der demografische Wandel der nächsten Jahrzehnte in Verbindung mit den bereits vorhandenen demografischen Lasten, der voranschreitende medizinisch-technische Fortschritt sowie steigende

Preise für Gesundheitsleistungen und damit einhergehende Beitrags-satzsteigerungen drohen die Finanzkraft der gesetzlichen Umlagesysteme zusehends zu überfordern. Grundsätzlich bieten der Gesundheitssektor in einer modernen und entwickelten Industriegesellschaft und der medizinisch-technische Fortschritt alle Chancen für einen großen und wichtigen Wachstumsmarkt. Diese Chancen können aber nur dann genutzt werden, wenn in diesem Sektor mehr Wettbewerb einzieht und auf mehr Eigenverantwortung und marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismen gesetzt wird. Im Rahmen dieser Studie werden unterschiedliche Vorschläge der Initiative Finanzstandort Deutschland, die sich auf das Problem der demografischen Lasten in der Finanzierung der Kranken- und Pflegeversicherung richten, auf ihre Nachhaltigkeit hin überprüft.

### **Stefan Moog**

*Sozialpolitisch motivierte Umverteilungsströme in der Gesetzlichen Krankenversicherung – eine empirische Analyse.*

Im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Eine Krankenversicherung dient in erster Linie der Absicherung der finanziellen Risiken einer Erkrankung. Da die Versicherungsleistung in einer Periode nur von einem Teil der Versicherten tatsächlich in Anspruch genommen wird, resultiert innerhalb einer Krankenversicherung ein Umverteilungsstrom von den Gesunden zu den Kranken. Über diese versicherungstypische oder gesundheitspolitisch motivierte Umverteilung hinausgehend, ist das aktuelle System der

GKV durch zusätzliche, sozialpolitisch motivierte Umverteilungsströme charakterisiert. Hierzu zählt die Umverteilung zwischen den Geschlechtern, zwischen den Generationen, zwischen Familien und Single- bzw. Zweiverdiener-Haushalten sowie zwischen Beziehern von hohen und niedrigen (beitragspflichtigen) Einkommen.

Anknüpfend an das Jahresgutachten des Sachverständigenrats wurden in der vorliegenden Studie die auf die einzelnen Umverteilungsmotive entfallenden Anteile des gesamten sozialpolitisch motivierten Umverteilungsstroms innerhalb des heutigen Systems der GKV auf der Datenbasis des Jahres 2003 quantifiziert. Neben der Analyse der Umverteilungsströme zwischen ausgewählten Versichertengruppen, untersucht die Studie auch die Umverteilungsströme innerhalb der Gruppen der Pflichtversicherten, der freiwillig Versicherten und der Versicherten in der Krankenversicherung der Rentner (KVdR). Abschließend quantifiziert die Untersuchung die Verteilungswirkungen zwischen den Versichertengruppen für zwei alternative Szenarien zur Reform der Finanzierung der GKV quantifiziert. Zum einen wurde dabei ein System pauschaler Gesundheitsprämien betrachtet, das darauf abzielt wesentliche Anteile der sozialpolitisch motivierten Umverteilung aus der GKV auszulagern. Zum anderen wurde der aktuell diskutierte Vorschlag zur Einführung eines Gesundheitspools untersucht, der als Kompromissvorschlag zur Bürgerversicherung und zur Gesundheitsprämie in erster Linie auf die Stärkung des Wettbewerbs zwischen den gesetzlichen Krankenkassen untereinander sowie zwischen gesetzlichen und privaten Krankenversicherungsträgern abzielt.

## 5.4 Sonstige Projekte

### 5.4.1 Betriebliche und private Altersvorsorge

Laufende Sonstige Projekte

#### **Oliver Ehrentraut und Olaf Weddige**

*bAV-Barometer*

In Zusammenarbeit mit Tillinghast Towers Perrin.

Veröffentlichungen zum Thema bAV wurden bislang nur aus einer beschränkten Perspektive für wenige Zielgruppen angefertigt. Der Leser kann so immer nur einen Ausschnitt des Gesamtbildes wahrnehmen, meist stark geprägt durch vorgefasste Meinungen des Erstellers der Veröffentlichung und der punktuell erfassten Daten/ Meinungen. Ziel dieser Publikation ist es, einen neutralen Gesamtblick anzubieten, diesen aber durch verschiedene Brillen zu werfen und in einer derartigen Form ein Gesamtbild zeichnen zu können, das am Markt bislang nicht erhältlich ist. Nach der detaillierten Sicht durch alle „Brillen“, also der Meinungen von Arbeitnehmern bzw. deren Vertretern, Arbeitgebern, Vermittlern und Politik werden alle Themengebiete wieder zusammengeführt und eine Gesamtsicht auf das Thema bAV erstellt. Das bAV-Barometer soll dem Leser Auskunft darüber geben, wohin sich der Markt kurzfristig bewegt und womit mittelfristig zu rechnen ist, um sich rechtzeitig auf mögliche aber sehr wahrscheinliche Veränderungen einstellen zu können und den

Horizont von bisher wenigen Monaten auf mehrere Jahre zu erweitern. Diese Arbeit will eine mittelfristige Richtschnur bieten, gleichzeitig aber regelmäßig (jährlich) interessante neue Informationen und sich andeutende und verfestigende Trends aufzeigen.

## 6 Publikationen

### 6.1 Zeitschriften

#### 6.1.1 Referiert

2006

**Benz, Ulrich und Stefan Fetzer**, Indicators for Measuring Fiscal Sustainability: A Comparison of the OECD-Method and Generational Accounting, *Finanzarchiv*, erscheint demnächst.

**Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Die interne Rendite der Gesetzlichen Pflegeversicherung, *Zeitschrift für die gesamte Versicherungswissenschaft*, erscheint demnächst.

**Hagist, Christian und Claudia Pütz**, Optional deductibles in social health insurance systems: Findings from Germany, *European Journal of Health Economics*, erscheint demnächst.

#### 6.1.2 Andere

2006

**Hagist, Christian und Laurence Kotlikoff**, Health Care Spending: What the Future will look like, *NCPA Report*, No. 286.

2005

**Raffelhüschen, Bernd, Stefan Fetzer und Lara Slawik**, Wie viel Gesundheit wollen wir uns eigentlich leisten?, *ifo Schnelldienst* 58, Heft 18, 3 - 7.

**Ehrentraut, Oliver, Matthias Heidler und Bernd Raffelhüschen**, En route to sustainability: history, status quo, and future reforms of the German public pension scheme, *Intereconomics* 40, Heft 5, 254 - 257.



## 6.2 Diskussionsbeiträge

2006

**Häcker, Jasmin**, Zukünftige Pflege ohne Familie: Konsequenzen des Heimsog-Effekts, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 11.

**Besendorfer, Daniel, Emily Dang und Bernd Raffelhüschen**, Die Schulden und Versorgungsverpflichtungen der Länder: Was ist und was kommt, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 10.

**Mevis, Dirk und Olaf Weddige**, Gefahr erkannt – Gefahr gebannt? Nachhaltigkeitsbilanz der 15. Legislaturperiode des deutschen Bundestages 2002-2005, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 9.

**Häcker, Jasmin**, Dynamisierung der Pflegeleistungen: Vergangenheit - Gegenwart - Zukunft, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 8.

2005

**Kotlikoff, Laurence J. und Christian Hagist**, Who's Going Broke? Comparing Growth in Healthcare Costs in Ten OECD Countries, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 7.

**Heidler, Matthias und Bernd Raffelhüschen**, How risky is the German Pension System? The Volatility of the Internal Rates of Return, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 6.

**Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Internal Rates of Return of the German Statutory Long-Term Care Insurance, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 5.

**Hagist, Christian, Norbert Klusen, Andreas Plate und Bernd Raffelhüschen**, Social Health Insurance - The major driver of unsustainable fiscal policy?, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 1.

## 6.3 Studien

2006

**Moog, Stefan und Bernd Raffelhüschen**, Sozialpolitisch motivierte Umverteilungsströme in der Gesetzlichen Krankenversicherung – eine empirische Analyse, *Studie im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft*.

## 6.4 Dissertationen

2006

**Ehrentraut, Oliver**, *Alterung und Altersvorsorge – Das deutsche Drei-Säulen-System der Alterssicherung vor dem Hintergrund des demografischen Wandels*, Peter Lang.

**Fetzer, Stefan**, *Zur nachhaltigen Finanzierung des gesetzlichen Gesundheitssystems*, Peter Lang.

## 6.5 Buchbeiträge

**Raffelhüschen, Bernd und Jörg Schoder**, Ein neuer Generationenvertrag tut Not, in: Schwäbisch Hall-Stiftung (Hrsg.), *Kultur des Eigentums*, Springer, S. 91-95.

## 6.6 Sonstige

2006

**Fetzer, Stefan, Christian Hagist und Bernd Raffelhüschen**, Selbst drastische Reformen lassen Kassenbeiträge steigen, *Dentale Implantologie & Parodontologie*, Heft 1, Februar 2006, S. 40-42.

**Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Soziale Pflegeversicherung – Quo Vadis?, *VersicherungsJournal extra*, 4/2006, S. 4-5.

**Moog, Stefan**, Fremde Federn: Gesundheitssoli greift zu kurz, *Südwest Presse* u.a., 6.5.2006.

2005

**Heidler, Matthias und Olaf Weddige**, Und bist Du nicht willig: Die Zwangsrente wird der Individualität der Anleger nicht gerecht, *Private Vorsorge*, Verlagsbeilage zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 25.10.2005.

**Kotlikoff, Laurence J. und Christian Hagist**, Who's Going Broke? Comparing Growth in Healthcare Costs in Ten OECD Countries, *NBER Working Paper* Nr. 11833.

**Weddige, Olaf**, Die Auswirkungen der demografischen Veränderungen auf die sozialen Sicherungssysteme, in: Deutsches Rotes Kreuz (Hrsg.), Dokumentation der Tagung „Der demografische Wandel“ vom 25. bis 26.10.2005 in Berlin.

## 7 Auslandsaufenthalte und Konferenzen

### 7.1 Konferenzen

#### **Emily Phuong Dang**

Finanzwissenschaftliches Forschungskolloquium, 30.06.2006, Ludwigs-Maximilians-Universität, München.

*Teilnahme ohne Vortrag.*

Konferenz des DFG-Schwerpunktprogramms „*Institutionelle Gestaltung föderaler Systeme: Theorie und Empirie*“, 28.-30. Juli 2005, Regensburg.

*Vorgetragenes Papier: Die Pensionslasten der Länder: Status quo und Entwicklung.*

#### **Christian Hagist**

6<sup>th</sup> European Conference on Health Economics, Budapest, 06.–09.07.2006.

*Vorgetragenes Papier: „Who's Going Broke? Comparing Growth in Healthcare Costs in Ten OECD Countries“.*

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Bonn, 27.–30.09.2005.

*Vorgetragenes Papier: „(Teil-)Privatisierung mit sozialer Flankierung - Ein geeignetes Mittel zur langfristigen Sicherung der Gesundheits- und Pflegevorsorge?“.*

#### **Jasmin Häcker**

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, Bonn, 27.–30.09.2005.

*Teilnahme mit Papier: „(Teil-)Privatisierung mit sozialer Flankierung - Ein geeignetes Mittel zur langfristigen Sicherung der Gesundheits- und Pflegevorsorge?“.*

European Conference on Long-Term Care, ZEW Mannheim, 21.-22.10.2005.

*Vorgetragenes Papier: „On the Inclusion of Dementia Patients into Compulsory LTC- Insurance in Germany – A Sustainable Step?“.*

#### **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen**

Bei einer Reihe von Vorträgen referierte der Institutsleiter in den Jahren 2005 und 2006 über die Nachhaltigkeit der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie über die wirtschaftspolitische Gesamtlage. Aufgrund der Vielzahl an Vorträgen wird von einer spezifischen Auflistung abgesehen.

## 8 Fachreferate und Politikberatung

### **Emily Phuong Dang**

Externe Sachverständige bei der Anhörung des Ausschusses für Finanzen des Landtags Brandenburg zum Bericht der Landesregierung „Demographischer Wandel in Brandenburg – Erneuerung aus eigener Kraft“, 1.3.2006, Potsdam.

Referentin bei der Klausurtagung der CDU-Fraktion Brandenburg am 6. / 7.03.2006, zum Thema Nachhaltigkeit des Landeshaushaltes Brandenburg, Templin.

Referentin bei der Fachveranstaltung der CDU-Landtagsfraktion Nordrhein -Westfalen am 17. August 2006 zum Thema Generationenbilanz und nachhaltige Finanzpolitik, Landtag Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf.

### **Oliver Ehrentraut**

Sachverständiger beim Workshop Entgeltumwandlung des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen am 14. Juni 2006, Deutsche Rentenversicherung Rheinland, Düsseldorf.

### **Jörg Schoder**

Evaluierung verschiedener Reformkonzepte zur Integration der Wohnimmobilie in das AVmG für die CDU im ersten Halbjahr 2006.

Präsentation und Diskussionsrunde zur Integration der Wohnimmobilie in das AVmG bei der Bausparkasse Schwäbisch-Hall am 6.3.2006.

## 9 Medienpräsenz

### 9.1 Fernsehen

#### **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen**

**Phoenix tv** (18.5.2006)

**Berlin direkt** (30.4.2006)

**Der Mittag bei n-tv** (27.4.2006)

**Berlin Mitte**, ZDF (16.3.2006, 2.2.2006)

**Monitor**, WDR (16.3.2006)

**Panorama**, NDR (9.3.2006)

**heute-Journal**, ZDF (8.3.2006, 2.2.2006, 26.8.2005)

**SAT 1 News** (8.3.2006)

**Tele-Akademie**, Südwestfernsehen (19.2.2006)

**WISO**, ZDF (9.1.2006, 5.12.2005)

**Fakt**, ARD (2.1.2006)

**Bericht aus Berlin**, ARD (20.11.2005, 13.11.2005)

**Report**, ARD (19.9.2005)

#### **Christian Hagist**

**Ländersache**, SWR (01.09.2005)

**Der Tag**, Hessen 2 (16.03.2006)

## 9.2 Zeitungen und Zeitschriften

### Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Rhein-Neckar-Zeitung (27./28.5.2006)

Fränkische Nachrichten (27.5.2006)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (28.4.2006, 1.10.2005)

Focus Money (26.4.2006)

Münchener Rück, Topics (1/2006)

Die Tagespost (6.4.2006)

Süddeutsche Zeitung (11.2.2006)

Flensburger Tageblatt (9.2.2006)

Business Banking Magazin, Deutsche Bank (Februar 2006)

Welt am Sonntag (5.2.2006)

Die Welt (3.2.2006, 5.9.2005)

Spiegel online (2.2.2006)

ProFirma (Februar 2006)

Dentale Implantologie & Parodontologie (Februar 2006)

(zusammen mit Stefan Fetzer und Christian Hagist)

Westfalen-Blatt (27.1.2006)

Wetzlarer Neue Zeitung (26.1.2006)

Kurier am Sonntag (22.12.2006)

Aktiv (Nr. 2, 21.1.2006, Nr. 1, 7.1.2006)

Stuttgarter Zeitung (20.1.2006, 7.9.2005)

Bild (20.1.2006, 17.1.2006, 16.1.2006)

Rheinische Post (16.1.2006, 14.9.2005)

Unternehmermagazin (11/12-2005)

Guter Rat (12/2005)

DWS Fondsjournal (Herbst 2005)

Versicherungsmagazin (12/2005)

**Osnabrücker Zeitung** (11.11.2005)

**Cash.Spezial** (2005)

**Für Sie EXTRA** (21/2005)

**Osnabrücker Sonntagszeitung** (18.9.2005)

**Thüringer Allgemeine** (17.9.2005)

**Aktueller Wirtschaftsdienst für Apotheker** (15.9.2005)

**Aachener Zeitung** (12.9.2005)

**Pflegezeitschrift** (September 2005)

**Schongauer Nachrichten** (7.9.2005)

## **Stefan Fetzer**

**Dentale Implantologie & Parodontologie** (Februar 2006)

(zusammen mit Christian Hagist und Bernd Raffelhüschen)

## **Christian Hagist**

**Dentale Implantologie & Parodontologie** (Februar 2006)

(zusammen mit Stefan Fetzer und Bernd Raffelhüschen)

## **Matthias Heidler**

**Frankfurter Allgemeine Zeitung** (25.10.2005) (zusammen mit Olaf Weddige)

## **Stefan Moog**

**Südwestpresse, u.a.** (6.5.2006)

## **Olaf Weddige**

**Frankfurter Allgemeine Zeitung** (25.10.2005) (zusammen mit Matthias Heidler)



## 10 Ausblick

Nachdem die Bundesregierung bislang die in sie gesetzten Erwartungen nicht erfüllen konnte, steht den politischen Entscheidungsträgern nach der parlamentarischen Sommerpause ein heißer Herbst bevor. Nicht nur die Vorstände der gesetzlichen Krankensversicherer üben offen Kritik am Gesundheitsfondsmodell. Auch innerhalb der Regierungsparteien werden Stimmen laut, die Änderungen oder sogar eine Abkehr von der beschlossenen Gesundheitsreform fordern.

Wie bereits in der Vergangenheit hat das Forschungszentrum Generationenverträge in einer aktuellen Studie die Konsequenzen des Gesundheitsfondskonzepts untersucht und dabei aufgezeigt, dass dieser Vorschlag auf eine Entlastung der gesetzlich versicherten Rentner hinausläuft. Dies ist nicht per se problematisch. Kritisch ist allerdings, dass diese Versichertengruppe bereits heute massiv durch die pflicht- und freiwillig versicherten Arbeitnehmer und Angestellten subventioniert wird. Inwiefern hiermit, angesichts der Alterung der Gesellschaft, ein nachhaltiges Konzept zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung vorgelegt wurde, muss letztlich jeder Bürger selbst entscheiden. Für das Forschungszentrum Generationenverträge bedeutet der beschlossene Kompromiss, dass die Gesundheitspolitik auch zukünftig einen zentralen Platz auf der Forschungsagenda einnehmen wird, denn mit der nächsten Reform ist in naher Zukunft zu rechnen.

Neben der Gesundheitspolitik wird der Schwerpunkt der betrieblichen und privaten Altersvorsorge wie bereits im vergangenen Berichtsjahr auch zukünftig einen zentralen Platz auf der Forschungsagenda besetzen. Dies ergibt sich schlichtweg aus der wachsenden Bedeutung dieser Säulen der Alterssicherung. Darüber hinaus werden natürlich auch die anderen Forschungsschwerpunkte nicht vernachlässigt. So steht mit der Reform der Unternehmens- und Kapitalbesteuerung eine politische Entscheidung an, die maßgeblich den weiteren Verlauf der kurzfristigen, konjunkturellen Entwicklung, im Besonderen aber auch das langfristige Wachstumspotential der deutschen Volkswirtschaft beeinflussen können. Gleichermaßen kann ein Erfolg bei der Föderalismusreform durch die Entflechtung der fiskalischen Ebenen und eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips nachhaltig den politischen Entscheidungsprozess beschleunigen. Natürlich werden auch die Weiterentwicklungen in den methodischen Schwerpunkten der Generationenbilanzierung und der Simulationsanalyse zukünftig weitergeführt. Sowohl die Einbeziehung einer stochastischen Bevölkerungsprojektion in die Generationenbilanzierung als auch deren Einbettung in das Simulationsmodell werden neue Erkenntnisse im Hinblick auf die Nachhaltigkeit zukünftiger Reformanstrengungen ermöglichen.

Schließlich wird die Tätigkeit des Forschungszentrums Generationenverträge, neben den Entwicklungen in der Forschung, im kommenden Berichtsjahr maßgeblich durch die Einrichtung des Weiterbildungsstudiengangs *MBA Estate Planning* geprägt werden. Durch die Einrichtung dieses Masterstudiengangs wird das

Forschungszentrum Generationenverträge, in Zusammenarbeit mit dem *Lehrstuhl für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre* (StB Prof. Dr. Kessler) und dem *Lehrstuhl für Finanzwirtschaft und Banken* (Prof. Dr. Rehkugler) der Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät, sowie dem *Institut für Handels- und Wirtschaftsrecht* (Prof. Dr. Blaurock) und dem *Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht* (Prof. Dr. Merkt) der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg, ein über das bestehende Lehrangebot hinausgehendes berufsbegleitendes und interdisziplinäres Weiterbildungsangebot schaffen, mittels dem der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis forciert werden soll.

Neben dem Vermögensaufbau und der Vermögenssicherung behandelt der Studiengang vor allem auch die Vermögensübertragung. Mit der besonderen Ausrichtung des Studiengangs auf die Vermögensnachfolge im Bereich mittelständischer Unternehmen soll eine Nische besetzt werden, die in Anbetracht der bereits heute bestehenden Probleme zukünftig an praktischer Bedeutung gewinnen wird. Daher richtet sich dieses Weiterbildungsangebot insbesondere an Mitarbeiter und Angestellte von Firmen aus den Branchen Banken, Versicherungswirtschaft und Finanzdienstleistungen, sowie an beratende Berufe und Mitarbeiter von Stiftungen.

Entsprechend der berufsbegleitenden Ausrichtung wird der Studiengang so angelegt sein, dass er in wesentlichen Teilen von zuhause oder vom Arbeitsplatz aus absolviert werden kann. Hierzu sieht das didaktische Konzept des Studiengangs teletutoriell betreute

e-Learning-Phasen vor, in denen die Studierenden die Lerninhalte vor- und aufbereiten, so dass sich diese mit den Präsenzveranstaltungen zu einer Einheit verbinden. Als ersten Erfolg kann die lehrstuhlübergreifende Arbeitsgruppe für diesen Masterstudiengang für sich verbuchen, dass das erarbeitete Konzept in das Förderprogramm *Master Online* des Landes Baden-Württemberg aufgenommen wurde. Nach diesem ersten Erfolg sieht die weitere Planung der Arbeitsgruppe vor, dass der Weiterbildungsstudiengang *MBA Estate Planning* seinen Betrieb zum Wintersemester 2007/2008 aufnehmen wird.





FORSCHUNGS  
ZENTRUM  
GENERATIONEN  
VERTRÄGE



Forschungszentrum Generationenverträge

Bertoldstraße 17 (Eingang Brunnenstraße)

79098 Freiburg

Fon 0761. 203 23 54

Fax 0761. 203 22 90

[www.generationenvertraege.de](http://www.generationenvertraege.de)

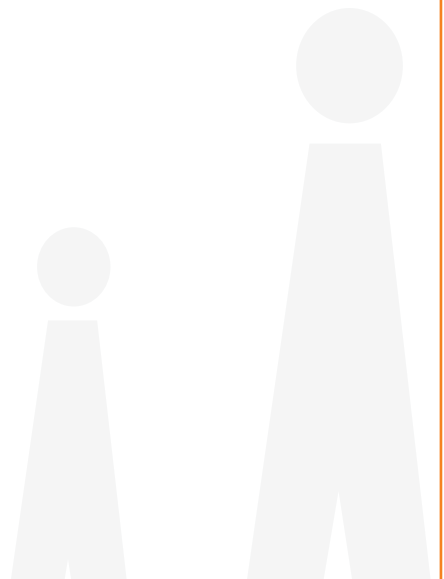
[info@generationenvertraege.de](mailto:info@generationenvertraege.de)



# Jahresbericht 2006/2007



FORSCHUNGS  
ZENTRUM  
GENERATIONEN  
VERTRÄGE



# **Jahresbericht 2006/2007**

Forschungszentrum Generationenverträge  
und Institut für Finanzwissenschaft I  
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg



© 2007 Forschungszentrum Generationenverträge, Freiburg

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Umschlagsgestaltung: [www.cc-werbeagentur.de](http://www.cc-werbeagentur.de)

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Forschungszentrums Generationenverträge unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	1
2	Entwicklungen im Personalbereich .....	4
3	Finanzielle Ausstattung .....	7
4	Lehre .....	14
5	Forschung.....	17
6	Publikationen .....	52
7	Auslandsaufenthalte und Konferenzen.....	55
8	Fachreferate und Politikberatung .....	56
9	Medienpräsenz .....	57
10	Ausblick.....	60



# 1 Einleitung

Der erste gemeinsam beschlossene Haushalt von SPD und CDU konnte mit der Verfassung nur unter Hinweis auf eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts in Einklang gebracht werden. Angesichts der unerwartet hohen Steuereinnahmen des Jahres 2006 und voraussichtlich 2007 scheint dieser holprige Start vergessen. Allerdings haben diese unerwarteten Mehreinnahmen bereits Begehrlichkeiten von verschiedenen Seiten geweckt. Das Finanzministerium wehrt sich zu Recht gegen derartige Ansprüche, denn die Nettoneuverschuldung ist zwar rückläufig, aber nach wie vor positiv. Dabei ist die in den Statistiken Ende 2006 ausgewiesene explizite Staatsschuld von 1.478 Mrd. Euro ohnehin nur die Spitze des Eisbergs. Die implizite Schuld, die im Wesentlichen in den umlagefinanzierten Sozialversicherungen entsteht, wird in den geführten Diskussionen meist vernachlässigt. Getrieben werden die impliziten Schulden hauptsächlich durch die demografische Entwicklung.

Mit der jährlich veröffentlichten Generationenbilanz leistet das Forschungszentrum Generationenverträge einen Beitrag, um die langfristigen fiskalischen Konsequenzen politischer Maßnahmen transparenter zu machen. Als zentrales Ergebnis der Generationenbilanz des Basisjahres 2005 ist dabei festzuhalten, dass sich die angesprungene Konjunktur positiv auf die Nachhaltigkeitslücke des gesamtstaatlichen Haushalts ausgewirkt hat. Der hieraus gewonnene Handlungsspielraum sollte allerdings dafür

genutzt werden, um die Sozialversicherungen für die kommenden demografischen Umbrüche zu wappnen. Denn angesichts der in der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung angenommenen höheren Zunahme der Lebenserwartung wirkt sich die demografische Entwicklung wesentlich dramatischer auf die umlagefinanzierten Systeme aus als bislang vermutet.

Der nun vorliegende dritte Jahresbericht des Forschungszentrums Generationenverträge für das Berichtsjahr 2006/2007 soll – wie in den vorangegangenen Jahren – in erster Linie über die in diesem Zeitraum geleistete Forschungs-, Lehr- und Publikationstätigkeit des Forschungszentrums und seiner Mitarbeiter informieren.

Gleichzeitig soll dieser Leistungs- und Rechenschaftsbericht Interessenten aus Wissenschaft, Politik und Praxis einen Überblick über die laufenden und abgeschlossenen Forschungsvorhaben bieten und diesen die Möglichkeit eröffnen, sich über aktuelle Forschungsergebnisse zu informieren, ihrerseits die laufenden Forschungsvorhaben zu unterstützen sowie zukünftige Forschungsvorhaben zu initiieren. Darüber hinaus ist der Jahresbericht auch Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Forschungszentrums und soll der interessierten Allgemeinheit einen Überblick über die Beiträge des Forschungszentrums Generationenverträge zur aktuellen Diskussion über Konzeptionen zur Reform der sozialen Sicherungssysteme, des Steuersystems und des föderalistischen Systems in Deutschland bieten.

Schließlich soll dieser Jahresbericht auch den Dank für die finanzielle und ideelle Unterstützung ausdrücken, welche die Tätigkeit des

Forschungszentrums in der Vergangenheit seitens der Wirtschaft, öffentlicher Verbände und Institutionen, und im Besonderen durch die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und das Land Baden-Württemberg erfahren hat.

## 2 Entwicklungen im Personalbereich

Wie bereits in den vergangenen Jahren ergaben sich aufgrund der natürlichen Fluktuation Veränderungen im Mitarbeiterstab des Forschungszentrums.

Auf der Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiter haben sich die folgenden personellen Veränderungen ergeben:

Nach erfolgreichem Abschluss seiner Promotion hat Herr Dr. Stefan Fetzer das Forschungszentrum im September 2006 in Richtung Essen verlassen. Herr Dr. Fetzer hat dort eine Stelle als wissenschaftlicher Mitarbeiter beim wissenschaftlichen Beirat des Bundesverbandes der Betriebskrankenkassen angetreten.

Hingegen haben Herr Dr. Oliver Ehentraut, Frau Dr. Jasmin Häcker und Herr Pascal Krimmer dem Forschungszentrum auch nach Abschluss ihrer Promotion die Treue gehalten. Herr Dr. Ehentraut wurde am 1. September 2006 zum Akademischen Rat ernannt. Frau Dr. Häcker wurde am 1. September 2007 zur Akademischen Rätin ernannt. Herr Krimmer hat bereits in den vergangenen Jahren den Aufbau des MBA Studiengangs „Estate Planning“ begleitet und im Januar 2007 die Stelle als Koordinator dieses Studiengangs angetreten.

Im April 2007 hat unser Mitarbeiter Ulrich Benz das Forschungszentrum verlassen. Herr Benz hat eine Stelle beim Finanzministerium des Landes Baden-Württemberg angetreten.

Schließlich wurde nach erfolgreichem Studienabschluss Herr Tobias Hackmann im Mai 2007 als neuer wissenschaftlicher Mitarbeiter für das Forschungszentrum gewonnen. Da Herr Hackmann bereits während seines Studiums als wissenschaftliche Hilfskraft am Forschungszentrum tätig war, erlaubte dies eine nahtlose Integration in den bestehenden Mitarbeiterstab und die laufende Forschung.

Aus dem Kreise der wissenschaftlichen Hilfskräfte sind Raluca Buiac, Andreas Eberhard, Friedrich Fichtner und Klaus Kaier im Berichtszeitraum aus dem Forschungszentrum ausgeschieden. Nach erfolgreichem Abschluss ihres Studiums hat Frau Buiac im Herbst 2006 eine Stelle als Praktikantin bei der Gesellschaft für technische Zusammenarbeit angetreten. Herr Fichtner wird im September 2007 eine Stelle bei der AOK Consult GmbH antreten. Dem Forschungszentrum eng verbunden bleibt hingegen Herr Kaier, der im Juni 2007 eine Stelle am Institut für Umweltmedizin und Krankenhaushygiene der Universität Freiburg angetreten hat. Schließlich hat sich Herr Eberhard nach Abschluss des Hauptstudiums dazu entschlossen, sein Studium der Volkswirtschaftslehre zunächst an der University of Sussex im Rahmen des Master Programms „Development Studies“ fortzusetzen.

Wir freuen uns, mit Lucia Biedermann, Human Daneshvar, Andreas Fleig, Mario Gronert Álvarez und Emanuel Weiss kompetente Nachfolger gefunden zu haben.

Einen Überblick über den aktuellen Mitarbeiterstab des Forschungszentrum Generationenverträge bietet die folgende Übersicht:



## Mitarbeiter des Forschungszentrums

	☎ 0761. 203 - Durchwahl	
<b>Direktor</b>		
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen	bernd.raffelhueschen@generationenvertraege.de	- 23 53
<b>Sekretariat</b>		
Ingeborg Häfner	ingeborg.haefner@generationenvertraege.de	- 23 54
<b>Assistenten</b>		
Emily Phuong Dang	emily.dang@generationenvertraege.de	- 92 36
Dr. Oliver Ehrentraut	oliver.ehrentraut@generationenvertraege.de	- 92 26
Tobias Hackmann	Tobias.hackmann@generationenvertraege.de	- 92 46
Dr. Jasmin Häcker	jasmin.haecker@generationenvertraege.de	- 23 55
Christian Hagist	christian.hagist@generationenvertraege.de	- 92 41
Matthias Heidler	matthias.heidler@generationenvertraege.de	- 23 56
Pascal Krimmer	pascal.krimmer@generationenvertraege.de	- 23 57
Stefan Moog	stefan.moog@generationenvertraege.de	- 92 38
Jörg Schoder	joerg.schoder@generationenvertraege.de	- 92 37
Olaf Weddige	olaf.weddige@generationenvertraege.de	- 92 29
<b>Wissenschaftliche Hilfskräfte</b>		
Lucia Biedermann	lucia.biedermann@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14
Human Daneshvar	human.daneshvar@generationenvertraege.de	- 38 15
Andreas Flaig	andreas_fleig@gmx.de	- 92 14
Mario Gronert Álvarez	toranaga85@googlemail.com	- 92 14
Laura Ibelshäuser	laura.ibelshaeuser@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14
Arne Leifels	arsen@aol.com	- 92 14
Christoph Müller	dos-peilos@gmx.de	- 92 14
Wolf von Rotberg	wolf.rotberg@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14
Emanuel Weiss	emanuel.weiss@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14

### 3 Finanzielle Ausstattung

Im Durchschnitt der vergangenen Jahre wurden das Forschungszentrum Generationenverträge und das Institut für Finanzwissenschaft I zu etwa zwei Dritteln aus Haushaltsmitteln des Landes und der Universität getragen und zu etwa einem Drittel durch externe Geldgeber.

Seit dem Berichtsjahr 2005/2006 hat sich der Drittmittelanteil auf etwa zwei Fünftel erhöht. Diese Zunahme ist einerseits auf eine positive Entwicklung bei der Akquisition von Projekten im Auftrag externer Geldgeber zurückzuführen. Zum anderen trägt im Berichtsjahr 2006/2007 auch der in 2005 ins Leben gerufene *Verein des Forschungszentrums Generationenverträge e.V.* erstmals zur Finanzierung der laufenden Kosten des Forschungszentrums bei. Der *Verein des Forschungszentrums Generationenverträge e.V.* ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Mitgliedsbeiträge dazu verwendet werden, um gezielt Projekte des Forschungszentrums Generationenverträge zu stützen und zu fördern.

Die nachfolgenden Übersichten bieten einen Überblick über die finanzielle Ausstattung des Forschungszentrums Generationenverträge und des Instituts für Finanzwissenschaft I im laufenden sowie einen Ausblick auf das kommende Berichtsjahr:

<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2006</b>		<b>743.502,- €</b>
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>467.200,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>1)</sup>		
1 Planstelle C4	ca. 95.000,- €	
1 Planstelle BAT Vlb/Vlla inkl. Sozialabgaben	ca. 34.000,- €	
2 Planstellen BAT Ila inkl. Sozialabgaben	ca. 118.000,- €	
Wissenschaftliche Hilfskräfte inkl. Sozialabgaben	13.033,- €	
1.1.2 Sachmittel	5.461,- €	
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>201.706,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>1)</sup>		
2,5 Planstellen BAT Ila inkl. Sozialabgaben	ca. 147.200,- €	
Wissenschaftliche Hilfskräfte inkl. Sozialabgaben	29.967,- €	
1.2.2 Sachmittel	24.539,- €	
<b>2. Drittmittel</b>		<b>276.302,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>	<b>Drittmittelzufluss</b>	
2005	2006	
176.634,- €	154.609,- €	276.302,- €

<sup>1)</sup>Die angegebenen Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2006.

<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2007</b>		<b>824.619,- €</b>
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>467.200,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>1)</sup>		
1 Planstelle C4	ca. 95.000,- €	
1 Planstelle BAT Vlb/Vlla incl. Sozialabgaben	ca. 34.000,- €	
2 Planstellen BAT Ila incl. Sozialabgaben	ca. 118.000,- €	
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben	13.033,- €	
1.1.2 Sachmittel	5.461,- €	
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>201.706,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>1)</sup>		
2,5 Planstelle BAT Ila incl. Sozialabgaben	ca. 147.500,- €	
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben	29.967,- €	
1.2.2 Sachmittel	24.539,- €	
<b>2. Drittmittel</b>		<b>357.419,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>	<b>Drittmittelzufluss <sup>2)</sup></b>	
2006	2007 <sup>2)</sup>	
154.609,- €	170.800,- €	357.419,- €

<sup>1)</sup> Die angegebenen Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2007.

<sup>2)</sup> Stand: Juli 2007.

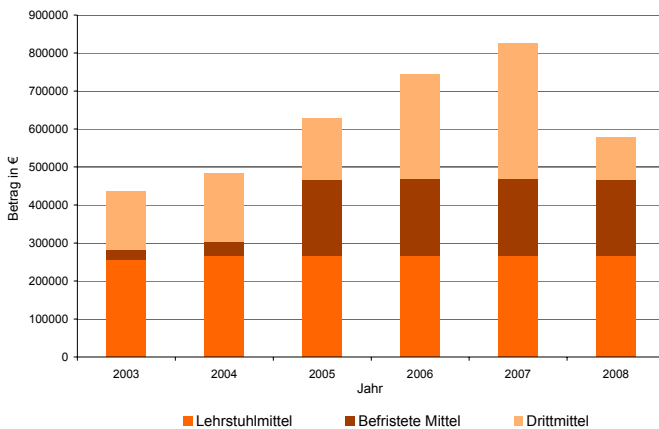
<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2008</b>		579.669,- €
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>467.200,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>1)</sup>		
1 Planstelle C4		ca. 95.000,- €
1 Planstelle BAT VIb/VIIa incl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT IIa incl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		13.033,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>201.706,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>1)</sup>		
2,5 Planstelle BAT IIa incl. Sozialabgaben		ca. 147.500,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		29.967,- €
1.2.2 Sachmittel		24.539,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>112.469,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>	<b>Drittmittelzufluss <sup>2)</sup></b>	
	2007 <sup>2)</sup>	170.800,- €
	2008 <sup>2)</sup>	153.600,- €
		112.469,- €

<sup>1)</sup> Die angegebenen Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2007

<sup>2)</sup> Stand: Juli 2007.

In kondensierter Form bieten die nachfolgenden Abbildungen nochmals einen grafischen Überblick über die Entwicklung der finanziellen Gesamtausstattung im Zeitablauf sowie die jeweiligen Anteile öffentlicher Mittel bzw. Drittmittel an der Finanzierung des Forschungszentrums und des Instituts für Finanzwissenschaft I:

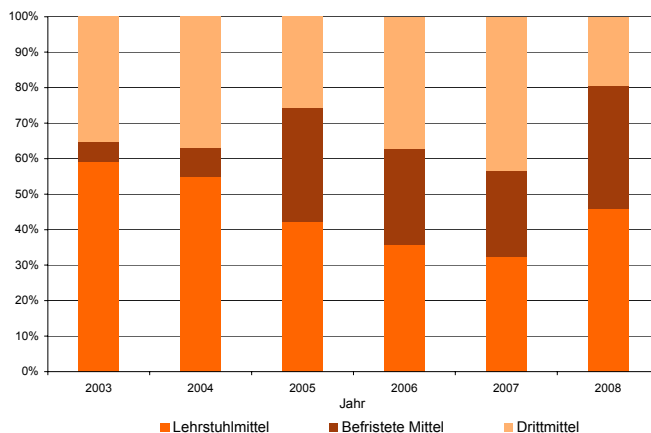
Abbildung 1: Finanzielle Gesamtausstattung



Wie anhand der Übersicht und den Abbildungen ersichtlich, hat sich der Drittmittelzufluss und –anteil seit 2003 stetig erhöht. Die einzige Ausnahme von dieser Entwicklung bildet das Jahr 2005, in welchem der Zufluss an Drittmitteln aufgrund eines verspäteten Zahlungseingangs im Vergleich zu 2004 leicht geringer ausfiel. Da außerdem das Land und die Universität in 2005 zusätzliche Mittel bereitstellten, reduzierte sich der Drittmittelanteil entsprechend auf unter dreißig Prozent. Im Gegensatz zu 2005 konnte der Drittmittelzufluss in 2006 und 2007 allerdings wieder deutlich erhöht werden. Während die Erhöhung des Drittmittelzuflusses in 2006 zum

Teil auf einen verspäteten Zahlungseingang zurückzuführen und eigentlich dem Jahr 2005 zuzurechnen ist, übertraf insbesondere das akquirierte Drittmittelvolumen im Berichtsjahr 2007 die Erwartungen deutlich. Damit hat sich der Drittmittelanteil im Vergleich zu den Vorjahren deutlich erhöht. Zieht man den Durchschnitt der Jahre 2006 und 2007 heran, so hat sich das Forschungszentrum Generationenverträge im Berichtszeitraum zu etwa vierzig Prozent aus Mitteln von Dritten und zu etwa sechzig Prozent aus öffentlichen Mitteln finanziert.

Abbildung 2: Anteile an der finanziellen Gesamtausstattung



Schließlich ist der vergleichsweise geringe Zufluss an Drittmitteln im Jahr 2008 darauf zurückzuführen, dass dieser nur die mittelfristigen Projekte abdeckt, bei denen bereits heute entsprechende Zahlungseingänge vereinbart sind. In seiner Höhe entspricht dieser Betrag aber in etwa dem im Jahresbericht 2005/06 veranschlagten Betrag für das

Jahr 2007. Insofern ist davon auszugehen, dass der Drittmittelanteil der vergangenen Jahre auch im kommenden Jahr erreicht wird.



## 4 Lehre

Neben der Forschung sind das Forschungszentrum Generationenverträge und das Institut für Finanzwissenschaft I durch die Anbindung an die Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg auch in die laufende Lehre eingebunden. Aufgrund der anwendungsorientierten Forschungstätigkeit, der Medienpräsenz sowie der politischen und gesellschaftlichen Beratertätigkeit ist das Institut für Finanzwissenschaft I in der Lage, eine wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Ausbildung in der Finanzwissenschaft, dem Gebiet der sozialen Sicherung und der finanzwissenschaftlichen Steuerlehre als Teil des Diplomstudiengangs Volkswirtschaftslehre zu gewährleisten. Darüber hinaus wird das Lehrangebot des Instituts für Finanzwissenschaft I auch von Studenten anderer Fakultäten bzw. Studiengänge genutzt, die das Fach Finanzwissenschaft als Nebenfach belegen. Nicht zuletzt findet die Stellung des Instituts für Finanzwissenschaft I neben dem Angebot an Lehrveranstaltungen auch in den zahlreichen Anfragen zur Anfertigung einer Diplomarbeit seitens der Studierenden ihren Ausdruck, denen in der Vergangenheit stets entsprochen werden konnte.

Die nachfolgenden Abschnitte bieten einen Überblick über die im abgelaufenen Berichtsjahr angebotenen Lehrveranstaltungen sowie eine Übersicht über die in diesem Zeitraum betreuten und abgeschlossenen Diplomarbeiten.

## 4.1 Lehrveranstaltungen

### Sommersemester 2007

**Finanzwissenschaft I** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Christian Hagist, Olaf Weddige)

**Finanzwissenschaftliche Steuerlehre** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Tobias Hackmann, Dr. Jasmin Häcker, Jörg Schoder)

**Finanzwissenschaftliches Blockseminar mit Schwerpunkt Sozialpolitik**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Dr. Oliver Ehrentraut, Matthias Heidler, Pascal Krimmer)

**Dynamische Fiskalpolitik** (Workshop mit begleitenden Computerübungen)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Emily Phuong Dang, Stefan Moog)

**2. Deutsch-Norwegischer Workshop zur Dynamischen Fiskalpolitik**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Emily Dang, Dr. Jasmin Häcker)

**Doktorandenseminar**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen)

### Wintersemester 2006/07 (Forschungssemester)

**1. Deutsch-Norwegischer Workshop zur Dynamischen Fiskalpolitik**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Emily Dang, Stefan Moog)

**Doktorandenseminar**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen)

## 4.2 Diplomarbeiten

2007

### **Nevena Eble**

*Erbschaftsbesteuerung in einer alternden Gesellschaft - Reformbedarf und Reformvorschläge in Deutschland*

### **Friedrich Fichtner**

*Steuerfinanzierte Sozialsysteme im demografischen Wandel - Eine Fallstudie Norwegens und des Vereinigten Königreichs anhand der Methode der Generationenbilanzierung*

### **Tobias Hackmann**

*Demenzkranke in der Pflegeversicherung: Zwischen Begünstigung und Diskriminierung gegenüber durchschnittlichen Pflegefällen*

### **Klaus Kaier**

*Antibiotika und die Kosten des Vergessens: Gesundheitsökonomische Betrachtungsweisen der volkswirtschaftlichen Konsequenzen antimikrobieller Resistenz*

### **Andreas Peter**

*Rationale Bildungsverweigerung? Bildungsentscheidungen im Kontext moderner Sozialstaaten*  
2006

### **Pawel Brocki**

*Die Personalkosten im öffentlichen Dienst: Analysen und Ergebnisse zur Wirtschaftlichkeit von Beamten und Angestellten*

### **Markus Haas**

*Die Entwicklung von Pflegeleistungen im Ländervergleich*

### **Petra Futterknecht**

*Die Inanspruchnahme von Pflegeleistungen: Bestandsaufnahme und Ausblick*

## 5 Forschung

Die Ausrichtung der Forschungstätigkeit orientiert sich stets am übergreifenden Ziel des Forschungszentrums Generationenverträge, nämlich der umfassenden Analyse von Reformkonzeptionen zur sozialen Sicherung in Deutschland.

Die folgende Auflistung bietet einen Überblick über die durch Publikationen unterlegten Forschungsschwerpunkte des Forschungszentrums Generationenverträge:

- Fiskalische Nachhaltigkeit
- Alterssicherung
- Demografie und Arbeitsmarkt
- Föderalismus
- Gesundheitspolitik
- Immobilien- und Kapitalmärkte
- Pflege
- Steuerpolitik

Im Bereich der fiskalischen Nachhaltigkeit wird die Methodik der Generationenbilanzierung fortlaufend aktualisiert und weiterentwickelt. Die anwendungsorientierte Forschungstätigkeit in den thematischen Schwerpunkten konzentriert sich momentan auf die Alterssicherung, die Gesundheitspolitik und die Pflege.

Im Einzelnen bieten die nachfolgenden Abschnitte einen thematisch geordneten Überblick über die Forschungsaktivitäten des Forschungszentrums Generationenverträge in den Jahren 2006 und 2007. Diese lassen sich in vier Kategorien einteilen:

- Dissertationen
- konkrete Forschungsvorhaben
- Gutachten
- sonstige Projekte.

Dissertationen sind der Ausdruck der gesamten Forschungstätigkeit eines einzelnen Mitarbeiters im Laufe seiner Zugehörigkeit zum Forschungszentrum Generationenverträge und stellen in der Regel das Ergebnis mehrerer Forschungsvorhaben dar. In diesem Sinne können die zumeist kurz- bis mittelfristig angelegten konkreten Forschungsvorhaben als Etappen auf dem Weg zum Abschluss eines Dissertationsvorhabens betrachtet werden. Neben der originären Forschungstätigkeit hat sich das Forschungszentrum Generationenverträge das Ziel gesetzt, den andauernden Reformprozess im Bereich der sozialen Sicherung politikberatend mit jeweils aktuellen Analysen der durch Politik, Wirtschaft und Verbände in die Reformdebatte eingebrachten Reformvorschläge zu begleiten. Zu diesem Zweck fertigt das Forschungszentrum Generationenverträge im Rahmen seiner Gutachtertätigkeit zumeist kurzfristig angelegte Studien für die genannte Zielgruppe an, in denen die vom jeweiligen Auftraggeber favorisierten Reformansätze bzw. erarbeiteten Reformkonzepte im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der sozialen

Sicherungssysteme untersucht werden. Darüber hinaus wird die unabhängige, wissenschaftliche Expertise des Forschungszentrums Generationenverträge von externen Auftraggebern auch bei kleineren Projekten in Anspruch genommen. Diese kleineren Projekte werden unter der Kategorie sonstige Projekte gebündelt.

Neben einer kurzen Erläuterung der Fragestellung, Ziele und Ergebnisse, gibt der nachfolgende Überblick auch Auskunft über den oder die bearbeitenden Mitarbeiter sowie über die Finanzierung bzw. den Auftraggeber eines Projekts.

## 5.1 Dissertationen

2007

**Jasmin Häcker**

*Die Soziale Pflegeversicherung: Eine Generationenbilanz*

Als im Jahr 1995 die Soziale Pflegeversicherung (SPV) nach langwieriger Diskussion als fünfter Sozialversicherungszweig zur Absicherung des Risikos der Pflegebedürftigkeit eingeführt wurde, schienen alle bis zu diesem Zeitpunkt bestehenden sozial- und finanzpolitischen Probleme, die sich aus der Regelsicherung bei Pflegebedürftigkeit innerhalb der Sozialhilfe ergaben, auf einen Schlag gelöst. Durch die Einführung einer neuen Finanzierungsinstanz „SPV“ sowie deren Ausgestaltung als Umlageverfahren konnte die sofortige Versorgung der Bestandsfälle und der risikonahen Fälle sichergestellt werden. Dass damit das Finanzierungsproblem aber nur auf eine sehr unbefriedigende Weise gelöst wurde, hätte allen Beteiligten angesichts der zum Zeitpunkt der Systemimplementierung hinlänglich bekannten demografischen Entwicklung klar sein müssen: Die demografische Entwicklung schlägt sich zunehmend (negativ) in der Finanzierung nieder. Die gegenwärtig schon vorliegenden (nicht demografiebedingten) Finanzierungsprobleme der SPV, die bereits zu einem fast vollständigen Verzehr ihrer Demografiereserve geführt haben, werden sich noch um ein Vielfaches verschärfen.

Die Quantifizierung der langfristigen finanziellen Schieflage der SPV im Status quo ist zentraler Untersuchungsgegenstand der Arbeit. Unter Anwendung der Methode der Generationenbilanzierung werden die Nachhaltigkeitskonsequenzen sowie die intergenerativen Verteilungswirkungen analysiert, die maßgeblich dem demografischen Wandel zuzuschreiben sind. Zudem findet das Konzept der internen Rendite, ebenfalls ein Maß der intergenerativen Umverteilung, Anwendung.

Neben der reinen demografischen Komponente existieren weitere Faktoren, die Erhöhungen in den Pflegeausgaben hervorrufen. Gegenstand der Dissertation ist es ferner, diese Determinanten zu spezifizieren und ihre Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der SPV zu analysieren. Konkret werden dabei Veränderungen in der Inanspruchnahme von Pflegeleistungen betrachtet, die durch einen - seinerseits ebenfalls, wenn auch indirekt demografiebedingten - Rückgang im familiären Pflegepotential ausgelöst werden. Hiermit verbunden ist die verstärkte Inanspruchnahme professioneller Leistungen, was für die SPV in der gegenwärtigen Systemausgestaltung die Substitution „günstiger“ häuslicher Pflege durch „teure“ professionelle ambulante oder stationäre Pflege bedeutet. Des weiteren wird untersucht, welche Ausgabensteigerungen mit einer breiteren Fassung des Pflegebegriffs und den damit intendierten Leistungsausweitungen verbunden sind. So wird der SPV momentan die mangelnde Berücksichtigung Demenzkranker bei der Gewährung von Pflegeleistungen vorgeworfen, was in den vergangenen Jahren bereits ansatzweise zu



beheben versucht wurde und nun endgültig behoben werden soll. Ferner wird quantifiziert, welcher Dynamisierung der Leistungen es bedarf, um in der SPV einen Realwerterhalt der Versicherungsleistungen zu gewährleisten. Bedingt durch die Tatsache, dass der Pflegesektor der sogenannten „Kostenkrankheit“ personalintensiver Dienstleistungen unterliegt und damit überproportionalen Preisanstiegen ausgesetzt ist, ist eine Leistungsdynamisierung notwendig, die über dem allgemeinen Produktivitätsfortschritt liegt. Die Dynamisierungsrate wird anhand von Daten der HzP ermittelt und ermöglicht eine Aussage darüber, welche Konsequenzen die Realisierung einer kaufkraftstabilisierende Leistungsindexierung für die Ausgabenentwicklung der SPV hat.

Schließlich werden die unterschiedlichen gegenwärtig in der Diskussion stehenden Reformkonzepte der SPV im Hinblick auf die Neugestaltung der Einnahmenseite und ihres jeweils zugrundegelegten Finanzierungsverfahrens analysiert. Im Mittelpunkt der Betrachtung stehen dabei die jeweils induzierten intergenerativen Verteilungswirkungen. Hierbei wird der Frage nachgegangen, inwiefern es dem jeweiligen Reformvorschlag gelingt, die impliziten intergenerativen Transfers und damit die intergenerative Umverteilung zu begrenzen.

## **Pascal Krimmer**

### *Demographie, Erwerbsbeteiligung, Steuerreform und Steueraufkommen – Langfristige Wirkungen von Steuerreformen*

So alt wie das Steuersystem selbst ist die Frage, wie es denn gerechter und einfacher gestaltet werden könnte. Aus Sicht der zuständigen Finanzminister spielt die öffentliche Diskussion um Einfachheit und Gerechtigkeit hingegen nur eine teils mehr, teils weniger wichtige politische Rolle. Weitaus bedeutender als die öffentliche Gerechtigkeitsdiskussion ist für den jeweils zuständigen Finanzminister die fiskalische Ergiebigkeit eines Steuersystems. Insofern werden Steuerreformvorschläge seitens der Finanzminister zumeist mit Ablehnung beschieden, da sie in aller Regel mit kurzfristigen Steuerausfällen verbunden sind. Diese Sichtweise vernachlässigt jedoch, dass kurzfristige Steuereinbrüche mittelfristig kompensiert und langfristig sogar mehr als aufgeholt werden können.

Insbesondere in der langen Frist wird das Aufkommen einzelner Steuern und damit die strukturelle Zusammensetzung der Steuereinnahmen entscheidend vom demografischen Alterungsprozess mitbestimmt. Ältere Menschen zahlen nicht nur keine Beiträge zu den sozialen Sicherungssystemen, sie tragen auch deutlich geringer zum Aufkommen der Einkommensteuer bei. Mehr noch, durch die zum Teil schon beschlossenen Reformen der sozialen Sicherungssysteme kommt es zu Rückwirkungen, indem gezielt versucht wird, zur Entlastung der Sozialkassen die Erwerbsbeteiligung von älteren Arbeitnehmern und Frauen zu erhöhen. Diese

Zweitrundeneffekte haben allerdings auch Auswirkungen auf die langfristige Steueraufkommensentwicklung.

Die Quantifizierung der kurz-, mittel- und langfristigen Aufkommensentwicklung der deutschen Einkommensteuer vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung sowohl für den Status Quo als auch für die in jüngster Zeit diskutierten Steuerreformvorschläge ist zentraler Untersuchungsgegenstand der Arbeit. Unter Anwendung eines Mikrosimulationsmodells werden die kurzfristigen Aufkommens- und intragenerativen Verteilungswirkungen erfasst. Zur Abschätzung der langfristigen Aufkommens- und intergenerativen Verteilungswirkungen wird hingegen die Methode der Generationenbilanzierung angewandt.

Den Ausgangspunkt der Arbeit bildet eine Untersuchung der möglichen Konsequenzen des demografischen Wandels für die Entwicklung der Erwerbsbevölkerung. Als Grundlage für die spätere Analyse wird dabei anhand der 10. koordinierten Bevölkerungsprojektion des Statistischen Bundesamts sowie Mikrozensusdaten und Schätzungen des Ifo-Instituts die zukünftige Entwicklung der Erwerbsbevölkerung quantifiziert. Daran anknüpfend werden die der Arbeit zugrundeliegenden Methoden, d.h. das Mikrosimulationsmodell und die Generationenbilanzierung, beschrieben sowie die für die Zielsetzung der Arbeit notwendigen methodischen Modifikationen dargestellt.

Nach diesen methodischen Grundlagen wird zunächst das deutsche Steuersystem in seinen groben Grundzügen mit Schwerpunkt auf die

Einkommensbesteuerung skizziert. Hieran knüpft eine Beschreibung der später zu untersuchenden Ansätze zur Reform der Einkommensbesteuerung. Die Arbeit konzentriert sich dabei auf die Herausarbeitung der wesentlichen Unterschiede hinsichtlich der jeweils zugrundeliegenden Besteuerungsprinzipien.

Im letzten Teil der Arbeit werden dann zunächst anhand des Mikrosimulationsmodells die kurzfristigen fiskalischen und verteilungspolitischen Auswirkungen der einzelnen Reformvorschläge im Vergleich zum gesetzlichen Status Quo dargestellt. Die Ergebnisse der Mikrosimulation bilden dann die Grundlage für die mittels der Generationenbilanzierung durchgeführte Analyse der fiskalischen Auswirkungen der Steuerreformvorschläge in der langen Frist.

## 5.2 Konkrete Forschungsvorhaben

### 5.2.1 Fiskalische Nachhaltigkeit

Laufende Forschungsvorhaben

**Oliver Ehrentraut und Christian Hagist**

*Demografie und Kommunalfinanzen – Eine Fallstudie anhand der Generationenbilanz Freiburgs.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Generationenbilanzen für die gesamtstaatliche Ebene, für einzelne Bundesländer oder für die Zweige der Sozialversicherungen sind mittlerweile ausgereifte und anerkannte Messinstrumente, um sowohl die langfristigen fiskalischen Auswirkungen der aktuellen Gesetzgebung als auch die Wirkung unterschiedlicher Reformoptionen aufzeigen zu können. Auf kommunaler Ebene sind derartige Nachhaltigkeitsstudien bislang nicht durchgeführt worden. Das Projekt stellt daher einen Pilotversuch dar, die bestehende Methodik auf die unterste Ebene der Gebietskörperschaften zu übertragen, und so Aussagen über die langfristige Stabilität eines Gemeindehaushalts zu treffen.

**Oliver Ehrentraut, Tobias Hackmann und Christian Hagist**

*Tragfähigkeitsbericht: Das aktuelle Update der Generationenbilanz.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Das Forschungszentrum Generationenverträge aktualisiert jedes Jahr die Ergebnisse der Generationenbilanz und stellt diese in Zusammenarbeit mit der Stiftung Marktwirtschaft der Öffentlichkeit vor. Im Zuge dieses Updates soll im laufenden Jahr auch der Programmcode der Generationenbilanzierung umfassend überarbeitet werden, damit in Zukunft leichter eine Vielzahl von Nachhaltigkeitsindikatoren ausgewiesen werden kann. Hier gilt es besonders die Ergebnisse von Benz und Fetzner (2006) zu integrieren, welche gezeigt haben, dass bspw. Nachhaltigkeitsindikatoren der OECD-Methode auch mit Hilfe der Generationenbilanz berechnet werden können.

**Christian Hagist**

*Generationenbilanzierung unter stochastischen Bevölkerungsprojektionen.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Ein oft genannter Kritikpunkt an der Generationenbilanzierung ist, dass diese sich auf deterministische Daten stützt und dabei Aussagen über eine unsichere Zukunft trifft was aber gerade für eine stochastische Grundlage spricht. Erstmals angegangen wurde dieser Kritikpunkt von Alho und Vanne (2005). Auf Grundlage des Programms zur Generationenbilanzierung des Forschungszentrums Generationenverträge soll erstmals eine solche Analyse für die

deutsche Generationenbilanz gemacht werden und somit die Güte der Nachhaltigkeitsindikatoren um einen weiteren Punkt ergänzt werden.

### **Stefan Moog**

*Entwicklung eines Simulationsmodells zur Analyse der makroökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Im Rahmen des Forschungsprojekts wird in Kooperation mit Prof. Dr. Josef Honerkamp und seinen Mitarbeitern vom Freiburger Zentrum für Datenanalyse und Modellbildung (FDM) ein Simulationsmodell vom Typ der numerischen, allgemeinen Gleichgewichtsmodelle zur Analyse der makroökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels entwickelt sowie die zur numerischen Simulation erforderliche Software implementiert. Mittels dieses Modells können die durch Reformmaßnahmen induzierten Verhaltensänderungen und deren Rückwirkungen auf die gesamtwirtschaftlichen Größen umfassend analysiert und quantifiziert werden. Die stilisierte Einbeziehung der Generationenbilanz in das Simulationsmodell ermöglicht dabei den Abgleich mit den Ergebnissen der anwendungsorientierten Nachhaltigkeitsanalyse. Schließlich erlaubt die Einbeziehung verschiedener Einkommensklassen auch eine umfassendere Analyse der intragenerativen Verteilungswirkungen von Reformmaßnahmen.

Im ersten Projektschritt wurde zunächst ein Modellprototyp entwickelt und in den Programmiersprachen C und MatLab implementiert. Das Augenmerk lag hierbei auf einer möglichst exakten Abbildung der staatlichen Steuer-, Transfer- und Sozialversicherungssysteme, welche eine umfassende Analyse der Rückwirkungen dieser Systeme auf die Verhaltensentscheidungen der Haushalte und Unternehmen erlaubt. Im zweiten Projektschritt wurde der Modellprototyp um die Einbeziehung mehrerer Einkommensklassen erweitert, so dass auch die Verteilungswirkungen von Reformmaßnahmen analysiert werden können. Im dritten Projektschritt wurde der Modellprototyp um die Einbeziehung des demografischen Übergangs erweitert. Erst hierdurch ist es möglich, die im Status quo, als auch durch entsprechende Reformmaßnahmen induzierten volkswirtschaftlichen Auswirkungen des demografischen Wandels zu analysieren. Die ersten drei Projektschritte wurden im Sommer des Jahres 2007 abgeschlossen. Im vierten Projektschritt wird die Einbettung der Generationenbilanz in den Modellprototyp erfolgen.



## Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2007

### **Ulrich Benz und Christian Hagist**

*Auswirkungen des Konjunkturzykluses auf die Ergebnisse der Generationenbilanzierung.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

In diesem Projekt wurde die Sensitivitätsanalyse der Generationenbilanzierung neben den üblichen Zins- und Wachstumsszenarien um die Frage nach der konjunkturellen Komponente bzw. der Basisjahrabhängigkeit erweitert. Neben dem Ansatz von Fetzer (2006), welcher verschiedene Basisjahre miteinander vergleicht, wurde dazu eine Konjunkturbereinigung des Basisjahrbudgets durchgeführt. Hierzu waren umfangreiche Rechenschritte mit Zeitreihen notwendig sowie Schätzungen von Elastizitäten. Das Projekt mündete in einem Papier, welches sich gerade in der Nachbearbeitung für den Gutachterprozess der Reihe „Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik“ befindet.

## 5.2.2 Alterssicherung

Laufende Forschungsvorhaben

### **Oliver Ehrentraut**

*Auswirkungen der Entgeltumwandlung auf die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Die Sozialabgabenfreiheit der Entgeltumwandlung beeinflusst über drei Wirkungskanäle die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung: Erstens über die direkte Wirkung der Einnahmeausfälle durch die Nichtverbeitragung umgewandelter Entgelte, zweitens durch eine allgemeine Leistungskürzung für alle Versicherten über die Einbeziehung der versicherungspflichtigen Entgelte in die Rentenformel und drittens mittels einer entgeltpunktbedingte Leistungsreduktion für die Teilnehmer an Entgeltumwandlung, die durch die Nichtverbeitragung geringere Rentenansprüche erwerben. Sollte es – wie die aktuellen Diskussionen es vermuten lassen – zu einer Verlängerung der zunächst nur bis 2008 gewährten Sozialabgabenfreiheit der Entgeltumwandlung kommen, so müssen die Rückkoppelungseffekte dieser Maßnahme auf das Rentenniveau und die Rentenbeitragsentwicklung berücksichtigt werden.

**Jasmin Häcker und Matthias Heidler**

*Intergenerational Fairness During Demographic Transition*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Ausgangspunkt dieser Forschungsarbeit ist die von Raffelhüschen und Risa (1997) aufgezeigte Inkompatibilität intertemporaler Wohlfahrtsmaximierung mit Politikempfehlungen, die auf eine Angleichung der Generationenkonten abstellen. Im Rahmen eines Modells mit zwei überlappenden Generationen wird mittels der Implementierung einer Fairness-Komponente gezeigt, dass die jeweils junge Generation ein umlagefinanziertes Rentenversicherungssystem an zukünftige demographische Veränderungen anpasst. Insbesondere wird gezeigt, dass die jeweils junge Generation im Falle eines Geburtenrückgangs ihre eigene Rente kürzt und damit das Umlageverfahren ausphast. Als Folge der Rentenkürzung resultiert eine Angleichung der Generationenkonten der Eltern- und der Kindergeneration. Als Konsequenz der intergenerativen Fairness resultiert folglich die Vereinbarkeit zwischen Politikempfehlungen, die auf eine Angleichung Generationenkonten, und jenen, die auf die intertemporale Wohlfahrtsmaximierung ausgerichtet sind.

### 5.2.3 Föderalismus

Laufende Forschungsvorhaben

#### **Emily Dang**

*Zur Nachhaltigkeit der Länderhaushalte in Deutschland unter besonderer Berücksichtigung von Personalverpflichtungen und Länderfinanzausgleich.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Anknüpfend an die im Berichtsjahr 2005/06 erarbeiteten Grundlagen und Erweiterungen des Forschungsprojektes wurden neben den bisherigen Nachhaltigkeitsindikatoren weitere praxisrelevante Kennzahlen in die Analyse eingebracht. Dazu war unter anderem ein aufwändiges Datenupdate der 16 Bundesländer erforderlich, welche neben den länderspezifischen Ausgaben- und Einnahmenstrukturen auch dem bundesstaatlichen Finanzausgleich Rechnung trägt. Ferner sollte bei der Analyse auch die Gemeindeebene als eigenständige Verwaltungsebene isoliert erfasst und untersucht werden. Die separate Untersuchung der kommunalen Ebene musste jedoch aufgrund technischer Umsetzungsschwierigkeiten wieder verworfen werden. Stattdessen wird die Gemeindeebene nun bei der Nachhaltigkeitsanalyse innerhalb der Länderhaushalte berücksichtigt. Für das kommende Berichtsjahr wird das Forschungsvorhaben durch die Arbeiten der Föderalismuskommission II neue Impulse erhalten. Die Föderalismuskommission II hat zum Ziel, die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern zu modernisieren. Hierbei wird erwartet,

dass neue Einnahmekompetenzen für die Länder resultieren. Entsprechend ist mit erheblichen Änderungen der Fiskalpolitiken und Konsequenzen für die Nachhaltigkeit der Länderhaushalte zu rechnen.

#### **5.2.4 Gesundheitspolitik**

Laufende Forschungsvorhaben

##### **Christian Hagist**

*Gesundheitssicherung im internationalen Vergleich.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Aus den Projekten „Nachhaltigkeit der sozialen Gesundheitsvorsorge im demografischen Wandel - ein internationaler Vergleich“ und „Gesundheitssicherung im internationalen Vergleich“ wurden die Schnittmengen gezogen und in einer Dissertation zusammengeführt, welche sich derzeit im Gutachterprozess befindet. Die Dissertation behandelt vor allem zwei Fragestellungen: Wie wird sich der demografische Wandel in sechs ausgewählten OECD-Staaten auf die Finanzierung der öffentlichen Haushalte und insbesondere der Gesundheitssysteme auswirken. Und welche Rolle spielt dabei das Ausgabenwachstum aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts, welches über die letzten Dekaden beobachtet werden konnte.

### **Christian Hagist und Stefan Moog**

*Gesundheitssicherung, demographischer Wandel und medizinisch-technischer Fortschritt.*

Finanzierung durch Mittel der MLP AG.

Dieses Projekt knüpft an das vorangegangene nahtlos an und möchte sich vor allen den Wechselwirkungen zwischen den für den Ausgabenanstieg in der Zukunft verantwortlichen Faktoren stellen. Hierbei wird auf den Vorarbeiten von Fetzer (2005) und Hagist und Kotlikoff (2005) aufgebaut. Insbesondere der medizinisch-technische Fortschritt steht hierbei im Vordergrund. Zudem werden im Rahmen dieses Forschungsvorhabens aktuelle Reformoptionen für die gesetzliche Krankenversicherung durchleuchtet und auf ihre Wirkung hinsichtlich der Nachhaltigkeit oder bspw. der Verteilungswirkung untersucht. Hierbei soll auch das von Fetzer und Raffelhüschen (2005) erarbeitete Reformkonzept der Freiburger Agenda weiterentwickelt werden.

### **Stefan Moog**

*Wohlfahrtseffekte und makroökonomische Auswirkungen aktueller Vorschläge zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

In der jüngeren Vergangenheit wurde in der öffentlichen Debatte intensiv über die durch die „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ (Rürup-Kommission) eingebrachten Vorschläge zur Reform der Finanzierung der

gesetzlichen Krankenversicherung, die *Bürgerversicherung* und das *System pauschaler Gesundheitsprämien*, diskutiert. Während beide Reformmodelle die Überwindung der rein lohnbezogenen Erhebung der Beiträge zur GKV verfolgen und damit den Faktor Arbeit entlasten wollen, unterscheiden sie sich doch beträchtlich im Hinblick auf ihre Umverteilungswirkungen. Im System pauschaler Gesundheitsprämien wird die im gegenwärtigen System bestehende Umverteilungskomponente aus der GKV ausgelagert und durch eine steuerfinanzierte Prämiensubvention ersetzt. Hingegen beinhaltet das Bürgerversicherungsmodell eine Verbreiterung der bestehenden Umverteilungskomponente in der GKV, da zum einen alle Bevölkerungsgruppen miteinbezogen werden sollen und zum anderen auch das Kapitaleinkommen der Versicherten verbeitragt wird. Ziel des Forschungsvorhabens ist es, die volkswirtschaftlichen Auswirkungen und die Wohlfahrtseffekte dieser Vorschläge zur Reform der Finanzierung der GKV in Deutschland im Rahmen eines numerischen, allgemeinen Gleichgewichtsmodells zu untersuchen. Darüber hinaus sollen auch Vorschläge zu einer Kapitaldeckung der GKV in die Analyse einbezogen werden. Durch die explizite Einbeziehung der Lebenszyklusrisiken hinsichtlich Erwerbsbiographie und Krankheit sollen dabei insbesondere die Versicherungs- und Verteilungsaspekte alternativer Reformvorschläge untersucht werden. Schließlich soll die Einbeziehung einer endogenen Krankenversicherungsentscheidung auch eine Analyse der Auswirkungen einer Reformmaßnahme auf die Versichertenstruktur ermöglichen.

## 5.2.5 Immobilien- und Kapitalmärkte

Laufende Forschungsvorhaben

**Stefan Moog und Jörg Schoder**

*Immobilien und Ersparnisbildung in Deutschland.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Im Kontext des demografischen Wandels wird häufig die Frage nach der Entwicklung der Kapitalmarktrenditen gestellt. Diese werden entscheidend von der Entwicklung der Ersparnisbildung im Lebenszyklus abhängen. Angesichts der Tatsache, dass knapp die Hälfte des Privatvermögens entwickelter Volkswirtschaften in Wohnimmobilien besteht, wurde die Interaktion von Immobilien und Ersparnisbildung bislang (nicht nur in Deutschland) vergleichsweise wenig untersucht. Im Rahmen dieses Projekts werden zunächst die wesentlichen empirischen Fakten zum Sparverhalten der deutschen Haushalte auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erarbeitet. Mit Hilfe der EVS-Wellen 1993, 1998 und 2003 werden dabei sog. Kohorteneffekte isoliert, um ein Benchmark für die anschließend erfolgende Simulationsanalyse im Rahmen eines heterogenen Agentenmodells zu generieren. Dem numerischen Simulationsmodell liegt die Idee zu Grunde, dass aufgrund von Kreditbeschränkungen in der frühen Lebensphase vornehmlich Realvermögen gebildet wird und die Bildung von Finanzvermögen erst in der Lebensmitte erfolgt. Die für die Frage der



Kapitalmarktrenditen entscheidende Ruhestandsphase ist hingegen durch eine im Vergleich zum einfachen Lebenszyklusmodell zu geringe Dekumulation des Kapitalstocks gekennzeichnet. Als Erklärung dieses Verhaltens wird innerhalb des Modells auf Transaktionskosten abgestellt, die verhindern, dass das Realvermögen vollständig zu Konsumzwecken aufgelöst wird.

### 5.2.6 Pflege

Laufende Forschungsvorhaben

**Tobias Hackmann, Jasmin Häcker und Stefan Moog**

*Demenzranke in der Sozialen Pflegeversicherung*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

In der Bundesrepublik Deutschland leben derzeit etwa 1,1 Mio. demente Personen. Diese Zahl wird sich voraussichtlich bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln und wird nach der Bevölkerungsprognose der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (2006) auf etwa 2,6 Mio. ansteigen. Trotz des hohen Anteils von dementen Pflegefällen (ca. 45%) wird gegenüber der SPV immer wieder der Vorwurf der Diskriminierung dieser Personengruppe erhoben. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens wird der zentralen Frage nachgegangen, ob Demenzranke in der SPV gegenüber nicht-dementen Pflegefällen tatsächlich diskriminiert werden. Anhand des am 19. Juni 2007

gefundenen Kompromisses der Bundesregierung zur „Reform der nachhaltigen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“ wird überprüft, inwieweit die dort beschlossenen Leistungsausweitungen für Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz von 200 Euro pro Monat in der Lage sind, die hier aufgezeigten Probleme langfristig zu lösen.

### **Jasmin Häcker**

#### *Versicherungsmathematische Aspekte der Pflegeversicherung*

Finanzierung durch Mittel der IDEAL Lebensversicherung a.G.

Versicherungsmathematische Aspekte der Pflegeversicherung spielen insofern eine große Rolle bei der Absicherung der Pflegebedürftigkeit, als angesichts der momentan vorliegenden und zukünftig zu erwartenden fiskalischen Situation der sozialen Pflegeversicherung (SPV) sich entweder eine Teilkapitalisierungslösung einstellt, oder aber die SPV bleibt in ihrer jetzigen Finanzierungsform erhalten, muss dann in ihrem Leistungskatalog allerdings stark zurückgefahren werden, so dass eine private freiwillige Zusatzabsicherung unumgänglich wird. Unabhängig davon, welcher Fall eintreten wird, wird der kapitalgedeckten Absicherungsform zunehmende Bedeutung beizumessen sein. Um diese Finanzierungsform auf ein sicheres Fundament zu stellen, ist die Berücksichtigung der bislang wenig erforschten, speziellen „pflegeversicherungsmathematischen“ Aspekte bei der Prämienkalkulation entscheidend. So ist unter anderem die Bestimmung der kostentreibenden Faktoren bei der

Pflegeabsicherung sowie dessen finanziellen Auswirkungen ein Schwerpunkt im Rahmen dieses Forschungsprojekts.

## 5.3 Gutachten

### 5.3.1 Fiskalische Nachhaltigkeit

Laufende Gutachten

#### **Stefan Moog**

*Zur Nachhaltigkeit der liechtensteinischen Fiskal- und Sozialpolitik: eine Generationenbilanz*

Im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein.

Das Fürstentum Liechtenstein stellt im europäischen Vergleich eine bemerkenswerte Ausnahme dar. Während die staatlichen Haushalte andernorts mit Budgetdefiziten und einer Stabilisierung der öffentlichen Verschuldung zu kämpfen haben, hat allein der Landeshaushalt in Liechtenstein seit 1974 fast durchweg einen Budgetüberschuss ausgewiesen. Entsprechend dieser günstigen Entwicklung hat das Land in der Vergangenheit ein Vermögen im Umfang von 39 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in 2005 akkumuliert. Gleichermaßen verfügen auch die Haushalte der Gemeinden und insbesondere der obligatorischen Zweige des Systems der sozialen Sicherung über teils beträchtliche Vermögensreserven.

Allerdings bilden traditionelle Indikatoren der Fiskalpolitik, wie das Budgetdefizit und der Schulden- bzw. Vermögenstand, nur die fiskalischen Entwicklungen der Gegenwart und der Vergangenheit ab.

Insofern sind diese Indikatoren für eine Analyse der langfristigen Tragfähigkeit der gegenwärtigen Fiskalpolitik völlig unzureichend. Dies gilt umso mehr, als durch die zukünftige demografische Entwicklung die Zusammensetzung der staatlichen Budgets in der Zukunft massiven Veränderungen unterworfen sein wird.

Im Rahmen der Studie wird erstmals eine Generationenbilanz für das Fürstentum Liechtenstein erstellt, um international vergleichbare Ergebnisse und Antworten zur Frage der Nachhaltigkeit der liechtensteinischen Fiskal- und Sozialpolitik zu schaffen. Dabei ist aufgrund der Erkenntnisse aus anderen Ländern davon auszugehen, dass auch im Fürstentum Liechtenstein die Nachhaltigkeit der Fiskal- und Sozialpolitik insbesondere durch die umlagefinanzierten Sozialversicherungszweige, also Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung und obligatorische Krankenpflegeversicherung, in Frage gestellt wird. In einem zweiten Teil werden deshalb die Konsequenzen der demografischen Entwicklung für diese beiden Zweige des sozialen Netzes näher beleuchtet. In einem dritten Teil werden schließlich die Auswirkungen alternativer Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung und zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen auf die Ergebnisse der Generationenbilanzierung näher beleuchtet.

## 5.3.2 Alterssicherung

Laufende Gutachten

**Oliver Ehrentraut**

*Versorgungsmentalität in Deutschland*

Im Auftrag der neue leben Lebensversicherung AG.

Ziel des Projekts „Versorgungsmentalität in Deutschland“ ist es, zum einen über die künftige Leistungsfähigkeit der GRV zu informieren und zum anderen Wege für eine adäquate ersetzende (und ergänzende) Altersvorsorge aufzuzeigen. Die ersten Teile der Studie sollen zunächst den Markt beschreiben und die Zielgruppe definieren und charakterisieren. Im weiteren Verlauf soll gezeigt werden, welche Spar- bzw. Fördersummen im Bereich der geförderten Alterssicherung bewegt werden und welche Chancen eine konsequente Ausnutzung der staatlichen Förderung bietet. Der abschließende Teil der Untersuchung widmet sich dann der Frage, welchen Beitrag Finanzdienstleister zur Erreichung der vom Gesetzgeber angestrebten Ziele (flächendeckende Versorgung der Bevölkerung, hohe Teilnahmequoten an geförderter Alterssicherung etc.) leisten können bzw. müssen.

**Oliver Ehrentraut und Olaf Weddige**

*Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Auflösung von Pensionsrückstellungen*

Im Auftrag der HDI-Gerling Pensionsmanagement AG.

Der letzte Teilschritt des laufenden Projekts soll die Frage untersuchen, für welche Unternehmen(ssituationen) eine betriebliche Altersversorgung über die mittels Betriebsvermögen innenfinanzierte Direktzusage im Vergleich zu einer extern finanzierten Lösung (CTA, Pensionsfonds oder versicherungsbasiert) sinnvoll erscheint, und Analogien aus der Fragestellung ableiten, wie bei der gesetzlichen Rentenversicherung das Verhältnis von Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren optimal gestaltet werden kann.

**Matthias Heidler und Olaf Weddige**

*Compiling euro area figures for pension obligations of government employer pension schemes and social security pension funds (Berechnung der Renten- und Pensionsverpflichtungen ausgewählter Staaten der EU)*

Im Auftrag der Europäischen Zentralbank (EZB).

In den meisten westlichen Industrienationen setzt der demografische Wandel die jeweiligen Rentensysteme unter Reformdruck. Um die Situation der staatlichen Rentensysteme in unterschiedlichen Ländern der EU besser vergleichen zu können, werden im Rahmen dieser Studie für zehn ausgewählte Staaten der EU (Deutschland, Spanien, Frankreich, Italien, Niederlande, Tschechische Republik, Ungarn, Polen, Schweden und das Vereinigte Königreich) die Verpflichtungen berechnet, die sich aus den zukünftigen staatlichen Renten- und

Pensionszahlungen ergeben. Dabei wird auf das Konzept der so genannten Accrued-to-Date Liabilities zurückgegriffen, bei dem lediglich jene Renten- und Pensionsansprüche berücksichtigt werden, welche bis zum Basisjahr verdient wurden. Zukünftige Beiträge werden in die Berechnung nicht einbezogen.

Zur Berechnung dieser staatlichen Verpflichtungen werden umfangreiche Datensätze zur Anzahl und Struktur der Versicherten sowie der Rentner und Pensionäre, deren Überlebenswahrscheinlichkeiten und deren alters- und geschlechtsspezifischer Beitragszahlungen bzw. empfangener Leistungen benötigt. Liegen diese Daten vor, so können mittels des Instruments der Generationenbilanzierung, welches speziell für dieses Projekt modifiziert wurde, die Accrued-to-Date Liabilities ermittelt werden. Die Ergebnisse werden zum Projektabschluss mit Renten-Experten der Weltbank diskutiert und im Anschluss dem Auftraggeber präsentiert.



### 5.3.3 Pflege

Laufende Gutachten

**Jasmin Häcker**

*Interne Renditen, Leistungsniveau und Versorgungslücken in der SPV*

Im Auftrag der DIA.

Neben dem Aufzeigen von Trends und Perspektiven in der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) ist es Ziel dieses Gutachtens, unter Verwendung des Konzeptes der internen Renditen aufzuzeigen, inwiefern und in welchem Ausmaß es durch den steigenden Beitragssatz der SPV zu intergenerativer Umverteilung kommt.

Ein weiterer Hauptteil des Gutachtens ist es, den Absicherungsbedarf der Versicherten unter der Annahme zu berechnen, dass die heutigen Beitragssätze konstant bleiben. Die Einfrierung des Beitragssatzes wäre ein Paradigmenwechsel für die SPV. Das Leistungsniveau würde – bei konstanten Beitragssätzen und steigendem Pflegequotienten – zwangsläufig gekürzt, d.h. die Pflegeleistungen nähmen im Verhältnis zum Einkommen der Erwerbstätigen deutlich ab. Dabei hängt das Ausmaß der Niveauabsenkung aber auch stark von der unterstellten Dynamisierung der Pflegeleistungen ab. Pflegeleistungen steigen mehr als das allgemeine Preisniveau, weil arbeitsintensive Bereiche, wie der Pflegesektor, nicht rationalisiert und verbilligt werden können. Deshalb berücksichtigt diese Studie neben einer Dynamisierung mit der zukünftigen Lohnentwicklung ein

realistischeres Szenario mit einer höheren Dynamisierung. Darauf basierend werden zunächst die Versorgungslücken als Verhältnis aus den dynamisierten heutigen Pflegeleistungen zu den sich bei Annahme eines konstanten Beitragssatzes ergebenden Leistungen berechnet. Abschließend wird der Sparbedarf, der für die Schließung der Versorgungslücke notwendig ist, ermittelt. Der Sparbedarf wird als Prämienzahlung im Rahmen einer kapitalgedeckten Pflegerversicherung mit Altersrückstellungen berechnet.

## 5.4 Sonstige Projekte

### 5.4.1 Alterssicherung

Laufende Sonstige Projekte

#### **Oliver Ehrentraut und Olaf Weddige**

*bAV-Barometer 2007/2008*

In Zusammenarbeit mit Towers Perrin Tillinghast und Rauser Towers Perrin.

Das Kompendium bAV-Barometer 2007/2008 ist ein Gemeinschaftsprojekt der Unternehmensberatungen Rauser Towers Perrin und Towers Perrin Tillinghast mit dem Forschungszentrum Generationenverträge. Das bAV-Barometer liefert regelmäßig einen Überblick über die aktuellen Diskussionen zur bAV in Deutschland und fasst die vorherrschenden Meinungen und Standpunkte der beteiligten Akteure aus Politik, Wissenschaft und Praxis sowie von Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertretern zusammen. Dazu werden sowohl empirische Daten erhoben und ausgewertet als auch Interviews mit namhaften Persönlichkeiten aus dem bAV-Markt geführt. Das bAV-Barometer 2007/2008 erscheint voraussichtlich im Frühjahr 2008.

## 5.4.2 Pflege

Abgeschlossene Sonstige Projekte

2007

**Jasmin Häcker**

*Kosten der Verzögerung einer Reform der Sozialen Pflegeversicherung*

Im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Die Berechnung der Kosten, die durch das Verschieben einer Reform der Sozialen Pflegeversicherung (SPV) entstehen und in der Konsequenz auch zu einer Verteuerung der Reform der SPV führen, kann anhand eines Vergleichs der Nachhaltigkeitslücken durchgeführt werden. Dieser Vergleich erlaubt eine Aussage darüber, welche Mehrkosten dadurch entstehen, dass die bestehende Pflegepolitik unter dem aktuell geltenden Beitragssatz von 1,7% und dem heutigen Leistungsniveau fortgeführt wird und in der Folge die impliziten Verpflichtungen zunehmen und damit auch die Verschuldung der SPV steigt.

### 5.4.3 Steuerpolitik

#### Abgeschlossene Sonstige Projekte

2007

#### **Stefan Moog**

*Der Merkelrechner*

Im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft.

Zum Anfang des Jahres 2007 sind zahlreiche fiskalpolitische Änderungen in Kraft getreten, die insgesamt eine Mehrbelastung der privaten Haushalte im Jahr 2007 in Höhe von 14,5 Mrd. Euro zur Folge haben. In welchem Umfang ein spezifischer Haushalt dabei im Einzelfall belastet wird lässt sich hingegen nicht exakt beziffern. Dies hängt von einer Vielzahl von Faktoren, wie beispielsweise dem individuellen Steuersatz, ab. Eine ungefähre Abschätzung der Gesamtbelastung erlaubt der vom Forschungszentrum Generationenverträge im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft entwickelte *Merkelrechner*. Ausgehend von spezifischen Eingabeparametern (sozialer Status, Einkommen etc.) berechnet der Merkelrechner die Mehr- bzw. Minderbelastung eines Haushalts aufgrund der Anhebung der Mehrwert- und Versicherungssteuer, der Kürzung der Pendlerpauschale und des Sparerfreibetrags, den Änderungen bei den Sozialversicherungsbeiträgen sowie des Elterngeldes. Im Gegensatz zu existierenden Modellrechnungen für einzelne Haushaltstypen

bietet der Merkelrechner den Vorteil, dass er für jede Kombination von Eingabewerten eine individuelle Berechnung der Gesamt- und der Einzelbelastungen durchführt. So wird im Falle der Einkommensteuer eine rudimentäre Veranlagung entsprechend des Einkommensteuergesetzes durchgeführt. Im Fall der Verbrauchsbesteuerung greift der Merkelrechner auf Daten der Einkommens- und Verbrauchstichprobe des Statistischen Bundesamts zurück, um anhand der Eingabewerte die Konsumquote des Haushalts zu schätzen.

## 6 Publikationen

### 6.1 Zeitschriften

#### 6.1.1 Referiert

2007

**Borgmann Christoph und Matthias Helder**, Volatility of Social Security Wealth: Political Risks of Benefit Rule Changes in Germany, *Finanzarchiv*, 63, S. 83-86.

**Häcker, Jasmin**, Zur notwendigen Dynamisierung der Leistungen in der gesetzlichen Pflegeversicherung, *Sozialer Fortschritt*, 4, S. 91-97.

2006

**Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, On the Inclusion of Dementia Patients into Compulsory Long-term Care Insurance - A Sustainable Step?, *Swiss Journal of Economics and Statistics*, Special Issue.

**Hagist, Christian und Claudia Pütz**, Optional deductibles in social health insurance systems: Findings from Germany, *European Journal of Health Economics*, 7, S. 225-230.

#### 6.1.2 Andere

2007

**Ehrentraut, Oliver**, Alterssicherung in Deutschland – Das Zusammenspiel der drei Säulen, *DRV-Schwerpunktheft*, Nr. 8-9, erscheint demnächst.

**Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Reformansätze zur Sozialen Pflegeversicherung auf dem Prüfstand, *Wirtschaftsdienst*, 87, S. 351-355.

**Raffelhüschen, B. und Jörg Schoder**, Generationengerechtigkeit – gibt's die?, *Wirtschaftsdienst* 87, S. 143 – 145.

2006

**Ehrentraut, Oliver, Ralph Hüge, Hannes Säubert und Christian Schwarz**, Pensionsverpflichtungen müssen nachhaltig gestärkt werden, *Versicherungswirtschaft*, 61, S. 1927-1930.

## 6.2 Diskussionsbeiträge

2007

**Benz, Ulrich und Christian Hagist**, Konjunktur und Generationenbilanz – eine Analyse anhand des HP-Filters, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 17.

**Ehrentraut, Oliver und Matthias Heidler**, 9-11: Die demografische Entwicklung in Deutschland – Koordinierte Bevölkerungsprognosen im Vergleich, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, erscheint demnächst.

**Häcker, Jasmin, Birgit König, Bernd Raffelhüschen, Matthias Wernicke und Jürgen Wettke**, Effizienzreserven in der stationären Pflege in Deutschland: Versuch einer Quantifizierung und Implikationen für die Reform der gesetzlichen Pflegeversicherung, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 16.

2006

**Hagist, Christian, Bernd Raffelhüschen und Olaf Weddlge**, Brandmelder der Zukunft – Die Generationenbilanz 2004, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 12.

**Heidler, Matthias, Arne Leifels und Bernd Raffelhüschen**, Heterogenous life expectancy, adverse selection, and retirement behaviour, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 13.



## 6.3 Studien

2007

**Birkner, Stefan, Oliver Ehrentraut, Marc Schmitz und Olaf Weddige**, bAV-Barometer 2006/2007 – Trends und Perspektiven in der betrieblichen Altersversorgung, *Studie in Zusammenarbeit mit Rauser Towers Perrin und Towers Perrin Tillinghast*.

## 6.4 Dissertationen

2007

**Häcker, Jasmin**, *Die Soziale Pflegeversicherung: Eine Generationenbilanz*, Peter Lang Verlag, erscheint demnächst.

## 6.5 Buchbeiträge

2007

**Ehrentraut, Oliver und Stefan Fetzer**, Die Bedeutung älterer Arbeitnehmer im Zuge der demografischen Entwicklung, in: Da-Cruz, P. und M. Holz (Hrsg.): *Demografische Entwicklung in der Betriebspraxis*, Gabler, Frankfurt, 23-35.

## 6.6 Sonstige

2007

**Hagist, Christian, Matthias Heidler, Bernd Raffelhüschen und Jörg Schoder**, Brandmelder der Zukunft – Die Generationenbilanz Update 2007: Demografie trifft Konjunktur, *Argumente zu Marktwirtschaft und Politik der Stiftung Marktwirtschaft*, Nr. 100.

## 7 Auslandsaufenthalte und Konferenzen

### 7.1 Auslandsaufenthalte

#### **Emily Dang und Jasmin Häcker**

Forschungsaufenthalt an der Universität Bergen, Norwegen, vom 15.05.-27.05.2007.

### 7.2 Konferenzen

#### **Jasmin Häcker**

Jahrestagung des Deutschen Vereins für Versicherungswissenschaft, Stuttgart, 07.-08.03.2007.

*Vorgetragenes Papier: Die interne Rendite der gesetzlichen Pflegeversicherung*

#### **Christian Hagist**

Gesundheit – Gibt es ein Leben nach der Reform?, 22.05.2007, Berlin.

*Teilnahme ohne Vortrag.*

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, 26.–29.09.2006, Bayreuth.

*Vorgetragenes Papier: Social Health Insurance – the major driver of unsustainable fiscal policy?.*

#### **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen**

Bei einer Reihe von Vorträgen referierte der Institutsleiter in den Jahren 2005 und 2006 über die Nachhaltigkeit der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie über die wirtschaftspolitische Gesamtlage. Aufgrund der Vielzahl an Vorträgen wird von einer spezifischen Auflistung abgesehen.

## 8 Fachreferate und Politikberatung

### **Emily Dang**

Referentin beim Bundesfachausschuss Soziales der FDP zum Thema „Generationenbilanzierung“, 25.11.2007, Gummersbach.

### **Oliver Ehrentraut**

Referent im Rahmen des FNA-Workshops „Alterssicherung im Mehr-Säulen-System“ zum Thema Alterung und Altersvorsorge, 10.05.2007, Deutsche Rentenversicherung Bund, Berlin.

Referent im Rahmen des Schwerpunktseminars „Soziale Gerontologie“ zum Thema „Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die sozialen Sicherungssysteme“, 22.11.2006, Evangelische Fachhochschule, Freiburg.

Referent beim 8. Kongress der Deutschen Gesellschaft für Gerontologie und Geriatrie e.V. „Altern im Fokus der Wissenschaften“ zum Thema „Entwürfe einer demografiefesten Sozialpolitik am Beispiel Rente und Pflege“, 28.09.2006, Freiburg.

### **Oliver Ehrentraut und Christian Hagist**

Sachverständiger beim Parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung des Deutschen Bundestags, 13.12.2006, Berlin.

### **Jasmin Häcker**

Referentin beim Landesfachausschuss Arbeit und Soziales FDP Bayern, 8.04.2007, Nürnberg.

Referentin auf der FDP-Arbeitskreisklausurtagung „Pflege“, 07.02.2007, Schloß Krickenbeck.

Hauptreferentin bei der Enquete-Fachtagung 2006 "Alternativen und Ergänzungen zum österreichischen System der Pflegefinanzierung" des Österreichischen Hilfswerks, 12.12.2006, Wien.

### **Christian Hagist**

Sachverständiger der öffentlichen Anhörung des Gesundheitsausschusses des Deutschen Bundestags zum Entwurf des GKV-WSG, 14.11.2006, Berlin.

## 9 Medienpräsenz

### 9.1 Fernsehen

#### **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen**

**Menschen der Woche**, SWR (24.02.2007)

**heute-Journal**, ZDF (12.01.2007, 04.01.2007)

**WISO**, ZDF (15.01.2007)

**Mittagsmagazin**, ARD (22.12.2006)

### 9.2 Zeitungen und Zeitschriften

#### **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen**

Berliner Morgenpost (31.07.2007)

Kölnische Rundschau (30.07.2007)

Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung (29.07.2007)

Aktiv (21.07.2007)

Rheinische Post (10.07.2007)

Provinzial Magazin (2/2007)

stern.de (19.06.2007)

Welt am Sonntag (17.06.2007, 01.04.2007)

procontra (3/2007)

Capital (13/2007)

Personalwirtschaft (6/2007)

Blickpunkt Marktwirtschaft (1/2007)

Pforzheimer Zeitung (08.05.2007)

Frankfurter Allgemeine Zeitung (03.05.2007)

Rheinischer Merkur (26.04.2007)

Neue Württembergische Zeitung (17.03.2007)  
Die Glocke (10.03.2007)  
Donaukurier (10.03.2007)  
Passauer Neue Presse (10.03.2007)  
Recklingshäuser Zeitung (10.03.2007)  
Nordwestzeitung (10.03.2007)  
Euro extra (01/2007)  
Westfälische Nachrichten (02.04.2007, 17.01.2007)  
Lahrer Anzeiger (20.03.2007, 09.02.2007)  
Badische Zeitung (20.03.2007)  
Westdeutsche Allgemeine (15.03.2007)  
Rhein-Lahn-Zeitung (07.03.2007)  
Nassauische Neue Presse (07.03.2007)  
Nassauer Tagblatt (07.03.2007)  
Frankfurter Neue Presse (02.03.2007)  
Fellbacher Zeitung (02.03.2007)  
Handelsblatt (14.03.2007)  
Mittelbadische Zeitung (03/04.03.2007)  
Lahrer Zeitung (09.02.2007)  
kma (02/2007)  
Die Welt (27.02.2007)  
bAV Spezial (03/2007)  
Welt Kompakt (07.02.2007)  
Hersfelder Zeitung (06.02.2007)  
VersicherungsJournal (07.02.2007)  
Meller Kreisblatt (26.01.2007)  
Die BKK (01/2007)  
Kölner Stadtanzeiger (19.01.2007)  
Mitteldeutsche Zeitung (18.01.2007)

MLP Forum (01/2007)

Hamburger Morgenpost (09.01.2007)

MEAG.COM (3/2006)

visAvis Economy (1/2007, 4/2006)

Reutlinger Generalanzeiger (04.07.2006)

Stuttgarter Zeitung (04.07.2006)

## **Emily Dang**

**Das Parlament** (30.07.2007)

(zusammen mit Bernd Raffelhüschen)

## **Oliver Ehrentraut**

**Die Welt** (27.2.2007)

(zusammen mit Bernd Raffelhüschen)

## 10 Ausblick

Wenn man schon auf den Abgrund zugeht, dann wenigstens schnell. Dieses Motto scheint Leitgedanke der jüngst beschlossenen Reform der sozialen Pflegeversicherung zu sein, denn sie ist nichts anderes als die beschleunigte Fortsetzung eines einmal eingeschlagenen Irrwegs. Aufgrund der demografischen Entwicklung der Vergangenheit steht fest, dass im Jahr 2040 doppelt so viele Pflegefälle von drei Viertel der heutigen Beitragszahler zu finanzieren sind. Gleichzeitig wissen wir, dass immer größere Teile der Pflegebedürftigen stationär oder zumindest professionell und damit immer teurer versorgt werden müssen, weil die deutlich günstigere familiäre Pflege angesichts sich wandelnder Familienstrukturen rückläufig ist.

Im Kern ist die Pflegeversicherung deshalb nicht nachhaltig finanzierbar, weil man viel zu stark auf das Umlageverfahren gesetzt hat. Für diesen offensichtlichen Konstruktionsfehler mag man im Falle der gesetzlichen Rentenversicherung die Ausrede gelten lassen, dass diese zu einer Zeit eingeführt wurden, als von der Überalterung der Gesellschaft noch keine Rede sein konnte. Im Falle der erst im Jahr 1995 eingeführten sozialen Pflegeversicherung kann diese Ausrede allerdings nicht mehr geltend gemacht werden. Zum damaligen Zeitpunkt hätte den politischen Entscheidungsträger bewusst sein müssen, dass das Umlageverfahren angesichts der demografischen Entwicklung nicht nachhaltig zu finanzieren ist. Insofern muss die Pflegeversicherung als ein Akt politischer Unvernunft, und die Pflegereform als die Fortsetzung dieser Unvernunft angesehen

werden. Inwiefern damit angesichts der Alterung der Gesellschaft, ein nachhaltiges Konzept zur Finanzierung der sozialen Pflegeversicherung vorgelegt wurde, muss letztlich jeder Bürger selbst entscheiden. Für das Forschungszentrum Generationenverträge bedeutet der beschlossene Kompromiss, dass die soziale Pflegeversicherung als Teil der Gesundheitspolitik auch zukünftig einen zentralen Platz auf der Forschungsagenda einnehmen wird, denn mit der nächsten Reform ist in naher Zukunft zu rechnen.

Neben der Gesundheitspolitik wird der Schwerpunkt der betrieblichen und privaten Altersvorsorge auch weiterhin einen zentralen Platz auf der Forschungsagenda besetzen. Dies ergibt sich aus deren zunehmender Bedeutung für die individuelle Alterssicherung und der jüngst angestoßenen Diskussion zur Stärkung der Mitarbeiterbeteiligung. Darüber hinaus werden natürlich auch die anderen Forschungsschwerpunkte nicht vernachlässigt. So steht mit der Föderalismusreform II eine entscheidende Weichenstellung im Hinblick auf die Entflechtung der fiskalischen Ebenen und der Stärkung des Subsidiaritätsprinzips an. Natürlich werden auch die Weiterentwicklungen in den methodischen Schwerpunkten der Generationenbilanzierung und der Simulationsanalyse zukünftig weitergeführt. Sowohl die Einbeziehung einer stochastischen Bevölkerungsprojektion in die Generationenbilanzierung als auch deren Einbettung in das Simulationsmodell werden neue Erkenntnisse im Hinblick auf die Nachhaltigkeit zukünftiger Reformanstrengungen ermöglichen.



Nach einer zweijährigen Vorbereitungszeit wird auch das kommende Berichtsjahr neben den Entwicklungen in der Forschung schließlich auch maßgeblich durch den im Herbst 2007 angesetzten Start des Weiterbildungsstudiengangs *MBA Estate Planning* geprägt werden. Der in Zusammenarbeit mit dem *Lehrstuhl für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre* (StB Prof. Dr. Kessler) und dem *Lehrstuhl für Finanzwirtschaft und Banken* (Prof. Dr. Rehkugler) der Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät sowie dem *Institut für Handels- und Wirtschaftsrecht* (Prof. Dr. Blaurock) und dem *Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht* (Prof. Dr. Merkt) der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg eingerichtete Masterstudiengang wird ein über das bestehende Lehrangebot hinausgehendes berufsbegleitendes und interdisziplinäres Weiterbildungsangebot schaffen, mittels dem der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis forciert werden soll.



FORSCHUNGS  
ZENTRUM  
GENERATIONEN  
VERTRÄGE



Forschungszentrum Generationenverträge

Bertoldstraße 17 (Eingang Brunnenstraße)

79098 Freiburg

Fon 0761. 203 23 54

Fax 0761. 203 22 90

[www.generationenvertraege.de](http://www.generationenvertraege.de)

[info@generationenvertraege.de](mailto:info@generationenvertraege.de)

# **Jahresbericht 2007/2008**

Forschungszentrum Generationenverträge  
und Institut für Finanzwissenschaft I  
der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg

© 2008 Forschungszentrum Generationenverträge, Freiburg

Verantwortlich: Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

Umschlagsgestaltung: [www.cc-werbeagentur.de](http://www.cc-werbeagentur.de)

Das Werk einschließlich aller Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung ist ohne Zustimmung des Forschungszentrums Generationenverträge unzulässig. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

# Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung .....	1
2	Entwicklungen im Personalbereich .....	4
3	Finanzielle Ausstattung .....	8
4	Lehre .....	14
5	Forschung.....	19
6	Publikationen .....	57
7	Konferenzen .....	63
8	Fachreferate und Politikberatung .....	66
9	Medienpräsenz .....	67
10	Ausblick.....	70



# 1 Einleitung

In seinem jüngsten Jahresgutachten bescheinigt der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) den Strukturreformen der vergangenen Jahre erstmals eine mess- und für die Bevölkerung spürbare „Reformdividende“. Die seit 2006 angesprungene Konjunktur hat die Haushaltssituation erheblich verbessert und Handlungsspielräume eröffnet. Zu Recht mahnt der Titel des Jahresgutachtens „Das Erreichte nicht verspielen“ aber auch, dass nur die konsequente Weiterführung der Konsolidierungs- und Reformbemühungen langfristigen Erfolg verspricht.

Denn so wenig kurzfristige und konjunkturell bedingte Haushaltsdefizite als bedenklich für die langfristige Tragfähigkeit anzusehen sind, so wenig kann auf der anderen Seite aus einem konjunkturell bedingten Haushaltsüberschuss ein dauerhafter fiskalischer Handlungsspielraum abgeleitet werden. Denn erst wenn Haushaltsüberschüsse struktureller Natur sind und damit über den Konjunkturzyklus hinweg erwirtschaftet werden, kann von einem fiskalischen Handlungsspielraum gesprochen werden. Genau aus diesem Grund sollten die konjunkturell bedingten Mehreinnahmen der Gegenwart dazu genutzt werden, die Haushaltskonsolidierung wie auch die mit der Agenda 2010 begonnenen Strukturreformen weiter voranzutreiben. Besonders gilt es, die demografischen Herausforderungen in den Sozialversicherungen anzugehen und die Struktur der Staatsausgaben weg von den konsumtiven hin zu

Ausgaben mit investivem Charakter (insbesondere Bildung) zu verschieben. Nur auf diesem Weg kann der konjunkturell bedingte fiskalische Handlungsspielraum zu einem dauerhaften werden und damit eine über die kurzfristig erzielten Überschüsse hinausgehende langfristige „Dividende“ erzielt werden.

Der nun vorliegende vierte Jahresbericht des Forschungszentrums Generationenverträge für das Berichtsjahr 2007/2008 soll – wie in den vorangegangenen Jahren – in erster Linie über die in diesem Zeitraum geleistete Forschungs-, Lehr- und Publikationstätigkeit des Forschungszentrums und seiner Mitarbeiter informieren.

Gleichzeitig soll dieser Leistungs- und Rechenschaftsbericht Interessenten aus Wissenschaft, Politik und Praxis einen Überblick über die laufenden und abgeschlossenen Forschungsvorhaben bieten und diesen die Möglichkeit eröffnen, sich über aktuelle Forschungsergebnisse zu informieren, ihrerseits die laufenden Forschungsvorhaben zu unterstützen sowie zukünftige Forschungsvorhaben zu initiieren. Darüber hinaus ist der Jahresbericht auch Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Forschungszentrums und soll der interessierten Allgemeinheit einen Überblick über die Beiträge des Forschungszentrums Generationenverträge zur aktuellen Diskussion über Konzeptionen zur Reform der sozialen Sicherungssysteme, des Steuersystems und des föderalistischen Systems in Deutschland bieten.

Schließlich soll dieser Jahresbericht auch den Dank für die finanzielle und ideelle Unterstützung ausdrücken, welche die Tätigkeit des Forschungszentrums in der Vergangenheit seitens der Wirtschaft,



öffentlicher Verbände und Institutionen, und im Besonderen durch die Albert-Ludwigs-Universität Freiburg und das Land Baden-Württemberg erfahren hat.

Freiburg, im September 2008

Bernd Raffelhüschen

A handwritten signature in black ink, consisting of several overlapping, fluid strokes that form a stylized representation of the name 'Bernd Raffelhüschen'.

## 2 Entwicklungen im Personalbereich

Wie bereits in den vergangenen Jahren ergaben sich aufgrund der natürlichen Fluktuation Veränderungen im Mitarbeiterstab des Forschungszentrums.

Auf der Ebene der wissenschaftlichen Mitarbeiter haben sich die folgenden personellen Veränderungen ergeben:

Im April 2008 hat Herr Matthias Heidler das Forschungszentrum nach Beendigung seiner Dissertation verlassen. Herr Heidler hat in den vergangenen Monaten im Rahmen der Elternzeit einen praktischen Beitrag gegen den demografischen Wandel geleistet, bevor er im September 2008 eine Stelle bei der Augustinum Gruppe in München angetreten hat.

Nach langjähriger Tätigkeit am Forschungszentrum hat Herr Dr. Oliver Ehrentraut eine neue Herausforderung gesucht und im Juni 2008 eine Stelle als Projektleiter für den Bereich Wirtschaft und Politik bei der Prognos AG in Basel angetreten.

Nach Abschluss ihrer Dissertation ist Frau Emily Phuong Dang im September 2008 aus dem Forschungszentrum Generationenverträge ausgeschieden. Frau Dang hat am 1. Oktober 2008 eine Stelle bei der Allianz Lebensversicherungs-AG in Stuttgart angetreten.

Hingegen hat Herr Dr. Christian Hagist dem Forschungszentrum auch nach Abschluss seiner Promotion die Treue gehalten. Herr Dr. Hagist wurde am 1. Juni 2008 zum Akademischen Rat ernannt.

Aus dem Kreis der wissenschaftlichen Hilfskräfte konnten Frau Lucia Gaschick, Herr Klaus Kaier, Herr Arne Leifels und Herr Christoph Müller nach erfolgreichem Studienabschluss als neue wissenschaftliche Mitarbeiter für das Forschungszentrum gewonnen werden. Zusätzlich wird der Stab der wissenschaftlichen Mitarbeiter zukünftig durch Herrn Tobias Benz und Herrn Johannes Vatter verstärkt.

Aus dem Kreise der wissenschaftlichen Hilfskräfte sind Herr Mario Gronert Álvarez und Herr Wolf von Rotberg im Berichtszeitraum aus dem Forschungszentrum ausgeschieden. Nach erfolgreichem Abschluss des Diplomstudiums an der Universität Freiburg führt Herr Gronert Álvarez sein Zweitstudium der Sinologie an der Universität Shanghai fort, während Herr von Rotberg einen Master of Finance der Universität Pompeu Fabre in Barcelona anstrebt.

Wir freuen uns, mit Martin Benedix, Thorsten Henne, Tobias Münzer, Marlis Schairer, Sabrina Schmutz und Felix Schnurr kompetente Nachfolger gefunden zu haben.

Einen Überblick über den aktuellen Mitarbeiterstab des Forschungszentrum Generationenverträge bietet die folgende Übersicht:

## Mitarbeiter des Forschungszentrums

		☎ 0761. 203 - Durchwahl
<b>Direktor</b>		
Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen	bernd.raffelhueschen@generationenvertraege.de	- 23 53
<b>Sekretariat</b>		
Ingeborg Häfner	ingeborg.haefner@generationenvertraege.de	- 23 54
<b>Assistenten</b>		
Tobias Benz	tobias.benz@generationenvertraege.de	- 92 28
Lucia Gaschick	lucia.gaschick@generationenvertraege.de	- 54 80
Dr. Jasmin Häcker	jasmin.haecker@generationenvertraege.de	- 23 55
Tobias Hackmann	tobias.hackmann@generationenvertraege.de	- 92 46
Dr. Christian Hagist	christian.hagist@generationenvertraege.de	- 92 41
Klaus Kaier	klaus.kaier@generationenvertraege.de	- 54 80
Dr. Pascal Krimmer	pascal.krimmer@generationenvertraege.de	- 23 57
Arne Leifels	arne.leifels@generationenvertraege.de	- 23 56
Stefan Moog	stefan.moog@generationenvertraege.de	- 92 38
Christoph Müller	christoph.mueller@generationenvertraege.de	- 92 26
Jörg Schoder	joerg.schoder@generationenvertraege.de	- 92 37
Johannes Vatter	johannes.vatter@generationenvertraege.de	- 92 36
Olaf Weddige	olaf.weddige@generationenvertraege.de	- 92 29
<b>Wissenschaftliche Hilfskräfte</b>		
Martin Benedix	martin.benedix@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14
Human Daneshvar	human.daneshvar@generationenvertraege.de	- 92 14
Andreas Flaig	andreas_fleig@gmx.de	- 92 14
Thorsten Henne	thorsten.henne@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14
Laura Ibelshäuser	laura.ibelshaeuser@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14

Tobias Münzer	tobiasmuenzer@yahoo.de	- 92 14
Marlis Schairer	marlisschairer@gmx.de	- 92 14
Sabrina Schmutz	sabrinaschmutz@yahoo.de	- 92 14
Felix Schnurr	felix.schnurr@yahoo.de	- 92 14
Emanuel Weiss	emanuel.weiss@vwl.uni-freiburg.de	- 92 14

### 3 Finanzielle Ausstattung

Im Durchschnitt der vergangenen Jahre wurden das Forschungszentrum Generationenverträge und das Institut für Finanzwissenschaft I zu etwa drei Fünfteln aus Haushaltsmitteln des Landes und der Universität und zu etwa zwei Fünfteln durch externe Geldgeber getragen.

Seit dem ersten Jahresbericht für das Berichtsjahr 2004/2005 hat sich der Drittmittelanteil dabei stetig erhöht. Diese Zunahme ist zum einen auf die positive Entwicklung bei der Akquisition von Projekten im Auftrag externer Geldgeber zurückzuführen. Zum anderen trägt seit dem Berichtsjahr 2006/2007 auch der *Verein des Forschungszentrums Generationenverträge e.V.* zur Finanzierung des Forschungszentrums bei. Der *Verein des Forschungszentrums Generationenverträge e.V.* ist ein gemeinnütziger Verein, dessen Mitgliedsbeiträge dazu verwendet werden, um gezielt Projekte des Forschungszentrums Generationenverträge zu stützen und zu fördern.

Die nachfolgenden Übersichten bieten einen Überblick über die finanzielle Ausstattung des Forschungszentrums Generationenverträge und des Instituts für Finanzwissenschaft I im laufenden sowie einen Ausblick auf das kommende Berichtsjahr:

<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2007</b>		<b>892.100,- €</b>
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>467.200,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>265.494,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>1)</sup>		
1 Planstelle C4		ca. 95.000,- €
1 Planstelle BAT VIb/VIIa inkl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT IIa inkl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte inkl. Sozialabgaben		13.033,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>201.706,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>1)</sup>		
2,5 Planstellen BAT IIa inkl. Sozialabgaben		ca. 147.200,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte inkl. Sozialabgaben		29.967,- €
1.2.2 Sachmittel		24.539,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>424.900,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>	<b>Drittmittelzufluss</b>	
	2006	2007
	154.609,- €	110.189,- €
		424.900,- €

<sup>1)</sup> Die angegebenen Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2007.

<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2008</b>		<b>798.852,- €</b>
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>460.552,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>259.046,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>1)</sup>		
0,8 Planstelle C4		ca. 76.000,- €
1 Planstelle BAT Vlb/Vlla incl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT IIa incl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		25.585,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>201.706,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>1)</sup>		
2,5 Planstelle BAT IIa incl. Sozialabgaben		ca. 147.200,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		29.967,- €
1.2.2 Sachmittel		24.539,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>338.100,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>	<b>Drittmittelzufluss <sup>2)</sup></b>	
	2007	2008 <sup>2)</sup>
	110.189,- €	46.664,- €
		338.100,- €

<sup>1)</sup> Die angegebenen Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2008.

<sup>2)</sup> Stand: September 2008.



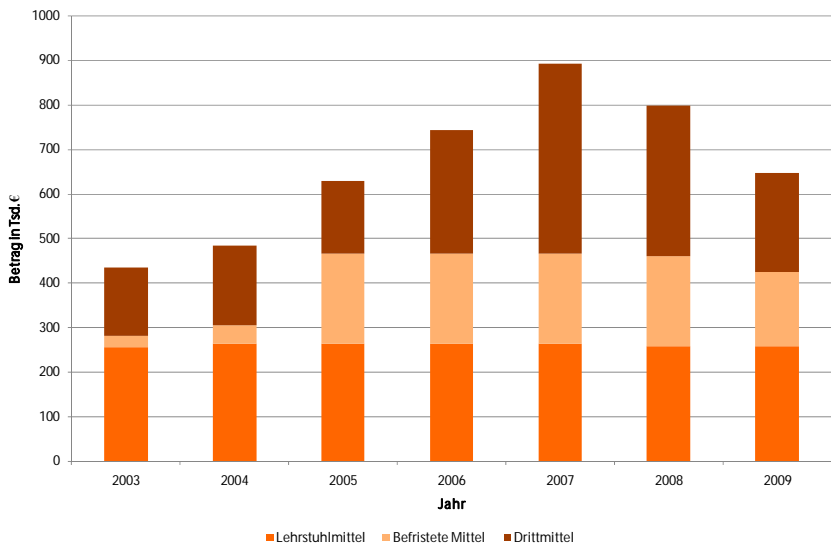
<b>Gesamte finanzielle Ausstattung 2009</b>		<b>647.646,- €</b>
davon:		
<b>1. Haushaltsmittel des Landes und der Universität</b>		<b>425.246,- €</b>
davon:		
<b>1.1 Lehrstuhlmittel</b>		<b>259.046,- €</b>
1.1.1 Personal <sup>1)</sup>		
0.8 Planstelle C4		ca. 76.000,- €
1 Planstelle BAT Vlb/VIIa incl. Sozialabgaben		ca. 34.000,- €
2 Planstellen BAT IIa incl. Sozialabgaben		ca. 118.000,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		25.585,- €
1.1.2 Sachmittel		5.461,- €
<b>1.2 Befristete Mittel aus Bleibeverhandlungen</b>		<b>166.200,- €</b>
1.2.1 Personal <sup>1)</sup>		
2,5 Planstelle BAT IIa incl. Sozialabgaben		ca. 136.200,- €
Wissenschaftliche Hilfskräfte incl. Sozialabgaben		15.000,- €
1.2.2 Sachmittel		15.000,- €
<b>2. Drittmittel</b>		<b>222.400,- €</b>
<b>Verwendete Drittmittel</b>		<b>Drittmittelzufluss <sup>2)</sup></b>
	2008 <sup>2)</sup>	
	46.664,- €	222.400,- €

<sup>1)</sup> Die angegebenen Kosten für Planstellen orientieren sich an den Richtsätzen der Deutschen Forschungsgemeinschaft für 2008

<sup>2)</sup> Stand: September 2008.

In kondensierter Form bieten die nachfolgenden Abbildungen nochmals einen grafischen Überblick über die Entwicklung der finanziellen Gesamtausstattung im Zeitablauf sowie die jeweiligen Anteile öffentlicher Mittel bzw. Drittmittel an der Finanzierung des Forschungszentrums und des Instituts für Finanzwissenschaft I:

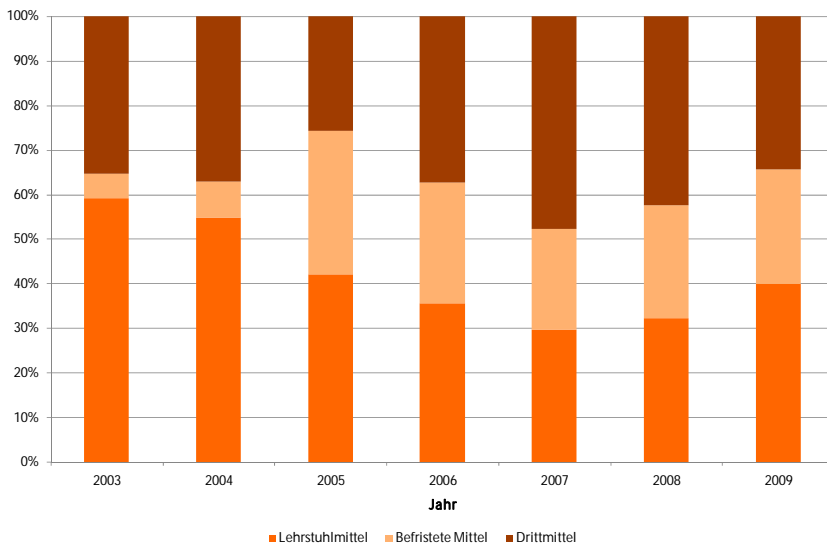
**Abbildung 1: Finanzielle Gesamtausstattung**



Die Übersicht und die Abbildungen spiegeln deutlich den seit 2003 stetig gewachsenen Drittmittelanteil wider. Die einzige Ausnahme von dieser Entwicklung bildet das Jahr 2005, in welchem der Zufluss an Drittmitteln aufgrund eines verspäteten Zahlungseingangs geringer ausfiel. Da außerdem das Land und die Universität in 2005 zusätzliche Mittel bereitstellten, reduzierte sich der Drittmittelanteil entsprechend auf unter dreißig Prozent. Seit dem Jahr 2005 konnte der Drittmittelzufluss laufend erhöht werden und übertraf

insbesondere im Jahr 2007 die Erwartungen deutlich. Zwar ist im laufenden Jahr nach aktuellem Stand nicht davon auszugehen, dass das Drittmittelvolumen des Vorjahres erreicht wird. Dennoch wird sich der Drittmittelanteil an der Finanzierung des Forschungszentrums auch im Jahr 2008 auf über vierzig Prozent belaufen. Zieht man den Durchschnitt der Jahre 2007 und 2008 heran, so hat sich das Forschungszentrum Generationenverträge im Berichtszeitraum zu 45 Prozent aus Mitteln von Dritten und zu 55 Prozent aus öffentlichen Mitteln finanziert.

**Abbildung 2: Anteile an der finanziellen Gesamtausstattung**



Schließlich ist der vergleichsweise geringe Zufluss an Drittmitteln im Jahr 2009 darauf zurückzuführen, dass dieser nur die mittelfristigen Projekte abdeckt, bei denen bereits heute entsprechende Zahlungseingänge vereinbart sind.

## 4 Lehre

Neben der Forschung sind das Forschungszentrum Generationenverträge und das Institut für Finanzwissenschaft I durch die Anbindung an die Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftliche Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg auch in die laufende Lehre eingebunden. Aufgrund der anwendungsorientierten Forschungstätigkeit, der Medienpräsenz sowie der politischen und gesellschaftlichen Beratertätigkeit ist das Institut für Finanzwissenschaft I in der Lage, eine wissenschaftlich fundierte und praxisnahe Ausbildung in der Finanzwissenschaft, dem Gebiet der sozialen Sicherung und der finanzwissenschaftlichen Steuerlehre als Teil des Diplomstudiengangs Volkswirtschaftslehre zu gewährleisten. Darüber hinaus wird das Lehrangebot des Instituts für Finanzwissenschaft I auch von Studenten anderer Fakultäten bzw. Studiengänge genutzt, die das Fach Finanzwissenschaft als Nebenfach belegen. Nicht zuletzt findet die Stellung des Instituts für Finanzwissenschaft I neben dem Angebot an Lehrveranstaltungen auch in den zahlreichen Anfragen zur Anfertigung einer Diplomarbeit seitens der Studierenden ihren Ausdruck, denen in der Vergangenheit stets entsprochen werden konnte.

Die nachfolgenden Abschnitte bieten einen Überblick über die im abgelaufenen Berichtsjahr angebotenen Lehrveranstaltungen sowie eine Übersicht über die in diesem Zeitraum betreuten und abgeschlossenen Diplomarbeiten.

## 4.1 Lehrveranstaltungen

### Sommersemester 2008

**Finanzwissenschaft I** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Lucia Gaschick, Klaus Kaier, Christoph Müller)

**Finanzwissenschaftliche Steuerlehre** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Tobias Benz, Tobias Hackmann, Jörg Schoder)

**Finanzwissenschaftliches Blockseminar mit Schwerpunkt Sozialpolitik**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Dr. Oliver Ehrentraut, Olaf Weddige)

**Dynamische Fiskalpolitik I** (Workshop mit begleitenden Computerübungen)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Emily Phuong Dang, Stefan Moog)

**3. Deutsch-Norwegischer Workshop zur Dynamischen Fiskalpolitik**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Emily Phuong Dang, Dr. Jasmin Häcker, Dr. Christian Hagist)

**Doktorandenseminar**

(Dr. Jasmin Häcker, Dr. Christian Hagist)

### Wintersemester 2007/08

**Finanzwissenschaft II** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Emily Phuong Dang, Jörg Schoder)

**Finanzwissenschaftliches Blockseminar mit Schwerpunkt Sozialpolitik**

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Dr. Oliver Ehrentraut, Matthias Heidler)

**Alterssicherung** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Dr. Jasmin Häcker, Stefan Moog)

**Soziale Sicherung** (Vorlesung mit begleitender Übung)

(Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen, Tobias Hackmann, Dr. Christian Hagist, Olaf Weddige)

**Doktorandenseminar**

(Dr. Oliver Ehrentraut, Dr. Jasmin Häcker)

## 4.2 Diplomarbeiten

2008

**Tobias Benz**

*„Pflege-Riester“ – Zur Übertragbarkeit der Riester-Rente auf die Soziale Pflegeversicherung*

**Arne Leifels**

*Versicherungsmathematische Berechnung eines öffentlichen Versorgungsfonds*

**Saskia Meßmer**

*Vor- und Nachteile des Flexicurity-Konzepts und dessen Anwendbarkeit auf den deutschen Arbeitsmarkt*

**Wolf von Rotberg**

*Savings and Portfolio Choice over the Life-Cycle*

**Johannes Vatter**

*Zur Tragfähigkeit kommunaler Haushalte in Deutschland — Theorie und Empirie*

2007

**Maren Diebel**

*Betriebliche Altersversorgung nach 2008 – Steuerliche Förderung und Sozialabgabenfreiheit auf dem Prüfstand*

**Yann Espeset**

*Internalisierung externer Effekte am Beispiel der Citymaut*

**Marc Feist**

*Sparmotive und Sparverhalten: Ein Überblick*

**Rosemarie Gülker**

*Anwartschaftsdeckung im Gesundheitswesen - Eine Lösung aus der demographischen Zwickmühle*

**Arzu Gürbulak**

*Bismarck oder Beveridge? Zur (optimalen) Ausgestaltung von Gesundheitssystemen*

**Guido Helfberend**

*Vermögensanlage im demografischen Wandel – Einflussfaktoren und Wirkungsbeziehungen auf die Preise unterschiedlicher Anlageklassen*

**David Isserstedt**

*Familienförderung in Deutschland auf dem Prüfstand – Bestandsaufnahme und Reformoptionen*

**Miglena Ivanova**

*Demografischer Wandel und gesetzliche Rentenversicherung in Bulgarien - eine Analyse anhand der Generationenbilanz*

**Tobias Kampe**

*Grundsicherung in Deutschland: Das Bürgergeld eine Alternative? - Eine Analyse verschiedener Konzepte*

**Florian Kienzler**

*Gewerbsteuer - Status quo und Reformoptionen*

**Dominik Kronauer**

*Bietet die private Riester-Rente die optimale Zusatzvorsorge für den Ruhestand?*

**Isabelle La Corte**

*Alterssicherung im demografischen Wandel – Probleme und Reformoptionen am Beispiel Spanien*

**Bibiana Lanscakova**

*Soziale Sicherung in der Slowakei - Eine Analyse der fiskalischen Konsequenzen des demografischen Wandels*

**Meng Liu**

*Betriebliche Altersversorgung in China - Status quo und Entwicklungsmöglichkeiten*

**Christoph Müller**

*Der Investivlohn als Instrument der Altersvorsorge – Eine kritische Analyse*

**Philipp Reitze**

*Betriebliche Altersversorgung und demografischer Wandel - Perspektiven für Arbeitnehmer und Arbeitgeber*

**Kiril Shiderov**

*Anhebung der Altersgrenzen – Ein Vergleich der jüngsten Rentenreformen in Norwegen und Deutschland*

**Anne Schmidt**

*Strukturelle Arbeitslosigkeit in Deutschland - Was leisten Kombi-lohnmodelle?*

**Oliver Schön**

*Marktwirtschaftliche Reformen im zahnmedizinischen Bereich - Ein mögliches Vorbild für die GKV?*

**Marc Studer**

*Zwischen Wettbewerb und Solidarität - Der Risikostrukturausgleich in der Gesetzlichen Krankenversicherung*

**Johannes Toups**

*Für und Wider der Sozialabgabenfreiheit in der Entgeltumwandlung - Status quo und Perspektiven*

**Ilona Ullmann**

*Demografischer Wandel als Chance für ältere Arbeitnehmer – Beschäftigungssituation und Handlungsbereiche*

**Alexander Zaddach**

*Die Grundsicherung in Deutschland - Status quo und aktuelle Reformvorschläge*



## 5 Forschung

Die Ausrichtung der Forschungstätigkeit orientiert sich stets am übergreifenden Ziel des Forschungszentrums Generationenverträge, nämlich der umfassenden Analyse von Reformkonzeptionen zur sozialen Sicherung in Deutschland.

Die folgende Auflistung bietet einen Überblick über die durch Publikationen unterlegten Forschungsschwerpunkte des Forschungszentrums Generationenverträge:

- Fiskalische Nachhaltigkeit
- Alterssicherung
- Demografie und Arbeitsmarkt
- Föderalismus
- Gesundheitspolitik
- Immobilien- und Kapitalmärkte
- Pflege
- Steuerpolitik

Im Bereich der fiskalischen Nachhaltigkeit wird die Methodik der Generationenbilanzierung fortlaufend aktualisiert und weiterentwickelt. Die anwendungsorientierte Forschungstätigkeit in den thematischen Schwerpunkten konzentriert sich momentan auf die Alterssicherung, die Pflege und die fiskalische Nachhaltigkeitsanalyse.

Im Einzelnen bieten die nachfolgenden Abschnitte einen thematisch geordneten Überblick über die Forschungsaktivitäten des Forschungszentrums Generationenverträge in den Jahren 2007 und 2008. Diese lassen sich in vier Kategorien einteilen:

- Dissertationen
- konkrete Forschungsvorhaben
- Studien
- sonstige Projekte.

Dissertationen sind der Ausdruck der gesamten Forschungstätigkeit eines einzelnen Mitarbeiters im Laufe seiner Zugehörigkeit zum Forschungszentrum Generationenverträge und stellen in der Regel das Ergebnis mehrerer Forschungsvorhaben dar. In diesem Sinne können die zumeist kurz- bis mittelfristig angelegten konkreten Forschungsvorhaben als Etappen auf dem Weg zum Abschluss eines Dissertationsvorhabens betrachtet werden. Neben der originären Forschungstätigkeit hat sich das Forschungszentrum Generationenverträge das Ziel gesetzt, den andauernden Reformprozess im Bereich der sozialen Sicherung politikberatend mit jeweils aktuellen Analysen der durch Politik, Wirtschaft und Verbände in die Reformdebatte eingebrachten Reformvorschläge zu begleiten. Zu diesem Zweck fertigt das Forschungszentrum Generationenverträge im Rahmen seiner Gutachtertätigkeit zumeist kurzfristig angelegte Studien für die genannte Zielgruppe an, in denen die vom jeweiligen Auftraggeber favorisierten Reformansätze bzw. erarbeiteten Reformkonzepte im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Nachhaltigkeit der sozialen

Sicherungssysteme untersucht werden. Darüber hinaus wird die unabhängige, wissenschaftliche Expertise des Forschungszentrums Generationenverträge von externen Auftraggebern auch bei kleineren Projekten in Anspruch genommen. Diese kleineren Projekte werden unter der Kategorie „sonstige Projekte“ gebündelt.

Neben einer kurzen Erläuterung der Fragestellung, Ziele und Ergebnisse, gibt der nachfolgende Überblick auch Auskunft über den oder die bearbeitenden Mitarbeiter sowie über die Finanzierung bzw. den Auftraggeber eines Projekts.

## 5.1 Dissertationen

2007

**Christian Hagist**

*Demography and Social Health Insurance – An International Comparison Using Generational Accounting.*

Die Absicherung des Krankheitsrisikos gehört zu den Grundpfeilern der sozialen Sicherung in fast allen entwickelten Industriestaaten. Jedoch unterscheiden sich die Umfänge der Leistungskataloge und die Finanzierung derselbigen stark zwischen den einzelnen Ländern. Dies wiederum hat unterschiedliche Auswirkungen auf die fiskalische Nachhaltigkeit der einzelnen Staaten, denn so wie die gesetzlichen Systeme der Altersvorsorge sind auch die Gesundheitssysteme aufgrund der Korrelation von Krankheit und Alter demografieanfällig. Demografieanfällig bedeutet in diesem Zusammenhang, dass im Wesentlichen die Finanzierung der Gesundheitsausgaben aus Sicht des Staates negativ beeinflusst wird, während zusätzlich noch die Gesundheitsausgaben tendenziell aufgrund der Alterung einer Gesellschaft ansteigen. Ziel der vorliegenden Arbeit ist es, diese Effekte für die sechs OECD-Staaten Frankreich, Deutschland, Österreich, die Schweiz, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika zu quantifizieren und in eine umfassende Nachhaltigkeitsanalyse einzubetten. Das Instrument hierzu ist die so genannte Generationenbilanzierung, welche Anfang

der 1990er Jahre in den USA entwickelt wurde. Mit Hilfe einer vergangenheitsbezogenen Generationenbilanz wird zudem der fiskalische Effekt des medizinisch-technischen Fortschritts auf die öffentlichen Gesundheitsausgaben analysiert. In der gängigen gesundheitsökonomischen Literatur gilt der medizinisch-technische Fortschritt als der eigentliche Treiber eines überproportionalen Wachstums der öffentlichen Gesundheitsausgaben. Die Ergebnisse dieser Untersuchung werden wiederum in die Nachhaltigkeitsanalyse miteinbezogen, um so Aussagen über die verschiedene Wirkungsweise des medizinisch-technischen Fortschritts in den betrachteten Ländern zu gewinnen.

Die Schweiz, Österreich und Deutschland sehen sich einem doppelten Alterungsprozess ausgesetzt, verursacht durch eine niedrige Geburtenrate um die 1,4 Kinder pro gebärfähiger Frau sowie einer stetig steigenden Lebenserwartung. Sowohl die Schweiz als auch Österreich können das hierdurch indizierte Absinken ihrer Bevölkerungsstärke durch Migration nahezu ausgleichen, Deutschland gelingt dies nicht im gleichen Masse. Das Vereinigte Königreich steht mit einer etwas niedrigeren Lebenserwartung und einer höheren Geburtenrate etwas jünger da, besitzt jedoch auch eine ähnliche Dynamik. Frankreich und die USA hingegen altern lediglich durch das Ansteigen der Lebenserwartung und durch ihre Baby-Boomer, da die Geburtenraten fast das Reproduktionsniveau erreichen.

Allen untersuchten Staaten gemein ist jedoch, dass ihre Fiskal- und insbesondere ihre Gesundheitspolitik nicht tragfähig sind. Dies gilt vor allem dann, wenn die ausgabensteigernde Wirkung des medizinisch-technischen Fortschritt in die Analyse miteinbezogen wird. Der medizinisch-technische Fortschritt ist dabei in seiner monetären Dimension am stärksten in den USA, der Schweiz und Deutschland ausgeprägt, welche auch die höchsten Anteile der Gesundheitsausgaben am Bruttoinlandsprodukt haben.

## 5.2 Konkrete Forschungsvorhaben

### 5.2.1 Fiskalische Nachhaltigkeit

Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2008

**Christian Hagist**

*Die Tragfähigkeit der norwegischen Fiskalpolitik.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums in Kooperation mit dem statistischen Bundesamt Norwegens.

Aufgrund seiner Einnahmen aus den Öl- und Gasvorkommen befindet sich Norwegen in einer außergewöhnlichen Situation, was seine fiskalischen Möglichkeiten angeht. In der norwegischen Fiskalpolitik spielt auch der Nachhaltigkeitsgedanke schon länger als in anderen Staaten eine wichtige Rolle, wie man an der Einrichtung eines Generationenfonds, welcher die heutigen verbrieften Staatsschulden mehr als abdeckt, sehen kann. Trotzdem stellt sich heraus, dass die norwegische Fiskalpolitik nicht nachhaltig ist, da die Öleinnahmen bereits in 20 Jahren rapide abnehmen werden und damit das derzeitige Niveau öffentlicher Ausgaben kombiniert mit dem Alterungsprozess der norwegischen Bevölkerung nicht mehr zu halten sein wird.

## Laufende Forschungsvorhaben

### **Christian Hagist**

*Generationenbilanzierung unter stochastischen Bevölkerungsprojektionen.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Ein oft genannter Kritikpunkt an der Generationenbilanzierung ist, dass sie sich auf deterministische Daten stützt und dabei Aussagen über die ungewisse Zukunft trifft, was eigentlich für eine stochastische Grundlage spricht. Erstmals angegangen wurde dieser Kritikpunkt von Alho und Vanne (2005). Auf Grundlage des Programms zur Generationenbilanzierung des Forschungszentrums Generationenverträge soll erstmals eine solche Analyse für die deutsche Generationenbilanz gemacht werden und somit die Güte der Nachhaltigkeitsindikatoren um einen weiteren Punkt ergänzt werden.

### **Stefan Moog**

*Entwicklung eines Simulationsmodells zur Analyse der makroökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Im Rahmen des Forschungsprojekts wird in Kooperation mit Prof. Dr. Josef Honerkamp und seinen Mitarbeitern vom Freiburger Zentrum für Datenanalyse und Modellbildung (FDM) ein Simulationsmodell vom Typ der numerischen, allgemeinen Gleichgewichtsmodelle zur



Analyse der makroökonomischen Auswirkungen des demografischen Wandels entwickelt sowie die zur numerischen Simulation erforderliche Software implementiert. Mittels dieses Modells können die durch Reformmaßnahmen induzierten Verhaltensänderungen und deren Rückwirkungen auf die gesamtwirtschaftlichen Größen umfassend analysiert und quantifiziert werden. Die stilisierte Einbeziehung der Generationenbilanz in das Simulationsmodell ermöglicht dabei den Abgleich mit den Ergebnissen der anwendungsorientierten Nachhaltigkeitsanalyse. Schließlich erlaubt die Einbeziehung verschiedener Einkommensklassen auch eine umfassendere Analyse der intragenerativen Verteilungswirkungen von Reformmaßnahmen.

Im ersten Projektschritt wurde zunächst ein Modellprototyp entwickelt und in der Programmiersprache C implementiert. Das Augenmerk lag hierbei auf einer möglichst exakten Abbildung der staatlichen Steuer-, Transfer- und Sozialversicherungssysteme, welche eine umfassende Analyse der Rückwirkungen dieser Systeme auf die Verhaltensentscheidungen der Haushalte und Unternehmen erlaubt. Im zweiten Projektschritt wurde der Modellprototyp um die Einbeziehung mehrerer Einkommensklassen erweitert, so dass auch die Verteilungswirkungen von Reformmaßnahmen analysiert werden können. Im dritten Projektschritt wurde der Modellprototyp um die Einbeziehung des demografischen Übergangs erweitert. Erst hierdurch ist es möglich, die im Status quo, als auch durch entsprechende Reformmaßnahmen induzierten volkswirtschaftlichen Auswirkungen des demografischen Wandels zu analysieren. Die

ersten drei Projektschritte wurden im Sommer des Jahres 2007 abgeschlossen. Über den aktuellen Stand dieses Forschungsprojekts informiert das Diskussionspapier Nr. 29 des Forschungszentrums Generationenverträge.

## 5.2.2 Alterssicherung

Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2008

### **Oliver Ehrentraut**

*Auswirkungen der Entgeltumwandlung auf die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Die Sozialabgabenfreiheit der Entgeltumwandlung beeinflusst über drei Wirkungskanäle die Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung: Erstens über die direkte Wirkung der Einnahmeausfälle durch die Nichtverbeitragung umgewandelter Entgelte, zweitens durch eine allgemeine Leistungskürzung für alle Versicherten über die Einbeziehung der versicherungspflichtigen Entgelte in die Rentenformel und drittens mittels einer entgeltpunktbedingten Leistungsreduktion für die Teilnehmer an der Entgeltumwandlung, die durch die Nichtverbeitragung geringere Rentenansprüche erwerben. Sollte es – wie die aktuellen Diskussionen es vermuten lassen – zu einer Verlängerung der

zunächst nur bis 2008 gewährten Sozialabgabenfreiheit der Entgeltumwandlung kommen, so müssen die Rückkoppelungseffekte dieser Maßnahme auf das Rentenniveau und die Rentenbeitragsentwicklung berücksichtigt werden.

Laufende Forschungsvorhaben

**Tobias Benz und Christian Hagist**

*„Pensions- und Beihilfebelasten von Bund und Ländern im demografischen Wandel“*

Finanzierung durch Mittel der West LB.

Das Forschungszentrum Generationenverträge untersucht im Rahmen dieser Studie im Auftrag der WestLB die Pensions- und Beihilfebelasten der Beamtenversorgung, die als Folge des demografischen Wandels auf Bund und Länder zukommen werden. In einem ersten Schritt erfolgt zunächst eine Aktualisierung der bereits vorliegende Studien zu den zukünftigen Versorgungsverpflichtungen. Erstmals werden dann auch detailliert die Verpflichtungen von Bund und Ländern im Bereich der Beihilfeleistungen untersucht und quantifiziert. Auf diese Weise entsteht eine umfassende Darstellung der langfristigen Zahlungsverpflichtungen von Bund und Ländern für ihre Beamten und deren Angehörigen. Im Rahmen der Studie soll auch aufgezeigt werden, inwieweit Bund und Länder in ihren Haushalten schon Rücklagen für die zukünftigen Versorgungslasten eingestellt haben bzw. wie und durch welche Institution diese Gelder

auf dem Kapitalmarkt angelegt wurden. Durch eine Simulation verschiedener Neueinstellungsvarianten von Beamten werden ferner die daraus resultierenden Auswirkungen auf die Pensions- und Beihilfelasten aufgezeigt. Mit Hilfe der berechneten Pensions- und Beihilfelasten kann dann in einem letzten Schritt berechnet werden, in welchem Ausmaß die Berücksichtigung dieser impliziten Staatsschuld das Kapitalmarktranking der Bundesländer verschlechtern würden. Einen weiteren Teil der Studie bilden Best-Practice-Ansätze aus dem europäischen Ausland, mit denen dargestellt werden soll, wie in anderen Ländern die Alterssicherung von Staatsbediensteten sichergestellt wurde. Die Arbeiten an der WestLB-Studie beginnen Mitte August diesen Jahres, die Veröffentlichung ist im Frühjahr 2009 geplant.

**Jasmin Häcker, Matthias Heidler und Stefan Moog**

*Intra- und intergenerative Fairness*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Ausgangspunkt dieser Forschungsarbeit ist die Inkompatibilität intertemporaler Wohlfahrtsmaximierung mit Politikempfehlungen, die auf eine Angleichung der Generationenkosten abstellen. Im Rahmen eines zwei überlappenden Generationenmodells kann mittels der Implementierung einer Fairness-Komponente gezeigt werden, dass junge Individuen das umlagefinanzierte Rentenversicherungssystem an zukünftige demografische Veränderungen anpassen. Insbesondere wird aufgezeigt, dass die

jeweils junge Generation ihre eigene Rente kürzt und damit das Umlageverfahren in einer mit Geburtenrückgang gekennzeichneten Periode ausphast. Mittels einer Simulation werden dazu jene Kosten berechnet, die den Individuen durch die Implementierung der Fairness-Komponente in ihren Nutzen wiederfahren. Aus Sicht der Individuen lassen sich diese Kosten nun durch eine Angleichung ihrer und der Generationenkosten ihrer Kinder erreichen. Damit kommt man zu dem Ergebnis, dass wenn Individuen gegenüber ihren Nachkommen „fair“ sind, Politikempfehlungen, die sich auf Generationenkosten stützen, mit der intertemporalen Wohlfahrtsmaximierung vereinbar sind.

### 5.2.3 Föderalismus

Laufende Forschungsvorhaben

**Tobias Benz und Christian Hagist**

*Beamte vs. Angestellte – ein Kostenvergleich aus verschiedenen Perspektiven*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

In der Literatur existieren zwar einige Versuche, einen intertemporalen Kostenvergleich zwischen Beamten und Angestellten vorzunehmen und auf diese Weise die Frage zu beantworten, welche Beschäftigungsform „günstiger“ ist. Problematisch erweisen sich aber bei einigen Untersuchungen die angewandten Berechnungsmethoden, bei anderen die Wahl der

betrachteten Perspektive. Im Rahmen des Forschungspapiers des Forschungszentrums Generationenverträge soll eine Untersuchung und Beantwortung der Fragestellung aus drei verschiedenen Blickwinkeln erfolgen. Zum einen aus der gesamtstaatlichen Perspektive, also unter Berücksichtigung sämtlicher zukünftiger Zahlungsverpflichtungen, die durch eine Verbeamtung anfallen. Zweitens dann aus Perspektive eines öffentlichen Arbeitgebers, der folglich in seiner Entscheidung nur die von ihm zu tragenden Lasten berücksichtigt. Die dritte Perspektive ist die eines Individuums, das vor der (fiktiven) Wahl steht, seinen Arbeitsstelle entweder als Angestellter oder eben als Beamter auf Lebenszeit auszuüben. Innerhalb der drei Perspektiven erfolgt jeweils eine Differenzierung nach dem Familienstand des betrachteten Individuums. Damit soll untersucht werden, wie die Zahl der Kinder, der Ehestatus oder die Frage, ob der Ehepartner ebenfalls im öffentlichen Dienst arbeitet, die gewonnenen Ergebnisse beeinflussen. Nachdem die Literaturrecherche weitgehend abgeschlossen werden konnte, läuft nun gerade die Sammlung der für die Studie benötigten Daten.

### **Christian Hagist und Johannes Vatter**

*Demografie und Kommunal финанzen – Eine Fallstudie anhand der Generationenbilanzen Freiburgs und Schwäbisch Hall.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Generationenbilanzen für die gesamtstaatliche Ebene, für einzelne Bundesländer oder für die Zweige der Sozialversicherungen sind

mittlerweile ausgereifte und anerkannte Messinstrumente, um sowohl die langfristigen fiskalischen Auswirkungen der aktuellen Gesetzgebung als auch die Wirkung unterschiedlicher Reformoptionen aufzeigen können. Auf kommunaler Ebene sind derartige Nachhaltigkeitsstudien bislang nicht durchgeführt worden. Das Projekt stellt daher einen Pilotversuch dar, die bestehende Methodik auf die unterste Ebene der Gebietskörperschaften zu übertragen, und so Aussagen über die langfristige Stabilität eines Gemeindehaushalts zu treffen.

#### **5.2.4 Gesundheitspolitik**

Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2008

##### **Christian Hagist**

*Gesundheitssicherung im internationalen Vergleich.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums und der Techniker Krankenkasse.

Aus den Projekten „Nachhaltigkeit der sozialen Gesundheitsvorsorge im demografischen Wandel - ein internationaler Vergleich“ und „Gesundheitssicherung im internationalen Vergleich“ wurden die Schnittmengen gezogen und in einer Dissertation zusammengeführt. Die Dissertation behandelt vor allem zwei Fragestellungen: Wie wird sich der demografische Wandel in sechs ausgewählten OECD-Staaten

auf die Finanzierung der öffentlichen Haushalte insb. der Gesundheitssysteme auswirken und welche Rolle spielt dabei das Ausgabenwachstum aufgrund des medizinisch-technischen Fortschritts, welches über die letzten Dekaden beobachtet werden konnte.

Laufende Forschungsvorhaben

### **Christian Hagist**

*Aktuelle Reformoptionen der Gesundheitssicherung in Deutschland.*

Finanzierung durch Mittel der MLP AG.

Obwohl das Gesetzliche Krankenversicherung – Wettbewerbsstärkungsgesetz bereits seit dem 1. April 2007 in Kraft ist, gibt es immer noch rege Diskussionen um die Tragfähigkeit des deutschen Gesundheitswesens. Das FZG begleitet diese Diskussion aktiv und war sowohl als Sachverständiger im Gesundheitsausschuss beratend tätig als auch als Gutachter. Mit Hilfe der Nachhaltigkeitsanalyse wurde aufgezeigt, dass der Gesundheitsfonds keineswegs die langfristigen Finanzierungsprobleme der GKV löst. Zudem verhindert das GKV-WSG immer mehr Wettbewerb, bspw. durch die Überforderungsklausel auf Kassenebene. Das FZG möchte anhand einschlägiger Publikationen Alternativen aufzeigen und hat dies mit der Freiburger Agenda auch bereits getan.



## Stefan Moog

*Wohlfahrtseffekte und makroökonomische Auswirkungen aktueller Vorschläge zur Reform der gesetzlichen Krankenversicherung in Deutschland.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

In der jüngeren Vergangenheit wurde in der öffentlichen Debatte intensiv über die durch die „Kommission für die Nachhaltigkeit in der Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme“ (Rürup-Kommission) eingebrachten Vorschläge zur Reform der Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung, die *Bürgerversicherung* und das *System pauschaler Gesundheitsprämien*, diskutiert. Während beide Reformmodelle die Überwindung der rein lohnbezogenen Erhebung der Beiträge zur GKV verfolgen und damit den Faktor Arbeit entlasten wollen, unterscheiden sie sich doch beträchtlich im Hinblick auf ihre Umverteilungswirkungen. Im System pauschaler Gesundheitsprämien wird die im gegenwärtigen System bestehende Umverteilungskomponente aus der GKV ausgelagert und durch eine steuerfinanzierte Prämiensubvention ersetzt. Hingegen beinhaltet das Bürgerversicherungsmodell eine Verbreiterung der bestehenden Umverteilungskomponente in der GKV, da zum einen alle Bevölkerungsgruppen miteinbezogen werden sollen und zum anderen auch das Kapitaleinkommen der Versicherten verbeitragt wird. Ziel des Forschungsvorhabens ist es, die volkswirtschaftlichen Auswirkungen und die Wohlfahrtseffekte dieser Vorschläge zur Reform der Finanzierung der GKV in Deutschland im Rahmen eines

numerischen, allgemeinen Gleichgewichtsmodells zu untersuchen. Darüber hinaus sollen auch Vorschläge zu einer Kapitaldeckung der GKV in die Analyse einbezogen werden. Durch die explizite Einbeziehung der Lebenszyklusrisiken hinsichtlich Erwerbsbiographie und Krankheit sollen dabei insbesondere die Versicherungs- und Verteilungsaspekte alternativer Reformvorschläge untersucht werden. Schließlich soll die Einbeziehung einer endogenen Krankenversicherungsentscheidung auch eine Analyse der Auswirkungen einer Reformmaßnahme auf die Versichertenstruktur ermöglichen.

## **5.2.5 Immobilien- und Kapitalmärkte**

Laufende Forschungsvorhaben

**Stefan Moog und Jörg Schoder**

*Immobilien und Ersparnisbildung in Deutschland.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Im Kontext des demografischen Wandels wird häufig die Frage nach der Entwicklung der Kapitalmarktrenditen gestellt. Diese werden entscheidend von der Entwicklung der Ersparnisbildung im Lebenszyklus abhängen. Angesichts der Tatsache, dass knapp die Hälfte des Privatvermögens entwickelter Volkswirtschaften in Wohnimmobilien besteht, wurde die Interaktion von Immobilien und Ersparnisbildung bislang (nicht nur in Deutschland) vergleichsweise wenig untersucht. Im Rahmen dieses Projekts werden zunächst die

wesentlichen empirischen Fakten zum Sparverhalten der deutschen Haushalte auf Grundlage der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe (EVS) erarbeitet. Mit Hilfe der EVS-Wellen 1993, 1998 und 2003 werden dabei sog. Kohorteneffekte isoliert, um ein Benchmark für die anschließend erfolgende Simulationsanalyse im Rahmen eines heterogenen Agentenmodells zu generieren. Dem numerischen Simulationsmodell liegt die Idee zu Grunde, dass aufgrund von Kreditbeschränkungen in der frühen Lebensphase vornehmlich Realvermögen gebildet wird und die Bildung von Finanzvermögen erst in der Lebensmitte erfolgt. Die für die Frage der Kapitalmarktrenditen entscheidende Ruhestandsphase ist hingegen durch eine im Vergleich zum einfachen Lebenszyklusmodell zu geringe Dekumulation des Kapitalstocks gekennzeichnet. Als Erklärung dieses Verhaltens wird innerhalb des Modells auf Transaktionskosten abgestellt, die verhindern, dass das Realvermögen vollständig zu Konsumzwecken aufgelöst wird.

### **Stefan Moog und Wolf von Rotberg**

*Portfolioentscheidungen im Lebenszyklus.*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Seit der grundlegenden Arbeit von Modigliani und Brumberg (1954) hat sich *Lebenszyklustheorie* zu einem zentralen Baustein der ökonomischen Theorie des Konsums und der Ersparnisbildung entwickelt. Insbesondere in den 1990er Jahren wurde das Standard-Lebenszyklusmodell durch die Arbeiten von Deaton (1991), Hubbard

et al. (1995), Carroll (1997) und anderen wesentlich um die Berücksichtigung von Lebenszyklusrisiken, wie beispielsweise Mortalitäts-, Verdienst- und Gesundheitsrisiken, erweitert. Konzentrieren sich diese Arbeiten als Theorien der Ersparnisbildung auf eine unidimensionale Anlageentscheidung, so wurde durch Cocco et al. (2005) ein wesentlicher Beitrag zur Verknüpfung der Lebenszyklus- und der Portfoliotheorie geleistet. Durch die explizite Berücksichtigung riskanter Vermögensanlagen erlaubt diese Erweiterung des Lebenszyklusmodells nicht nur eine Analyse der Ersparnisbildung sondern auch der Vermögensstruktur im Lebenszyklus.

Anknüpfend an diese Arbeiten wird im Rahmen des Forschungsprojekts ein Lebenszyklus-Portfoliomodell zur Analyse der Anlageentscheidungen der privaten Haushalte in Deutschland entwickelt. Vor dem Hintergrund der abnehmenden Bedeutung der gesetzlichen Rente als Teil der Altersvorsorgeportfolios sollen als Ziel des Forschungsprojekts die Möglichkeiten und Grenzen der privaten Altersvorsorge für die Lebensstandardsicherung im Alter sowie die Auswirkungen auf die Ersparnisbildung und die Nachfrage nach einzelnen Vermögensanlagen untersucht werden.

## 5.2.6 Pflege

### Abgeschlossene Forschungsvorhaben

2008

**Jasmin Häcker, Tobias Hackmann und Stefan Moog**

*Demenzkranke in der Sozialen Pflegeversicherung*

Finanzierung durch Mittel der IDEAL Lebensversicherung a.G.

In der Bundesrepublik Deutschland leben derzeit etwa 1,1 Mio. demente Personen. Diese Zahl wird sich voraussichtlich bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln und wird nach der 11. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamts (2006) auf etwa 2,6 Mio. ansteigen. Trotz des hohen Anteils von dementen Pflegefällen (ca. 45%) wird gegenüber der SPV immer wieder der Vorwurf der Diskriminierung dieser Personengruppe erhoben. Im Rahmen dieses Forschungsvorhabens wird der zentralen Frage nachgegangen, ob Demenzkranke in der SPV gegenüber nicht-dementen Pflegefällen tatsächlich diskriminiert werden. Anhand des am 19. Juni 2007 gefundenen Kompromisses der Bundesregierung zur „Reform der nachhaltigen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung“ wird überprüft, inwieweit die dort beschlossenen Leistungsausweitungen für Personen mit eingeschränkter Alltagskompetenz von 200 Euro pro Monat in der Lage sind, die hier aufgezeigten Probleme langfristig zu lösen.

## **Tobias Hackmann und Stefan Moog**

### *Alter gleich kränker? Auswirkungen des Zugewinns an Lebenserwartung auf die Pflegewahrscheinlichkeit*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Bei bisherigen Vorausberechnungen der zukünftigen Anzahl an Pflegefällen wurde meist vereinfachend unterstellt, dass die altersspezifische Pflegewahrscheinlichkeit (Prävalenz) in Zukunft konstant bleibt. Diese in der Wissenschaft als Status quo Hypothese bezeichnete Annahme ist allerdings nicht unumstritten. So ist bis heute nicht abschließend geklärt, wie sich der zu erwartende Zugewinn an Lebenserwartung auf die Pflegewahrscheinlichkeit im Alter auswirkt. Im folgenden Beitrag wird dem Leser durch die Analyse bisheriger empirischer Befunde zunächst ein Anhaltspunkt gegeben, ob in Zukunft eher mit einer Ab- oder Zunahme der Pflegewahrscheinlichkeit zu rechnen ist. Anschließend wird anhand eines Stromgrößenmodells aufgezeigt welche Bedingungen vorliegen müssen, damit es zu einem Anstieg oder Absinken der Pflegewahrscheinlichkeit kommt. Hierauf aufbauend wird ein Korridor bestimmt, in dem sich die zukünftige Anzahl an Pflegefällen bewegt.

## Laufende Forschungsvorhaben

### **Tobias Hackmann**

*Pflege im Spannungsfeld von Angebot und Nachfrage*

Finanzierung durch Mittel der BGW.

Vor dem Hintergrund einer alternden Gesellschaft gilt es, mit Hilfe eines Simulationsmodells herauszufinden, welche Maßnahmen in Zukunft notwendig sind, um Pflegeangebot und Pflegenachfrage im Gleichgewicht zu halten. Neben der Gefahr eines „Pflegenotstandes“ gilt es allerdings auch die Chancen eines wachsenden Arbeitsmarkts mit vielen interessanten Jobmöglichkeiten aufzuzeigen. So ist der Pflegesektor für den Zeitraum 1995 bis 2005 mit einem Anstieg von 8,7 Prozent auf 10,5 Prozent aller Gesundheitsausgaben der am stärksten gewachsene Teilbereich im Gesundheitswesen. Dieses Bild gilt es nach außen zu tragen und in den Köpfen der Menschen festzusetzen, um dem teilweise negativen Berufsbild von Pflegekräften entgegen zu wirken.

### **Jasmin Häcker, Tobias Hackmann und Thorsten Henne**

*Sozialgesetzgebung und Beihilfeverordnungen: Ein Leistungsvergleich von Versicherten der Sozialen Pflegeversicherung und Beamten im Pflegefall*

Finanzierung durch Mittel der IDEAL Lebensversicherung a.G.

Während für den Großteil der Bevölkerung das Pflegerisiko durch das Elfte Sozialgesetzbuch (SGB XI) – Soziale Pflegeversicherung geregelt

ist, fällt die Versorgung des Personenkreises der Beamten im Fall der Pflegebedürftigkeit unter die Beihilfavorschriften. Als Folge der föderalen Organisation des deutschen Staates ist auch das Berufsbeamtentum föderal organisiert – es gibt sowohl Bundes- als auch Landesbeamte. Während für Bundesbeamte die Bundesbeihilfeverordnung (BhV) Anwendung findet, fallen Landesbeamte unter die Beihilfavorschriften ihres entsprechenden Bundeslandes, die mehr oder weniger stark von denen des Bundes abweichen. Allen Beihilfeverordnungen ist jedoch die Staffelung der übernommenen Kostenanteile gemein. So werden beim Leistungsberechtigten in der Dienstphase 50% der beihilfefähigen Aufwendungen übernommen, nach Übertritt in den Ruhestand und für Ehegatten werden 70% und bei Kindern des Leistungsberechtigten 80% der Aufwendungen getragen. Den durch die Beihilfe nicht gedeckten Anteil muss der Beamte ergänzend absichern, was üblicherweise im Rahmen eines privaten Versicherungsvertrages geschieht. Somit liegt der Fokus allein auf den Unterstützungsleistungen im Pflegefall, was dem Zweck dienen soll, die unterschiedlichen Beihilfeverordnungen und darüberhinaus die Regelungen im Rahmen der Sozialgesetzgebung einander gegenüberzustellen.



**Jasmin Häcker**

*Indexation of Long-term Care Benefits – A Cross-Country Comparison*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Ein Zukunftsproblem aller Gesundheitssysteme ergibt sich aus den negativen Konsequenzen des demografischen Wandels, dem die meisten Industrienationen in den kommenden Jahren gegenüberstehen. So bringt die Alterung der Gesellschaft zwangsläufig erhebliche Zuwächse in den Gesundheits- und hierunter insbesondere Pflegeausgaben mit sich, die deutlich über den Zuwächsen des Bruttoinlandsprodukts liegen dürften.

Ein weiterer speziell im Pflegesektor zu erwartender Ausgabenanstieg ergibt sich ferner aus dem in diesem Bereich auftretenden Kostenproblem. So wird die Tatsache, dass manche Branchen des Dienstleistungssektors einem Kostenproblem unterliegen, in der ökonomischen Literatur als „Baumol’sche Kostenkrankheit“ bezeichnet. Die Kostenkrankheit stellt den Zusammenhang überproportional steigender Preise bei gleichzeitig unterproportional zunehmenden Produktivitätssteigerungen dar. Folgende Konstellationen führen zu eben dieser Kostenproblematik: Während in den meisten Wirtschaftssektoren, insbesondere im industriellen Sektor, erhebliche Produktivitätssteigerungen durch technischen Fortschritt und erhöhte Kapitalintensität möglich sind, fällt eine Zunahme an Arbeitsproduktivität im Dienstleistungssektor, wo das Endprodukt in der personellen Komponente liegt, aufgrund fehlender Standardisierungsmaßnahmen bzw. nur geringer

Rationalisierungspotentiale deutlich geringer aus. Gegeben die Lohnsteigerungen über die einzelnen Sektoren hinweg sind identisch, führt dies zu einem Anstieg der Relativpreise für Dienstleistungen. Dies wiederum bedeutet, dass die Preise im Pflegesektor schneller als das allgemeine Preisniveau ansteigen. Ziel des Forschungsvorhabens ist es, die Entwicklungen der Pflegeleistungsausgaben unterschiedlicher Länder empirisch zu erfassen und zu analysieren.

### 5.2.7 Sonstige

#### **Stefan Moog**

##### *Verdienstrisiken und die Vermögensverteilung in Deutschland*

Finanzierung durch Eigenmittel des Forschungszentrums.

Mit einer gewissen Verzögerung spiegelt sich der in den angelsächsischen Ländern schon seit längerem zu beobachtende Trend einer zunehmenden Lohn- und Verdienstungleichheit auch in Deutschland wider. Vor dem Hintergrund der wachsenden Ungleichverteilung ökonomischen Ressourcen haben in der jüngeren Vergangenheit zahlreiche Forschungsarbeiten insbesondere die treibenden Kräfte hinter der Ungleichverteilung des Vermögens untersucht. Zu den wesentlichen Arbeiten in dieser Literatur zählen Huggett (1996), Krusell und Smith (1998), Quadrini (2000), Castaneda et al. (2003), De Nardi (2004), Campanale (2007) und Hendricks (2007). Trotz ihrer Unterschiede haben diese Erklärungsansätze als

vereinendes Element die über den Lebenszyklus zunehmende Verdienstungleichheit als eine treibende Kraft der Ungleichverteilung der Vermögen gemeinsam.

Anknüpfend an diese Arbeiten wird im Forschungsprojekt *Verdienststrisiken und die Vermögensverteilung in Deutschland* die Bedeutung der Verdienstungleichheit zur Erklärung der Vermögensverteilung in Deutschland untersucht. Der Arbeit von Rodriguez et al. (2002) für die USA folgend wurden hierzu in einem ersten Projektschritt zunächst die wesentlichen Fakten der Einkommens-, Verdienst- und Vermögensverteilung für Deutschland zusammengestellt. Die ersten Ergebnisse dieses Projektschritts zusammenfassend ist die Einkommensungleichheit in Deutschland, entsprechend der öffentlichen Wahrnehmung, weit weniger ausgeprägt als in den USA. Hingegen ist der Grad der Ungleichverteilung der Verdienste und des Vermögens in Deutschland ähnlich hoch wie in den USA. Im zweiten Projektabschnitt wird aufbauend auf der grundlegenden Arbeit von Huggett (1996) ein numerisches allgemeines Gleichgewichtsmodell formuliert und entsprechend der empirischen Fakten zur Verdienstungleichheit in Deutschland kalibriert.

## 5.3 Studien

### 5.3.1 Fiskalische Nachhaltigkeit

Abgeschlossene Studien

2007

**Stefan Moog und Lucia Gaschick**

*Zur Nachhaltigkeit der liechtensteinischen Fiskal- und Sozialpolitik: eine Generationenbilanz*

Im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein.

Das Fürstentum Liechtenstein stellt im europäischen Vergleich eine bemerkenswerte Ausnahme dar. Während die staatlichen Haushalte andernorts mit Budgetdefiziten und einer Stabilisierung der öffentlichen Verschuldung zu kämpfen haben, hat allein der Landeshaushalt in Liechtenstein seit 1974 fast durchweg einen Budgetüberschuss ausgewiesen. Entsprechend dieser günstigen Entwicklung hat das Land in der Vergangenheit ein Vermögen im Umfang von 39 Prozent des Bruttoinlandsprodukts in 2005 akkumuliert. Gleichermäßen verfügen auch die Haushalte der Gemeinden und insbesondere die obligatorischen Zweige des Systems der sozialen Sicherung über teils beträchtliche Vermögensreserven.

Allerdings bilden traditionelle Indikatoren der Fiskalpolitik, wie das Budgetdefizit und der Schulden- bzw. Vermögenstand, nur die fiskalischen Entwicklungen der Gegenwart und der Vergangenheit ab. Insofern sind diese Indikatoren für eine Analyse der langfristigen Tragfähigkeit der gegenwärtigen Fiskalpolitik völlig unzureichend. Dies gilt umso mehr, als durch die zukünftige demografische Entwicklung die Zusammensetzung der staatlichen Budgets in der Zukunft massiven Veränderungen unterworfen sein wird.

Im Rahmen der Studie wird erstmals eine Generationenbilanz für das Fürstentum Liechtenstein erstellt, um international vergleichbare Ergebnisse und Antworten zur Frage der Nachhaltigkeit der liechtensteinischen Fiskal- und Sozialpolitik zu schaffen. Dabei ist aufgrund der Erkenntnisse aus anderen Ländern davon auszugehen, dass auch im Fürstentum Liechtenstein die Nachhaltigkeit der Fiskal- und Sozialpolitik insbesondere durch die umlagefinanzierten Sozialversicherungszweige, also Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenversicherung und obligatorische Krankenpflegeversicherung, in Frage gestellt wird. In einem zweiten Teil werden deshalb die Konsequenzen der demografischen Entwicklung für diese beiden Zweige des sozialen Netzes, und in einem dritten Teil schließlich die Auswirkungen alternativer Szenarien zur Bevölkerungsentwicklung und zur Kostenentwicklung im Gesundheitswesen auf die Ergebnisse der Generationenbilanzierung näher untersucht.

**Christian Hagist und Stefan Moog**

*Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz — Update 2006: Migration und Nachhaltigkeit*

Im Auftrag der Stiftung Marktwirtschaft.

Ein ehrbarer Staat, der auf das langfristige Wohl seiner Bürger bedacht ist, sollte die fiskalische Situation nicht nur allein anhand der aktuellen Haushaltslage beurteilen, sondern vielmehr die langfristigen Konsequenzen seines Handelns berücksichtigen. Mit dieser Zielsetzung haben die Stiftung Marktwirtschaft und das Forschungszentrum Generationenverträge im Jahr 2006 eine fortlaufende Dokumentation der langfristigen Tragfähigkeit der aktuellen Fiskalpolitik initiiert. Die Studie stellt das zweite planmäßige Update dar. Es beinhaltet eine umfangreiche Datenaktualisierung und berücksichtigt die in den letzten Monaten beschlossenen, fiskalisch wirksamen Reformen. Neben der Dokumentation des Status quo erörtert die Studie im Rahmen eines Schwerpunktthemas das Potential der Zuwanderungspolitik zur Sicherstellung der langfristigen Tragfähigkeit der öffentlichen Haushalte.

Im Vergleich zum Basisjahr 2005 haben die in den vergangenen Jahren auf den Weg gebrachten Reformen und die Konsolidierungsbemühungen auf Ebene der Bundes- und Länderhaushalte im Zusammenspiel mit der positiven konjunkturellen Entwicklung zu einer deutlichen Verbesserung der fiskalischen Nachhaltigkeit geführt. Die an sich äußerst erfreuliche

Entwicklung hat jedoch einen trügerischen Charakter. Denn das Ziel einer tragfähigen Fiskalpolitik ist trotz aller Fortschritte noch nicht erreicht.

Mit dem Analyseschwerpunkt „Zuwanderungspolitik“ zeigt die Studie eine mögliche Politik-Option auf, um weitere Einschnitte in den sozialen Sicherungssystemen zumindest zukünftig zu begrenzen. Trotz der vorteilhaften Altersstruktur heutiger Zuwanderer kann ein Beitrag zur Verbesserung der Nachhaltigkeit nur durch eine Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik hin zu einer selektiven und an den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft ausgerichteten Zuwanderung (hoch-)qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte erzielt werden.

### **5.3.2 Alterssicherung**

Abgeschlossene Studien

2008

**Emily Dang und Jörg Schoder**

*Altersarmut trotz Altersvorsorge? Zur Dimension des Anreizproblems für Geringverdiener bei der Riester-Rente*

Im Auftrag der Allianz Lebensversicherung AG

Im Bereich der Alterssicherung wurden in den vergangenen Jahren mehrere tiefgreifende Reformgesetze verabschiedet. Den Anfang macht die Reform 2001, welche den Aufbau von privater

Altersvorsorge (Altersvermögensgesetz) begünstigt. 2005 folgte das RV-Nachhaltigkeitsgesetz mit der Einführung des Nachhaltigkeitsfaktors, die Einführung der nachgelagerten Besteuerung der Renten durch das Alterseinkünftegesetz sowie schließlich im Frühjahr 2007 die künftige Anhebung der Regelaltersgrenzen und die modifizierte Schutzklausel durch das RV-Altergrenzenanpassungsgesetz.

Folge der Reformen ist ein deutliches Absinken des Leistungsniveaus der GRV (Nettorentenniveau vor Steuern), so dass der Anstieg des Rentenbeitrags auf mittlere Sicht gedämpft werden kann. Gleichzeitig fördert der Gesetzgeber die privaten Vorsorgebemühungen seiner Bürger über weitreichende Steuerersparnisse bzw. -zulagen. Diese sollten prinzipiell so ausgestaltet sein, dass es für alle Bevölkerungsgruppen attraktive und bezahlbare Lösungen gibt. Grundsätzlich soll damit jeder Sparer die Chance haben, im Alter einen angemessenen Lebensstandard aufrecht erhalten zu können.

In der jüngeren Vergangenheit wurde die bis dato kommunizierte Vorteilhaftigkeit der privaten Vorsorge im Rahmen von Riester-Verträgen für Geringverdiener thematisiert und in den Medien unter dem Begriff „Riesterfalle“ erheblich angezweifelt. Präsentiert wurden Konstellationen von Erwerbsbiografie und Lebensumständen, die trotz GRV-Rente und eigenen Sparbemühungen ein Leben unterhalb des Sozialhilfeniveaus nicht vermeiden können.

Ausgehend von dieser Kritik wurde im Rahmen der Studie die Problematik der Altersarmut in Deutschland analysiert und ein



Überblick über die demografische Entwicklung und die Situation der Alterssicherung in Deutschland im Status quo sowie ein Ausblick auf die künftige Versorgungssituation der Deutschen in den kommenden Jahrzehnten gegeben.

Ein Schwerpunkt der Studie lag dabei auf der Untersuchung der Zusammenhänge zwischen Einkommen und Altersvorsorge sowie die Abgrenzung der von der oben beschriebenen Problematik betroffene Bevölkerungsgruppen. Ferner wurden Lösungsansätze diskutiert, die vor allem für diese Gruppen Altersvorsorge nicht nur möglich machen, sondern auch echte finanzielle Anreize bieten, tatsächlich einen Vorsorgevertrag abzuschließen.

### **Oliver Ehrentraut und Olaf Weddige**

*Volkswirtschaftliche Auswirkungen der Auflösung von Pensionsrückstellungen*

Im Auftrag der HDI-Gerling Pensionsmanagement AG.

Im letzten Teilschritt des laufenden Projekts wurde die Frage untersucht, für welche Unternehmen(ssituationen) eine betriebliche Altersversorgung über die mittels Betriebsvermögen innenfinanzierte Direktzusage im Vergleich zu einer extern finanzierten Lösung (CTA, Pensionsfonds oder versicherungsbasiert) sinnvoll erscheint, und Analogien aus der Fragestellung abgeleitet, wie bei der gesetzlichen Rentenversicherung das Verhältnis von Umlage- und Kapitaldeckungsverfahren optimal gestaltet werden kann. Die Untersuchung zeigt u.a., dass für ein Unternehmen, welches betriebliche Altersversorgung gewährt, nicht die Frage der internen oder externen Finanzierung von entscheidender Bedeutung ist; vielmehr

birgt eine leistungsorientierte Zusage („defined benefit“) gegenüber der beitragsorientierten Zusage („defined contribution“) erhebliche Risiken für das Unternehmen, die sich angesichts der voraussichtlich weiterhin steigenden Lebenserwartung noch vergrößern werden.

### **Matthias Heidler und Olaf Weddige**

*Compiling euro area figures for pension obligations of government employer pension schemes and social security pension funds (Berechnung der Renten- und Pensionsverpflichtungen ausgewählter Staaten der EU)*

Im Auftrag der Europäischen Zentralbank (EZB).

In den meisten westlichen Industrienationen setzt der demografische Wandel die jeweiligen staatlichen Rentensysteme unter Reformdruck. Um die Situation dieser Rentensysteme in unterschiedlichen Ländern der EU besser vergleichen zu können, wurden im Rahmen dieser Studie für acht ausgewählte Staaten der EU (Deutschland, Spanien, Frankreich, Niederlande, Tschechische Republik, Ungarn, Polen und Schweden) die Verpflichtungen berechnet, die sich aus den zukünftigen staatlichen Renten- und Pensionszahlungen ergeben. Dabei wurde auf das Konzept der so genannten Accrued-to-Date Liabilities zurückgegriffen, bei dem lediglich jene Renten- und Pensionsansprüche berücksichtigt werden, welche bis zum Basisjahr verdient wurden. Zukünftige Beiträge wurden also in die Berechnung nicht einbezogen. Zur Berechnung dieser staatlichen Verpflichtungen wurden umfangreiche Datensätze zur Anzahl und Struktur der Versicherten sowie der Rentner und Pensionäre, deren Überlebenswahrscheinlichkeiten und deren alters- und geschlechts-spezifischer Beitragszahlungen bzw. empfangener Leistungen benötigt. Im weiteren Verlauf wurde mittels des Instruments der Generationenbilanzierung, welches speziell für dieses Projekt modifiziert

wurde, die Accrued-to-Date Liabilities ermittelt. Die Ergebnisse wurden zum Projektabschluss der Europäischen Zentralbank bzw. der *Eurostat/ECB Task Force on the statistical measurement of the assets and liabilities of pension schemes in general government* präsentiert.

## Laufende Studien

### **Arne Leifels und Olaf Weddige**

*Versicherungsmathematische Begleitung des Versorgungsfonds der Bundesagentur für Arbeit (BA)*

Im Auftrag der Bundesagentur für Arbeit.

Mit Beginn des Jahres 2008 wurden die gesetzlichen Rahmenbedingungen für einen Versorgungsfonds der BA mit dem § 366a SGB III geschaffen, in dem die BA verpflichtet wird, sämtliche Versorgungsleistungen für passive Beamtinnen und Beamte aus diesem Versorgungsfonds zu leisten. Neben einer Anschubfinanzierung zur Ausfinanzierung der bereits bestehenden Versorgungsverhältnisse soll der Versorgungsfonds durch monatliche Zuführungen der BA gespeist werden, die sich als Prozentsatz vom ruhegehaltfähigen Entgelt der Beamtinnen und Beamten errechnen. Das Forschungszentrum Generationenverträge hat im Rahmen dieses Gutachtens den Auftrag, den versicherungsmathematisch fairen Zuführungssatz zum Versorgungsfonds zu berechnen und eine langfristige Finanzplanung über Zuführungen und Entnahmen zu bzw. aus dem Fonds zu erstellen.

## **Christoph Müller und Olaf Weddige**

*Compiling euro area figures for pension obligations of government employer pension schemes and social security pension schemes established in EU countries (Berechnung der Renten- und Pensionsverpflichtungen von EU-Mitgliedsländern)*

Im Auftrag der Europäischen Zentralbank.

Bei diesem Projekt handelt es sich um einen Folgeauftrag des Gutachtens „Compiling euro area figures for pension obligations of government employer pension schemes and social security pension funds (Berechnung der Renten- und Pensionsverpflichtungen ausgewählter Staaten der EU)“, welches im Januar 2008 von Matthias Heidler und Olaf Weddige abgeschlossen worden war. In dem laufenden Gutachten sollen nun die staatlichen Renten- und Pensionsverpflichtungen sämtlicher 27 EU-Mitgliedsstaaten mittels des „Accrued-to-Date Liabilities“-Ansatzes berechnet werden. Dabei werden die Berechnungen wiederum auf Grundlage eines vom Forschungszentrum Generationenverträge entwickelten Modells, welches auf der Methodik der Generationenbilanzierung basiert, durchgeführt. Die notwendigen Daten werden dabei zumeist von den jeweiligen nationalen statistischen Instituten bzw. Nationalbanken bereitgestellt.

### 5.3.3 Pflege

#### Abgeschlossene Studien

2008

##### **Jasmin Häcker**

*Die Pflegeversicherung in der Krise: Renditen, Leistungsniveau und Versorgungslücken.*

Im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge.

Kernstück der Studie ist es, den Absicherungsbedarf der sozial Pflegeversicherten im Fall der Pflegebedürftigkeit zu berechnen unter der Annahme, dass die heutigen Beitragssätze konstant bleiben. Die Einfrierung des Beitragssatzes wäre ein Paradigmenwechsel für die SPV. Das Leistungsniveau würde – bei konstanten Beitragssätzen und steigendem Pflegequotienten – zwangsläufig gekürzt, d.h. die Pflegeleistungen nähmen im Verhältnis zum Einkommen der Erwerbstätigen deutlich ab. Dabei hängt das Ausmaß der Niveauabsenkung aber auch stark von der unterstellten Dynamisierung der Pflegeleistungen ab. So steigen die Kosten der Pflegeleistungen stärker als das allgemeine Preisniveau, weil arbeitsintensive Bereiche, wie der Pflegesektor, nicht rationalisiert und verbilligt werden können. Deshalb berücksichtigt diese Studie neben einer Dynamisierung mit der zukünftigen Lohnentwicklung ein realistischeres Szenario mit einer höheren Dynamisierung. Darauf

basierend wurden zunächst die Versorgungslücken als Verhältnis aus den dynamisierten heutigen Pflegeleistungen zu den sich bei Annahme eines konstanten Beitragssatzes ergebenden Leistungen berechnet. Abschließend wurde der Sparbedarf, der für die Schließung der Versorgungslücke notwendig ist, ermittelt. Der Sparbedarf wurde als Prämienzahlung im Rahmen einer kapitalgedeckten Pflegeversicherung mit Altersrückstellungen berechnet.

## 6 Publikationen

### 6.1 Zeitschriften

#### 6.1.1 Referiert

2008

**Ehrentraut, Oliver und Matthias Haidler**, Zur nachhaltigen Finanzierung der GRV: Der Beitrag der Altersgrenzenanhebung im Rentenreformprozess, *Perspektiven der Wirtschaftspolitik*, erscheint demnächst.

**Ehrentraut, Oliver und Matthias Haidler**, Demografisches Risiko für die Staatsfinanzen? Koordinierte Bevölkerungsvorausrechnungen im Vergleich, *Sozialer Fortschritt*, 57, 231-241.

**Kaler, Klaus, Christine Wilson, Martin Chalkley, Peter Davey, Carl Suetens, Hajo Grundmann, Marlieke de Kraker, Martin Schumacher, Martin Wolkewitz und Uwe Frank**, Health and economic impacts of antibiotic resistance in European hospitals - Outlook on the BURDEN Project, *Infection*, erscheint demnächst.

**Raffelhüschen, Bernd**, Gesundheitsreformen - Und kein Ende in Sicht!, *Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung*, 77, 108-116.

2007

**Häcker, Jasmin, Birgit König, Bernd Raffelhüschen, Matthias Wernicke und Jürgen Wettke**, Effizienzreserven in der stationären Pflege in Deutschland: Versuch einer Quantifizierung und Implikationen für die Reform der Gesetzlichen Pflegeversicherung, *Zeitschrift für Wirtschaftspolitik*, 57, 92-116.

**Kaler, Klaus**, Das BURDEN - Projekt: Die Bestimmung der finanziellen Auswirkungen von Antibiotikaresistenzen in Europa, *Krankenhaus-Hygiene + Infektionsverhütung*, 29, 212-213.

## 6.1.2 Andere

2008

**Ehrentraut, Oliver, Ralph Hüge und Olaf Weddige**, Alterssicherung auf Unternehmensebene: Zur zeitgemäßen Finanzierung von Betriebsrenten, *Versicherungswirtschaft*, erscheint demnächst.

**Ehrentraut, Oliver und Bernd Raffelhüschen**, Demografischer Wandel und Betriebsrenten, *Wirtschaftsdienst*, 88, 518-525.

2007

**Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Reformansätze zur Sozialen Pflegeversicherung auf dem Prüfstand, *Wirtschaftsdienst*, 87, 351-355.

## 6.2 Diskussionsbeiträge

2008

**Benz, Ulrich und Christian Hagist**, Technischer Anhang zu "Konjunktur und Generationenbilanz – Eine Analyse anhand des HP-Filters", *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 23.

**Benz, Ulrich und Christian Hagist**, Konjunktur und Generationenbilanz – Eine Analyse anhand des HP-Filters, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 22 (Überarbeitete Version des Diskussionspapiers Nr. 15).

**Deeg, Veronika und Christian Hagist**, The Fiscal Outlook in Austria – An Evaluation with Generational Accounts, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 24.

**Häcker, Jasmin, Tobias Hackmann und Thorsten Henne**, Sozialgesetzgebung und Beihilfeverordnungen: Ein Leistungsvergleich von Versicherten der Sozialen



Pflegeversicherung und Beamten im Pflegefall, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 28.

**Hackmann, Tobias und Stefan Moog**, Älter gleich kränker? Auswirkungen des Zugewinns an Lebenserwartung auf die Pflegewahrscheinlichkeit, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 26.

**Kaier, Klaus, Christian Hagist, Uwe Frank und Elisabeth Meyer**, Antimicrobial drug use, alcohol-based hand disinfection and the burden of methicillin-resistant *Staphylococcus aureus* – A time series approach at a German University Medical Center, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 27.

**Moog, Stefan**, MacSim: Ein Simulationsmodell zur Analyse der gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der demografischen Entwicklung in Deutschland, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 29.

**Raffelhüschen, Bernd, Christian Hagist und Stefan Moog**, Ehrbarer Staat? Die Generationenbilanz – Update 2008: Migration und Nachhaltigkeit, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 30.

2007

**Häcker, Jasmin, Tobias Hackmann und Stefan Moog**, Demenzkranke und Pflegebedürftige in der Sozialen Pflegeversicherung – Ein intertemporaler Kostenvergleich, *Diskussionsbeiträge des Forschungszentrums Generationenverträge*, Nr. 19.

## 6.3 Studien

2008

**Heldler, Matthias, Bernd Raffelhüschen und Olaf Weddlige**, Final Report on the Statistical Measurement of the Liabilities of Pension Schemes in General Government, *Studie im Auftrag der Europäischen Zentralbank*.

**Häcker, Jasmin und Bernd Raffelhüschen**, Die Pflegeversicherung in der Krise - Renditen, Leistungsniveau und Versorgungslücken, *Studie im Auftrag des Deutschen Instituts für Altersvorsorge*.

2007

**Ehrentraut, Oliver und Bernd Raffelhüschen**, "Vorsorgementalität der Deutschen" - Die Verlagerung der sozialen Verantwortung in der Altersvorsorge, *Studie im Auftrag der neue leben Lebensversicherung AG*.

**Raffelhüschen, Bernd, Stefan Moog und Lucia Gaschick**, Zur Nachhaltigkeit der liechtensteinischen Fiskal- und Sozialpolitik: eine Generationenbilanz, *Studie im Auftrag der Regierung des Fürstentums Liechtenstein*.

## 6.4 Dissertationen

2008

**Hagist, Christian**, *Demography and Social Health Insurance - An International Comparison Using Generational Accounting*, Nomos, Baden-Baden.

**Krimmer, Pascal**, *Demographie, Erwerbsbeteiligung, Steuerreformen und Steueraufkommen: Langfristige Auswirkungen von Steuerreformen*, Peter Lang, Frankfurt.

## 6.5 Buchbeiträge

2008

**Hackmann, Tobias, Christian Hagist und Bernd Raffelhüschen**, Volkswirtschaftliche Auswirkungen von Hautkrebs - eine dynamische Analyse, in: Kappas, M. (Hrsg.): *Klimawandel und Hautkrebs*, ibidem, Stuttgart, 274-290.

2007

**Krimmer, Pascal und Bernd Raffelhüschen**, Zuckerbrot und Peitsche - oder: wie schafft man Anreize für mehr Beschäftigung?, in: Lauk, K. (Hrsg.): *Was würde Ludwig Erhard heute sagen?*, Stuttgart, 203-215.

## 6.6 Sonstige

2008

**Ehrentraut, Oliver und Bernd Raffelhüschen**, Das System der Betriebsrenten ist ungerecht - Unternehmen sollten die zunehmende Lebenserwartung bei ihren Zusagen berücksichtigen, *Handelsblatt*, Nr. 152, 07.08.2008.

**Raffelhüschen, Bernd**, Die Krise der Pflegeversicherung, *PKV-Publik*, 2, 18-19.

2007

**Häcker, Jasmin und Tobias Hackmann**, Wer nicht vorsorgt sieht alt aus, *Private Vorsorge*, Verlagsbeilage zur Frankfurter Allgemeinen Zeitung, 17.10.2007.

**Raffelhüschen, Bernd**, Was kommt, war eigentlich schon!, *Flensburger Tageblatt*, 22.09.2007.

**Raffelhüschen, Bernd**, Die Mär von der Haushaltssanierung, *Rheinischer Merkur*, 06.09.2007.

**Weddige, Olaf**, Von Baby-Boomern und Rentenlücken - Auswirkungen der demografischen Entwicklung auf die gesetzliche Rentenversicherung (GRV), *Perspektive*, 33/2007, 22-24.

## 7 Konferenzen

### 7.1 Eigene Konferenzen

#### **Gerechte Generationenverträge !?**

*Gemeinsame Konferenz des Forschungszentrums Generationenverträge und der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft am 6. Dezember 2007 in Berlin*

Die als Generationenvertrag ausgestalteten Sozialversicherungen sind regelmäßig Gegenstand von Debatten auf allen gesellschaftspolitischen Ebenen. Insbesondere die Frage der Generationengerechtigkeit spielt in der öffentlichen Diskussion eine zentrale Rolle – wie jüngst die Debatte um einen potentiellen Generationenkonflikt verdeutlichte. Vor diesem Hintergrund haben das Forschungszentrum Generationenverträge und die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft im Dezember 2007 die Konferenz „Gerechte Generationenverträge!“ organisiert, um im Rahmen eines interdisziplinären Diskurses zwischen Wissenschaftlern und Politikern zu einer Versachlichung der sensiblen Thematik „Generationengerechtigkeit“ beizutragen.

Das Motto der Konferenz „Gerechte Generationenverträge!“ verdeutlicht die Ambivalenz dieser Thematik. Ist das Postulat: „Gerechte Generationenverträge!“ einerseits ein gesellschaftlich akzeptierter kategorischer Imperativ, zeigt sich andererseits bei genauerer Betrachtung, dass die Definition von Gerechtigkeit in diesem Zusammenhang keinesfalls unumstritten ist. Aus sehr

unterschiedlichen Blickwinkeln führten daher drei namhafte Referenten in die Thematik ein. Der US-Ökonom Prof. Kotlikoff, einer der weltweit führenden Finanzwissenschaftler, erörterte das Instrument der Generationenbilanzierung, welches es erlaubt, Generationengerechtigkeit im Sinne von fiskalischer Ungleichbehandlung zu messen. Konkrete politische Handlungsoptionen für „gerechte“ Generationenverträge stellten Sigbjørn Johnsen, norwegischer Finanzminister a.D. mit dem norwegischen Generationenfonds und Dieter Althaus, thüringischer Ministerpräsident mit dem Modell des Bürgergeldes vor.

Nach einer Pressekonferenz bot sich den Teilnehmern, welche sich vorwiegend aus den Bereichen Wissenschaft, Verwaltung und Politikberatung zusammensetzten, in drei Workshops die Möglichkeit für eine Vertiefung der Diskussion. Aus Sicht der Alterssicherung wurde sich der Thematik im ersten Workshop unter Teilnahme des Experten Prof. Ruland, dem langjährigen Geschäftsführer des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger genährt. Inwieweit die Ausgestaltung der Gesetzlichen Pflegeversicherung einem „gerechten“ Generationenvertrag entspricht, wurde im zweiten Workshop u.a. mit Prof. Oberender erörtert. Unter Beteiligung von Prof. Schmähl und Prof. Emunds wurde die Thematik ferner unter dem Motto: „Generationengerechtigkeit – gibt’s die?“ aus ethischer Perspektive beleuchtet. Ihre Abrundung fand die Konferenz mit einer Podiumsdiskussion unter Teilnahme von Prof. Kotlikoff, Prof. Ruland, Prof. Raffelhüschen und Herrn Minister a. D. Johnsen.

## 7.2 Konferenzteilnahmen

### **Jasmin Häcker**

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, 09.–12.10.2007, München

*Vorgetragenes Papier: „Inter- und Intragenerative Fairness“*

### **Christian Hagist**

7th European Conference on Health Economics, 23.–26.07.2008, Rom

*Vorgetragenes Papier: „Who's Going Broke? Comparing Growth in Healthcare Costs in Ten OECD Countries“*

Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik, 09.–12.10.2007, München

*Vorgetragenes Papier: „Who's Going Broke? Comparing Growth in Healthcare Costs in Ten OECD Countries“*

### **Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen**

Bei einer Reihe von Vorträgen referierte der Institutsleiter in den Jahren 2007 und 2008 über die Nachhaltigkeit der gesetzlichen Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie über die wirtschaftspolitische Gesamtlage. Aufgrund der Vielzahl an Vorträgen wird von einer spezifischen Auflistung abgesehen.

## 8 Fachreferate und Politikberatung

### **Emily Dang**

Externe Sachverständige für die Enquetekommission „Demografischer Wandel“ des Landtag des Saarlandes zum Thema „Auswirkungen des demografischen Wandels auf die öffentlichen Finanzen“, 17.11.2007, Saarbrücken.

### **Christian Hagist**

Workshopleiter „Nachhaltige Gesundheitspolitik“, Arbeitsgruppe der Konrad-Adenauer-Stiftung und der CDU-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz, 06.03.2008, Bad Sobernheim.

Sachverständiger der Anhörung „Nachhaltige Finanzpolitik“ der Arbeitsgruppe „Haushaltsrecht und Haushaltsvollzug gemeinsam zukunftsorientiert gestalten“ des Landtags Nordrhein-Westfalen, 31.10.2007, Düsseldorf.



## 9 Medienpräsenz

### 9.1 Fernsehen

#### Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

**topthema**, SWR (02.07.2008)

**Morgenmagazin**, ARD/ZDF (01.07.2008)

**Plusminus**, ARD (06.05.2008)

**Münchner Runde**, BR (29.04.2008)

**Tagesthemen**, ARD (21.04.2008, 26.10.2007)

**heute-journal**, ZDF (11.04.2008, 01.11.2007)

**Späth am Abend**, n-tv (16.04.2008)

**RTL aktuell** (09.04.2008)

**McX**, HR III (02.04.2008)

**Wirtschaft Südbaden**, TV-Südbaden (25.01.2008)

**Mittagsjournal**, ZDF (23.11.2007)

**Bloomberg TV** (29.10.2007)

**Alpha-Forum**, BR (25.10.2007)

#### Jörg Schoder

**MDR Aktuell**, MDR (15.04.2008)

### 9.2 Rundfunk

#### Tobias Hackmann

**„Baden Radio“**, SWR4 (06.05.2008)

## 9.3 Zeitungen und Zeitschriften

### Prof. Dr. Bernd Raffelhüschen

**Wirtschaftswoche** (Nr. 30/21.07.2008)

**vbw Unternehmergezine** (2/2008)

**Kölnener Stadtanzeiger** (17.06.2008, 08.04.2008)

**Institutional Money** (2/2008)

**Badische Neueste Nachrichten** (29.05.2008, 10.11.2007, 11.10.2007)

**Westdeutsche Zeitung** (13.05.2008)

**tz** (22.04.2008)

**Börsen-Zeitung** (12.04.2008)

**Bild** (08.04.2008, 26.11.2007)

**Die Welt** (08.04.2008, 17.03.2008, 10.03.2008)

**Mitteldeutsche Zeitung** (08.04.2008)

**Hamburger Abendblatt** (08.04.2008)

**Immobilienwirtschaft** (4/2008)

**Welt am Sonntag** (16.03.2008)

**AssCompact** (3/2008)

**GesundheitsWirtschaft** (1/2008)

**durchblick gesundheit** (2/2008)

**Deutsches Ärzteblatt** (5/2008)

**Westdeutsche Allgemeine** (18.01.2008)

**impulse** (1/2008)

**visAvis Economy** (1/2008)

**Rheinische Post** (27.12.2007)

**Liechtensteiner Vaterland** (19.12.2007, 04.09.2007)

**Bayerwald-Bote** (14.12.2007)

**Leipziger Volkszeitung** (01.12.2007)

**Frankfurter Allgemeine Zeitung** (26.11.2007)

**poolnews** (3/2007)

**Süddeutsche Zeitung** (10.11.2007)

**Südkurier** (06.11.2007)

**Zahnärztliche Mitteilungen** (1.11.2007)

**Unternehmermagazin** (10/2007)

**Nassauische Neue Presse** (26.10.2007)

**Nassauer Tagblatt** (26.10.2007)

**Financial Times Deutschland** (18.10.2007)

**Focus Money** (02.10.2007)

**Flensburger Tageblatt** (22.09.2007)

**Badische Zeitung** (14.09.2007)

**Vanity Fair** (13.09.2007)

**Liechtensteiner Volksblatt** (04.09.2007)

## **Oliver Ehrentraut**

**Handelsblatt** (07.08.2008)

(zusammen mit Bernd Raffelhüschen)

## 10 Ausblick

Die Strukturreformen der Agenda 2010 haben eine messbare Reformdividende erzielt, welche sich bereits in der Generationenbilanz des Jahres 2005 widerspiegelte. Bedingt durch die im Jahr 2007 erzielten Fortschritte bei der Konsolidierung des staatlichen Gesamthaushalts hat sich die erfreuliche Entwicklung auch im vergangenen Berichtsjahr fortgesetzt. So stellt die aktuelle Generationenbilanzierung des Basisjahres 2006 der Politik ein deutlich verbessertes Zeugnis im Hinblick auf die Nachhaltigkeit der Fiskalpolitik aus. Die an sich äußerst erfreuliche Entwicklung hat jedoch einen trügerischen Charakter. Denn das Ziel einer tragfähigen Fiskalpolitik ist trotz aller Fortschritte noch nicht erreicht.

Unabhängig von der zukünftigen Richtung des Reform- und Konsolidierungskurses wird das Forschungszentrum Generationenverträge deshalb die zusammen mit der Stiftung Marktwirtschaft im Jahr 2006 begonnene Dokumentation der langfristigen Tragfähigkeit auch im kommenden Jahr fortsetzen. Neben der reinen Dokumentation des Status quo werden im Rahmen des Forschungsschwerpunkts Fiskalische Nachhaltigkeit verstärkt auch mögliche Politikoptionen untersucht werden, mit denen der demografischen Herausforderung begegnet werden kann. So wurde im Rahmen des diesjährigen Themenschwerpunkts gezeigt, dass durch eine Neuausrichtung der Zuwanderungspolitik, welche auf eine selektive und an den Bedürfnissen der deutschen Wirtschaft ausgerichtete Einwanderung (hoch-)qualifizierter ausländischer

Arbeitskräfte abzielt, ein wesentlicher Beitrag zur Tragfähigkeit der deutschen Fiskalpolitik geleistet werden kann. Im kommenden Berichtsjahr werden hingegen die Möglichkeiten und Grenzen der Arbeitsmarktpolitik für die Sicherung einer nachhaltigen Fiskalpolitik im Vordergrund stehen. Über die nationale Perspektive hinausgehend wird der Forschungsschwerpunkt Fiskalische Nachhaltigkeit im kommenden Berichtsjahr auch verstärkt die Entwicklung der Nachhaltigkeit im internationalen Vergleich analysieren. Dabei sollen die in der jüngeren Vergangenheit für verschiedene Länder vorgelegten Einzelergebnisse in einer internationalen Vergleichsstudie zusammengeführt werden.

Neben der fiskalischen Nachhaltigkeitsanalyse wird vor dem Hintergrund der abnehmenden Bedeutung der gesetzlichen Rente als Teil der Altersvorsorgeportfolios zukünftig insbesondere der Schwerpunkt der privaten Altersvorsorge einen zentralen Platz auf der Forschungsagenda besetzen. Nicht zuletzt die Diskussion um die Altersarmut hat dabei die Frage aufgeworfen, in welchem Umfang die Bundesbürger die steuerliche geförderten Möglichkeiten der zusätzlichen Altersvorsorge nutzen, sowie die Frage, inwiefern diese ausreichend sind, um eine ausreichende Sicherung des Lebensstandards im Alter zu gewährleisten.

Nach einer nunmehr dreijährigen Vorbereitungszeit wird das kommende Berichtsjahr schließlich auch maßgeblich durch den Start des Weiterbildungsstudiengangs *MBA Estate Planning* geprägt werden. Der in Zusammenarbeit mit dem *Lehrstuhl für Betriebswirtschaftliche Steuerlehre* (StB Prof. Dr. Kessler) und dem

*Lehrstuhl für Finanzwirtschaft und Banken* (Prof. Dr. Rehkugler) der Wirtschafts- und Verhaltenswissenschaftlichen Fakultät sowie dem *Institut für Handels- und Wirtschaftsrecht* (Prof. Dr. Blaurock) und dem *Institut für Ausländisches und Internationales Privatrecht* (Prof. Dr. Merkt) der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Albert-Ludwigs-Universität Freiburg eingerichtete Masterstudiengang wird ein über das bestehende Lehrangebot hinausgehendes berufsbegleitendes und interdisziplinäres Weiterbildungsangebot schaffen, mittels dem der Wissenstransfer zwischen Forschung und Praxis forciert werden soll.